

ALGERIEN

Chronologie

Die Chronologie enthält ausgewählte politische und menschenrechtlich relevante Ereignisse in Algerien, zusammengestellt nach Amnesty-Informationen, Presseberichten und Berichten von NGOs durch die Koordinationsgruppe Algerien der deutschen Sektion von Amnesty International.

Die aktuelle Fassung der Chronologie und weitere Informationen sind erhältlich unter: www.amnesty-algerien.de

- 1954-62** Unabhängigkeitskrieg
- 1962** Erlangung der Unabhängigkeit
- 1962-65** Staats- und Parteichef **Ahmed Ben Bella**
- 1965-78** Staats- und Parteichef **Houari Boumedienne**
- 1979-92** Staats- und Parteichef **Chadli Benjedid**
- Nov. 1982** Erste Verhaftungen von Islamisten werden bekannt, nachdem es an der Universität Algier zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen religiösen und laizistischen Studenten gekommen war. Es werden 23 Islamisten zu Gefängnisstrafen verurteilt.
- Mai 1984** Zahlreiche inhaftierte Islamisten werden von Präsident Chadli Benjedid begnadigt und freigelassen.
- April 1985** Weitere 134 Personen werden zu Gefängnisstrafen verurteilt, darunter Mitglieder der Gruppe von **Mustapha Bouyali**, deren Führer in Abwesenheit eine lebenslängliche Strafe erhält. Im Januar 1986 wird Bouyali von algerischen Sicherheitskräften erschossen. Unter **Chadli Benjedid** ist das Land von einem ideologisch geprägten sozialistischen Kurs auf eine mehr an der Realität orientierte Linie umgeschwenkt. In der 1986 geänderten algerischen Nationalcharta wird die arabische und islamische Identität Algeriens sowie die private Initiative hervorgehoben. Die ökonomische Krise Algeriens lässt sich hauptsächlich auf den Preisverfall von Öl und Erdgas auf dem Weltmarkt zurückführen. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Öl und Erdgas sind von 12,8 Mrd. \$ in der Vergangenheit auf 7,5 Mrd. \$ im April 1985 geschrumpft.
- Nov. 1986** Jugendliche protestieren gegen die Aufnahme des Islam als Prüfungsfach für das Abitur. Sie greifen das örtliche Büro der Regierungspartei *Nationale Befreiungsfront (Front de Libération Nationale - FLN)* an, plündern Geschäfte und setzen Busse sowie Autos in Brand. Im Schnellverfahren werden 130 von ihnen zu Haftstrafen zwischen zwei und acht Jahren verurteilt.
- Juli 1987** Vier Islamisten, denen ein Komplott gegen die Staatsgewalt, Mord, bewaffneter Raub und Bildung einer verbrecherischen Organisation vorgeworfen wird, werden zum Tode verurteilt. Weitere 183 Angeklagte erhalten Haftstrafen und fünfzehn werden freigesprochen.
- Mitte 1987 verkündet **Chadli Benjedid** eine Wirtschafts- und Verwaltungsreform. Die Staatskonzerne sollen ihre Geschäfte künftig in eigener Verantwortung führen und die Bauern sollen über den Anbau und die Vermarktung ihrer Produkte selbst entscheiden. Eine Umschuldung der Auslandsschuld in Höhe von 25 Mrd. \$ und Verhandlungen mit dem IWF über eine Finanzhilfe lehnt die Regierung jedoch ab. Die algerischen Bürger müssen daher den Gürtel noch enger schnallen.
- Oktober 1988** Mehrere tausend jugendliche Demonstranten, die von der hohen Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind, ziehen plündernd und randalierend durch Algier. Sicherheitskräfte gehen mit Wasserwerfern und Tränengas gegen sie vor.
- Es wird der Ausnahmezustand über das gesamte Land und in Algier zusätzlich eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Demonstrationen und Versammlungen werden verboten, Sicherheitskräfte angewiesen, mit allen Mitteln für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Trotz des Verbots von Demonstrationen versammeln sich rund 6.000 Menschen in Algier und skandieren die Forderungen, den Staat in eine „Islamische Republik“ umzuwandeln, personelle Konsequenzen in der Staatsführung zu ziehen und die Lebensmittelpreise herabzusetzen. Bei Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten werden rund 900 Personen verhaftet. Es kommt zu zahlreichen Todesopfern und Verwundeten.

Die Islamisten, die den Protest der Jugend aktiv unterstützen, verlangen in Flugblättern den Rücktritt des Staatspräsidenten **Chadli Benjedid** und des Außenministers **Lakhdar Brahimi** sowie die Auflösung des Parlaments und die Bildung von Volkskomitees. Sie beschuldigen die Sicherheitskräfte, über 500 Menschen getötet und viele Demonstranten, darunter Kinder, gefoltert zu haben. Der Innenminister **Khediri** muss Folterungen eingestehen.

Chadli Benjedid hält eine Rede an die Nation. Darin nennt er die niedrigen Ölpreise, die anhaltende Trockenheit und die hohe Auslandsverschuldung als Ursachen für die Wirtschaftskrise. Er betont, dass die Wirtschaftsreformen unter Verbesserung der Versorgungslage mit Nahrungsmitteln und Konsumgütern fortgesetzt werden müssten und die Zeit für politische Reformen reif sei. Das Machtmonopol der regierenden *Nationalen Befreiungsfront (FLN)* müsse auf allen gesellschaftlichen Ebenen beseitigt werden, die Institutionen des Staates und die Rolle der Nationalversammlung bedürften der Aufwertung. Der Ausnahmezustand sowie die Ausgangssperre würden aufgehoben und die Sondergerichte abgeschafft.

Nov. 1988 Staatspräsident **Chadli Benjedid** ordnet die vorläufige Freilassung aller im Zusammenhang mit den Vorfällen vom Oktober 1988 Inhaftierten an. Etwa 70 vermeintliche Anhänger islamistischer Bewegungen verbleiben jedoch weiterhin in Haft.

Bei dem Referendum über die Stärkung der Stellung des Parlaments und des Ministerpräsidenten sprechen sich 92,3% der Wähler für eine Verfassungsänderung aus. Die Islamisten und die Kommunisten rufen zum Boykott des Referendums auf.

Der Ministerpräsident **Kasdi Merbah** wird mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt, das die Wirtschaftsreform fortsetzen, das Versorgungs- und das Bildungswesen reorganisieren und eine soziale Infrastruktur aufbauen soll. Innerhalb der FLN kommt es zu einer Statutenreform. Staatspräsident **Chadli Benjedid** wird für eine dritte Amtszeit von fünf Jahren wiedergewählt. In Zusammenhang mit dem Wahlergebnis wird von massiver Wahlfälschung gesprochen.

Januar 1989 Es scheint etwas Bewegung in die erstarrte politische Landschaft Algeriens zu kommen. Eine neue Verfassung tritt in Kraft, die die Wahrung grundlegender Menschenrechte, das Recht auf Gewissens- und Meinungsfreiheit, die freie Meinungsäußerung sowie die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit festschreibt. **Auch das Verbot der Folter wird in der Verfassung verankert.**

Februar 1989 Die Verfassung, die 167 Artikel umfasst, wird den Bürgern Algeriens zur Abstimmung vorgelegt und von 73,4% der Wähler angenommen. Das bisher sozialistische Algerien ändert danach seine Staatsform in eine "Demokratische Republik". Die FLN und der Sozialismus finden keine Erwähnung mehr in der neuen Verfassung.

Der Artikel 40 beinhaltet das Recht zur Gründung von "Vereinen politischen Charakters". Es werden die Gewaltenteilung und die Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit durch einen Verfassungsrat hervorgehoben. Arabisch wird als National- und offizielle Amtssprache festgeschrieben. Damit wird der Forderung der Berber nach Anerkennung ihrer Sprache (Tamazight) eine Absage erteilt.

März 1989 Gründung der *Islamischen Heilsfront (Front Islamique du Salut - FIS)*.

April 1989 Die Staatssicherheitsgerichte (Cours de Sûreté de l'Etat) werden aufgelöst.

Juni 1989 Das Gesetz über politische Parteien wird verabschiedet. Im Anschluß daran bemühen sich 28 Gruppierungen um ihre Legalisierung. Darunter sind unter anderem die *Bewegung für Demokratie in Algerien (Mouvement pour la Démocratie en Algérie - MDA)* von **Ahmed Ben Bella**, die *Front der Sozialistischen Kräfte (Front des Forces Socialistes - FFS)* von **Hocine Ait Ahmed**, die betont laizistische *Bewegung für Kultur und Demokratie (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie - RCD)* der Berber aus der Kabylei unter **Said Sadi**, die *kommunistisch orientierte Partei der Sozialistischen Avantgarde (Parti de l'Avant-Garde Socialiste - PAGS / Nachfolgepartei: al-Ettahadi)* sowie die *Islamische Heilsfront (FIS)*.

Die FIS strebt an, den Islam an die Stelle importierter Ideologien zu setzen und die Einheit der Umma, d.h. die Gemeinschaft der Gläubigen, herbeizuführen. Obwohl die Organisation damit die Bedingungen des neuen Parteiengesetzes kaum erfüllt, wird sie am 6. September 1989 als erste islamistische Partei in der arabischen Welt legalisiert.

Juli 1989 Präsidialerlass zur Freilassung von 14 verurteilten Personen.

Sept. 1989 Die Zerrissenheit der FLN, die internen Probleme der Massenorganisationen und die Einrichtung einer pluralistischen Demokratie haben dazu geführt, dass die Regierung angesichts einer schwierigen sozialen Lage und einer ungedulden Bevölkerung ohne Unterstützung

bleibt und eine Ablösung des Regierungschefs politisch erforderlich wird. Ministerpräsident **Kasdi Merbah** wird ersetzt durch **Mouloud Hamrouche**, der in seine Regierung vor allem Technokraten und Zivilisten aufnimmt.

- Nov. 1989** Freilassung von weiteren 51 Verurteilten.
- März 1990** Einführung neuer Straftatbestände:
Demzufolge kann die Veröffentlichung von Informationen, welche die Staatssicherheit oder die Einheit des Staates gefährden, mit einer Haftstrafe von bis zu zehn Jahren und die Kritik am Islam oder anderen Offenbarungsreligionen mit bis zu drei Jahren Gefängnis geahndet werden.
- April 1990** Rund drei Millionen Anhänger der *Islamischen Heilsfront* demonstrieren in Algier. FIS-Parteichef **Abassi Madani** verlangt die Einberufung eines 'Runden Tisches' aller politischen Parteien, an dem Konzepte für die Reform des Staates ausgearbeitet werden sollen. Er fordert auch die Einsetzung einer Hisbah - d.h. einer Körperschaft, die unabhängig von der Regierung über moralische Fragen entscheiden und das Recht haben soll, selbst den Staatschef des Landes anzuklagen und einen Prozess gegen ihn zu führen. Weiterhin verlangt er, das Parlament aufzulösen und innerhalb von drei Monaten Neuwahlen durchzuführen. Der Regierungschef **Mouloud Hamrouche** lehnt die Forderungen der Islamisten ab und prangert an, dass Moscheen für politische Ziele missbraucht würden.
- Der Staatspräsident **Chadli Benjedid** verkündet, dass nach eingehenden Beratungen der Führung ein demokratischer Wandel beschlossen worden sei und er Strukturen schaffen wolle, die für die Ausübung einer echten Demokratie nötig seien.
- Juni 1990** *Gemeinde- und Provinzwahlen:*
Am Wahlkampf für die Gemeinde- und Provinzwahlen beteiligen sich elf Parteien und zahlreiche unabhängige Bewerber. Der Wahlkampf wird von der Auseinandersetzung zwischen der *Nationalen Befreiungsfront (FLN)* und der *Islamischen Heilsfront (FIS)* beherrscht. Daraufhin rufen die *Front der Sozialistischen Kräfte (FFS)* und die *Bewegung für Demokratie in Algerien (MDA)* zum Boykott auf.
- Die *Islamische Heilsfront* siegt bei den Provinzwahlen in 32 der 48 Provinzen, die *Nationale Befreiungsfront* kann hingegen nur in 14 Provinzen Mandate erringen.
- Bei den Gemeindewahlen gelingt es der *Islamischen Heilsfront*, in 853 der über 1500 Gemeinden die Mehrheit zu erlangen. Die *Nationale Befreiungsfront* stellt in 487 Gemeinden die Wahlgewinner und verliert gleichzeitig in den größten Städten des Landes ihre Parlamentssitze. Die FIS erringt alle 33 Mandate in Algier. Auch in den Städten Annaba, Oran, Constantine und Tlemcen siegen die Islamisten.
- Die *Bewegung für Kultur und Demokratie (RCD)* kritisiert Unregelmäßigkeiten während der Wahl. Der Innenminister gibt eine ineffektive Organisation des Wahlvorganges zu. Die FLN sei jedoch bereit, das Wahlergebnis anzunehmen.
- Von der FIS sind widersprüchliche Aussagen zu hören. Der FIS-Wortführer Scheich **Abassi Madani** betont, dass die FIS eine demokratische Partei sei, die sich dem parlamentarischen Pluralismus verpflichtet fühle. Hingegen äußert sein radikalerer Stellvertreter **Ali Belhadj**, dass es der FIS jedoch eher um die Durchsetzung der Scharia und einer islamischen Staatskonzeption gehe.
- Juli 1990** Die Nationale Befreiungsfront schließt den Ministerpräsidenten **Mouloud Hamrouche** und vier andere Minister aus dem Politbüro aus und ersetzt sie durch Persönlichkeiten aus denjenigen Provinzen, in denen die FIS besonders stark ist.
- Es gibt eine Amnestie für alle, die durch die ehemaligen Staatssicherheitsgerichte verurteilt worden sind, und für politische Gefangene, sofern sie die Tat vor Februar 1989 begangen haben. In den Genuss des Gnadengesetzes kommen vor allem diejenigen, die im Zusammenhang mit den Unruhen von Oktober 1988 verhaftet und auf der Grundlage einer vorläufigen Freilassungsanordnung (*liberté provisoire*) wieder freigekommen waren, sowie Angehörige der Sicherheitskräfte, die beschuldigt wurden, Gefangene im Verlauf der Unruhen gefoltert zu haben.
- Sept. 1990** Das Amt für Dokumentation und Sicherheit (*Direction Générale pour la Documentation et la Sécurité - DGDS*), eine Abteilung der Sicherheitspolizei, wird aufgelöst.
- Nov. 1990** In Sidi Bel Abbès kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen: Die FIS will eine von der RCD organisierte Ausstellung über den Schriftsteller **Kateb Yacine** verhindern.

- Dez. 1990** Das algerische Parlament billigt ein Gesetz, gemäß dem die allgemeine Anwendung der arabischen Sprache in der Verwaltung, dem Bildungswesen, der Wirtschaft und den visuellen Medien Pflicht wird. Hauptsächlich betroffen sind die städtische Elite und zahlreiche algerische Gastarbeiter in Frankreich.
- Auf Veranlassung der *Front der Sozialistischen Kräfte* protestieren rund 500.000 Menschen in Algier gegen die politische und religiöse Intoleranz sowie für die Verteidigung der Kultur und der Sprache der Berber (Tamazight). Die Demonstranten kritisieren, dass das vom Parlament verabschiedete Sprachengesetz den bürgerlichen Frieden und die Freiheit der Meinungsäußerung in Algerien gefährde.
- Januar 1991** Zehntausende FIS-Anhänger ziehen durch Algier, verbrennen Flaggen der anti-irakischen Koalition und fordern die Auflösung des Parlaments sowie die Bildung einer islamischen Republik.
- März 1991** Der Innenminister warnt die Islamisten vor Gewaltanwendung. Der Staat werde mit Gewalt antworten.
- April 1991** Das Parlament verabschiedet ein neues Wahlgesetz, das nach französischem Vorbild das Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen einführt. Im ersten Wahlgang gilt der Kandidat als gewählt, der die absolute Mehrheit der Stimmen erhält. Im zweiten Wahlgang, an dem nur die beiden Bestplatzierten teilnehmen, reicht die relative Mehrheit. Die Zahl der Wahlkreise wird von 290 auf 542 erhöht, und ihre Grenzen werden so gezogen, dass der Süden des Landes, in dem nur 5% der algerischen Bevölkerung leben und in dem die Regierungspartei FLN dominiert, mit mindestens 20% der Abgeordneten in Algier vertreten ist.
- Die Regierung veröffentlicht vier Dekrete, denen zufolge es den Predigern in den Moscheen untersagt ist, direkt oder indirekt für einzelne Parteien zu werben. Zugleich wird die 1962 verbotene Tätigkeit der Ulemas (Rechtsgelehrten) wieder zugelassen und die Gründung einer Stiftung zur Verbreitung der islamischen Kultur sowie zur Bewahrung der religiösen Einheit Algeriens angekündigt.
- Die *Islamische Heilsfront* verlangt als Bedingung für ihre Teilnahme an den Wahlen die Revision des Wahlgesetzes und die Abänderung der Grenzziehungen der Wahlkreise sowie die gleichzeitige Wahl eines neuen Präsidenten. Es kommt in diesem Zusammenhang zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der FIS um die Beteiligung an den Wahlen. Der FIS-Führer **Abassi Madani** droht mit Generalstreik, falls die Regierung nicht auf die Forderungen der FIS zu den Wahlen eingehe. Er kritisiert das Mehrparteiensystem, das zu einer Teilung des Volkes und zum Entstehen von mehr als 40 Parteien geführt habe und nicht in der Lage sei, den nötigen politischen Wandel durchzusetzen. Er kündigt an, dass nach einem Wahlsieg der FIS alle korrupten Vertreter der FLN vor Gericht gebracht und ihr Vermögen konfisziert würde, um damit die Auslandsschulden auszugleichen.
- Mai 1991** Die *Islamische Heilsfront* verkündet am 25.5.1991 einen Generalstreik unter dem Motto "*Ausstand für die Demokratie*", der erst beendet würde, wenn sich Staatspräsident Chadli Benjedid einem Referendum stelle. Der Streik wird nur wenig befolgt. Während in der Kabylei von dem Ausstand fast gar nichts zu bemerken ist, werden in Algier eine Reihe von öffentlichen Plätzen besetzt.
- Trotz eines beginnenden Dialogs zwischen Regierungschef **Mouloud Hamrouche** und den FIS-Führern **Abassi Madani** und **Ali Belhadj** wird der Streik fortgesetzt.
- Zur gleichen Zeit veranstaltet die *Hamas*-Bewegung einen ersten Kongress in Algier. Die Bewegung stützt sich auf islamische Werte, d.h. die Freiheit des Individuums, der Meinungsäußerung, des Denkens und der Aktion. Gleichzeitig setzt sie sich aber auch für den politischen und demokratischen Dialog und die schrittweise Übernahme islamischer Lösungen ein.
- Juni 1991** Es kommt zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen FIS-Anhängern und Sicherheitskräften, nachdem letztere versucht haben, Sitzblockaden von FIS-Anhängern zu beenden.
- Staatspräsident **Chadli Benjedid** entlässt die Regierung **Mouloud Hamrouche** und verhängt einen viermonatigen Ausnahmezustand sowie eine nächtliche Ausgangssperre in Algier. Außerdem verkündet er die Verschiebung der Parlamentswahlen auf unbestimmte Zeit.
- Nach einem Treffen mit dem neuen Ministerpräsidenten **Sid Ahmad Ghozali** deutet die FIS-Führung Dialogbereitschaft an. Die FIS erklärt den Generalstreik für beendet. Ghozali beruft 27 Minister in sein Kabinett. **Es wird auch ein Menschenrechtsministerium eingerichtet.**

Es kommt jedoch zu erneuten Konflikten zwischen FIS-Mitgliedern und den Sicherheitskräften. Der FIS-Sprecher **Abassi Madani** droht mit der Ausrufung des „*Heiligen Krieges*“ (*Jihad*), falls der Ausnahmezustand nicht bald aufgehoben wird. Daraufhin werden **Madani** und **Belhadj** wegen bewaffneter Konspiration gegen den Staat verhaftet.

Die Ausnahmezustandsgesetzgebung führt dazu, dass Gefangene unzulässigerweise in verlängerter Incommunicado-Haft (Haft ohne jeden Kontakt zur Außenwelt) gehalten werden und die Anwendung der Folter in Haftzentren in der Umgebung von Algier, aber auch in anderen Regionen des Landes wieder üblich wird.

Juli 1991 Das Hauptquartier der Islamisten in Algier wird von der algerischen Armee besetzt, und mehrere hundert Personen werden festgenommen. Der kommissarische FIS-Vorsitzende **Mohammed Said** bekräftigt die Bereitschaft seiner Partei zum Dialog mit dem Staat, verlangt aber als Bedingung die Freilassung der beiden FIS-Führer. Daraufhin wird auch er verhaftet.

Sept. 1991 Der Staatschef **Chadli Benjedid** hebt den Ausnahmezustand auf. Es werden Menschenrechtsschutzinstrumentarien eingeführt und die UN-Antifolterkonvention sowie der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert.

Okt. 1991 Das Parlament verabschiedet ein neues Wahlgesetz, das die Zahl der Wahlkreise auf 430 reduziert. Den FIS-Führern **Madani** und **Belhadj** wird die Kandidatur bei den anstehenden Wahlen versagt, aber beide Zeitungen der FIS-Partei, „El Mounquid“ und „El Forqane“, dürfen wieder erscheinen.

Nov. 1991 An den Universitäten wird insbesondere wegen der schlechten Arbeitsbedingungen und der Arabisierung gestreikt.

Der FIS-Führer **Mohammed Said** wird wieder freigelassen.

Religiöse Extremisten überfallen den Grenzposten Guemmar im Gebiet der Oase von El Oued, töten drei Gendarme und entwenden rund 50 Feuerwaffen. Daraufhin erklären die Behörden, dass die Angreifer der *Islamischen Arbeitsgewerkschaft* (*Syndicat Islamique du Travail - SIT*) angehören und verhaften u.a. den Bürgermeister von Guemmar, ein FIS-Mitglied. Die SIT hat die kurz zuvor geschlossene Vereinbarung der Regierung, der Unternehmer und der offiziellen Gewerkschaft UGTA über Lohnerhöhungen kritisiert und betont, die UGTA sei das Sprachrohr der Regierung und diene nur dazu, die Unzufriedenheit der Arbeiter zu absorbieren.

1. Runde der Parlamentswahlen:

Nach Meinungsumfragen können die Islamisten, die als einzige Partei in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt haben, mit höchstens 30% der Wählerstimmen rechnen. Die *Islamische Heilsfront* erhielt wider Erwarten aber 47,5% der Wählerstimmen (3.260.222 Stimmen).

Januar 1992 Die *Front der Sozialistischen Kräfte* organisiert einen nationalen „*Marsch für Demokratie*“ in Algier, an dem rund 300.000 Personen teilnehmen, die gegen den Totalitarismus der Islamisten demonstrieren.

Als der Verfassungsrat sein Urteil über die Beschwerden gegen den ersten Wahlgang sprechen soll, tritt **Chadli Bendjedid** von seinem Amt zurück. Der vorgesehene zweite Wahlgang wird von der Regierung abgesagt, was zu erheblichen Protesten führt.

Mohamed Boudiaf, der nach 27 Jahren aus dem Exil zurückkehrt, übernimmt danach den Vorsitz im fünfköpfigen „Hohen Sicherheitsrat“ (Haut Conseil de Sécurité). Er wird zum neuen Staatspräsidenten Algeriens ernannt. Dem Sicherheitsrat gehören neben **Benhabyles**, dem Präsidenten des Verfassungsrates, auch Ministerpräsident **Ghozali** und die Minister für Verteidigung, Äußeres, Inneres und Justiz sowie Generalstabschef **Abdelmalek Guenaizia** an.

Mohamed Boudiaf löst die Nationalversammlung auf, annulliert das Ergebnis der ersten Runde der Parlamentswahlen und sagt die gemäß der Verfassung innerhalb von 45 Tagen nach einem Rücktritt des Staatschefs fälligen Präsidentschaftswahlen mit der Begründung ab, dass die Abhaltung von Wahlen erst möglich sei, wenn die Bedingungen für ein normales Funktionieren der Institutionen hergestellt seien. Die FIS ruft die Algerier auf, sich gegen den Machtmissbrauch zu erheben.

Ein fünfköpfiger Hoher Staatsrat (Haut Comité d'Etat - HCE) löst den „Hohen Sicherheitsrat“ ab. Die FIS wirft dem HCE vor, eine Vormundschaft über das Volk auszuüben, und unter-

streicht, dass die Einmischung der Streitkräfte sowohl den Bestimmungen der Verfassung als auch dem Wunsch der Wähler widerspreche.

Auch der FLN-Generalsekretär **Mehri** bezeichnet die Bildung des HCE als verfassungswidrig und illegal. Es kommt zu einem Meinungs austausch zwischen FIS und FLN. Auch **Ait Ahmed** von der FFS nimmt Kontakt zu den Islamisten auf. Die FFS lehnt sowohl den "Polizeistaat" der Militärs als auch einen *Staat der Islamisten* ab.

Die Bildung des HCE führt zu einer Verschärfung des Kampfes der Islamisten gegen die Staatsmacht: **Hachani** und weitere FIS-Mitglieder sowie einige regimekritische Journalisten werden festgenommen, Demonstrationen verboten. **Othmane Aissani** wird zum neuen provisorischen Vorsitzenden der FIS gewählt. Die gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Islamisten und Sicherheitsorganen beginnen.

Februar 1992

In zwölf Städten Algeriens kommt es zu den schwersten Zusammenstößen zwischen der Opposition und den algerischen Sicherheitskräften seit der Machtübernahme des HCE.

Erneute Verhängung des Ausnahmezustandes:

Die Parteibüros der Islamischen Heilsfront werden geschlossen und die von ihr dominierten Kommunalparlamente aufgelöst sowie die FIS-Bürgermeister abgesetzt.

Durch die Notstandsverordnung ist es dem Innenminister möglich, "... jede Person festzuhalten, deren Aktivität die öffentliche Ordnung in Sicherheitszonen gefährdet..." („...to place all persons whose activity may endanger public order in security centers...“). Die Notstandsverordnung bildet damit den legalen Rahmen für willkürliche Verhaftungen und öffnet für weitere Menschenrechtsverletzungen Tür und Tor.

Personen, deren Aktivitäten eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung darstellen, werden in Sicherheitszentren interniert. Die Menschenrechtsverletzungen durch algerische Sicherheitskräfte nehmen zu. Die FIS ruft die Algerier auf, sich gegen das Staatskomitee zu erheben und dem Ausnahmezustand ein Ende zu setzen.

Staatspräsident **Mohamed Boudiaf** betont, dass der Prozess der Demokratisierung fortgesetzt werde und grundlegende Persönlichkeitsrechte gewahrt bleiben. Ministerpräsident **Ghozali** kündigt die Abhaltung von Wahlen innerhalb von zwei Jahren an.

Es werden sog. Sicherheitszentren in der Sahara zur Internierung der verhafteten Islamisten errichtet.

Ein ehemaliges FIS-Mitglied und ein ehemaliger FFS-Generalsekretär werden in die Regierung aufgenommen. **Das Ministerium für Menschenrechte wird abgeschafft.**

Der *Islamischen Heilsfront* nahestehende Studenten rufen zu einem sechstägigen Streik an Universitäten und Schulen auf, um die Befreiung aller Gefangenen und die Fortsetzung des Wahlprozesses zu erzwingen.

März 1992

In Tlemcen werden durch das dortige Gericht drei Todesurteile gegen Islamisten verhängt.

Das Verwaltungsgericht in Algier ordnet auf Antrag des Innenministeriums das Verbot und die Auflösung der *Islamischen Heilsfront* innerhalb einer Woche an. Der FIS wird vorgeworfen, ihre Ziele mit subversiven Mitteln erreichen zu wollen, die die öffentliche Ordnung und die Institutionen in Frage stellen. Außenminister **Lakhdar Brahimi** sagt, der Pluralismus sei in Algerien überstürzt eingeführt worden, was der FIS ermöglicht habe, destruktiv tätig zu werden.

Die kommunistisch orientierte *Partei der Sozialistischen Avantgarde (PAGS)* begrüßt als einzige politische Gruppierung das Verbot der FIS als wichtigen Schritt zur Wiederherstellung des Rechtsstaates und der Verfassungsordnung.

Die Regierung ordnet die Auflösung von Gemeinde- und Provinzräten an, die von der FIS dominiert werden. Gleichzeitig verabschiedet sie einen Aktionsplan zur Schaffung von Wohnraum und Arbeitsplätzen und beschließt die Gründung eines staatlichen Instituts, das die Ausbildung der islamischen Prediger (Imame) übernehmen und sich auch um ihre sozialen Probleme kümmern solle.

April 1992

Der zeitweilige FIS-Führer **Said** wird von einem Militärgericht zu zehn Jahren Haft und einer Geldstrafe von 70.000 Dinar verurteilt. Daraufhin ruft die FIS zum bewaffneten Kampf gegen das Regime des HCE auf.

Staatspräsident **Mohamed Boudiaf** kündigt eine Verfassungsänderung an, um die Gründung von Parteien auf religiöser Basis zu verbieten, und teilt mit, innerhalb von zwei Jahren Präsidentschaftswahlen abhalten zu lassen.

Ein 60 Mitglieder umfassender „Nationaler Konsultativrat“ (Conseil Consultatif National / CCN) wird eingesetzt, der den Hohen Staatsrat (HCE) bei der Gesetzgebung und der Vorbereitung einer Verfassungsreform beraten soll.

Der Oberste Gerichtshof bestätigt in letzter Instanz das Verbot der im Untergrund von **Abdel Razzek Radjam** geführten FIS. Daraufhin konfiszieren die Behörden das Vermögen der Partei und vertreiben ihre Anhänger auch aus den Moscheen.

Mai 1992

Es findet ein Prozess gegen 62 Islamisten statt, denen die Teilnahme am Überfall auf den Grenzposten von Guemmar vorgeworfen wird: Dreizehn Angeklagte, darunter zwei Militärs, werden zum Tod durch Erhängen verurteilt, die übrigen zu Haftstrafen zwischen fünf Jahren und lebenslänglich. Die Islamisten liefern der Polizei in Algier ein Feuergefecht, das zwei Tote und vier Verletzte fordert.

Juni 1992

Staatspräsident **Mohamed Boudiaf** will eine eigene politische Partei, nämlich die *"Patriotische Sammlungsbewegung"* (RNP), gründen.

Der Prozess gegen sieben FIS-Führer, darunter **Abassi Madani** und **Ali Belhadj**, in Blida wird kurz nach der Eröffnung vertagt, nachdem die Verteidiger die Zuständigkeit des Militärtribunals in Frage gestellt und die Aussperrung ausländischer Beobachter kritisiert haben.

Staatschef **Mohamed Boudiaf** wird erschossen. Laut staatlichen Stellen habe es sich bei dem Attentäter *Lembarek Boumaarafi* um einen Anhänger der FIS gehandelt. Die Familie des Ermordeten ist jedoch überzeugt, dass sein Tod nicht der FIS angelastet werden könne, sondern es im Sicherheitsapparat eine Verschwörung gegen Boudiaf gegeben habe, dessen Politik der Aussöhnung und Integration auf den Widerstand alter FLN-Kader gestoßen sei.

Verteidigungsminister **Nezzar** bestreitet, dass eine Großoffensive gegen die FIS-Hochburgen geplant sei, und versichert, dass an dem Reformkurs, für den Boudiaf gekämpft habe, festgehalten werde: *"Algerien wird vom Weg der Demokratie nicht abgehen."*

Es werden mehr als 3.000 Islamisten nach 3-4monatiger Internierung in verschiedenen Lagern in der Sahara freigelassen. Zum selben Zeitpunkt befinden sich aber immer noch 4.448 Personen in den Gefangenenlagern in der Wüste im Süden des Landes. Die Entlassung weiterer Gefangener wird angekündigt.

Juli 1992

Der fünfköpfige Hohe Staatsrat (Haut Comité d'État - HCE) beruft **Ali Kafi** zum neuen Vorsitzenden und nimmt **Redha Malek** als neues Mitglied in die Führung auf. Ali Kafi kündigt eine Fortsetzung der bisherigen Politik an, die auf die Wiederherstellung der Autorität des Staates und die Bekämpfung sozialer Missstände etc. abzielt. Eine Untersuchungskommission wird eingesetzt, die die Hintergründe der Ermordung Boudiafs aufklären soll.

Ministerpräsident **Sid Ahmad Ghozali**, der in seiner kurzen Amtszeit versucht hat, Liberalisierungsmaßnahmen durchzusetzen, wird von **Belaid Abdesselam**, der wie Kafi zu den "alten Baronen" der FLN und zu den Gegnern der Liberalisierung gehört, abgelöst. Dieser ruft zum Dialog mit führenden Oppositionskräften auf.

Der FIS-Führer **Abassi Madani** und sein Stellvertreter **Ali Belhadj** werden in ihren Verfahren vor dem Militärgericht in Blida am 15. Juli 1992 wegen „Vergehen gegen die Staatssicherheit“ jeweils zu einer 12-jährigen Haftstrafe verurteilt. Freigesprochen werden die beiden in dem Prozess vom Vorwurf der Entführung und Folterung von algerischen Sicherheitskräften. Fünf weitere führende Mitglieder des Parteirates (Majlis al-Shura) der FIS erhalten Gefängnisstrafen zwischen vier und sechs Jahren. Es folgen gewalttätige Proteste von FIS-Mitgliedern. Die Untergrundzeitschrift „Annafir“ ruft ihre Leser dazu auf, an der Strategie der Sabotage und der Brandstiftung festzuhalten.

August 1992

Entsprechend eines neuen Präsidialerlasses können alle Organisationen, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung, das reibungslose Funktionieren der Institutionen oder die höheren Interessen des Staates gefährden, geschlossen werden.

Die FIS wird für einen Bombenanschlag auf dem Flughafen von Algier verantwortlich gemacht, bei dem neun Zivilisten ums Leben kommen und 120 verletzt werden.

Sept. 1992

Vorstellung des Regierungsprogramms:

Rigoreuse Sparpolitik, Stärkung der Autorität des Staates und der nationalen Einheit, Bekämpfung von Korruption und "Terrorismus".

Okt. 1992

Das neue *'Anti-Terrorismus-Gesetz'* tritt in Kraft. Die Einführung des Gesetzes hat gravierende Folgen: Es werden Sondergerichte installiert, die in Schnellverfahren das

doppelte Strafmaß gegenüber dem sonst im Strafgesetz vorgesehenen verhängen können. Es kommt zu Verwaltungshaft ohne Anklage oder Verfahren sowie zu Hinrichtungen. Mit Inkrafttreten des 'Anti-Terrorismus-Gesetzes' wird auch die zulässige Höchstdauer für Polizeigewahrsam (*garde-à-vue*), der häufig in Form von Incommunicado-Haft (Haft ohne jeden Kontakt zur Außenwelt) angewandt wird, von acht auf zwölf Tage heraufgesetzt. Davon betroffen sind insbesondere Personen, die im Verdacht stehen, für terroristische oder sicherheitsgefährdende Übergriffe verantwortlich zu sein. Das Alter für Strafmündigkeit wird auf 16 Jahre herabgesetzt. Den algerischen Sicherheitskräften werden immer häufiger willkürliche Verhaftungen und Folterungen an Inhaftierten vorgeworfen. Die Regierungsseite kann diese Vorwürfe nicht entkräften.

Folter kommt häufig während der Zeit der Incommunicado-Haft im Polizeigewahrsam vor. Anfangs wurde Folter gegenüber Gefangenen in erster Linie zum Erpressen von Geständnissen eingesetzt. Inzwischen dient sie jedoch auch vermehrt als Straf- bzw. Einschüchterungsmaßnahme gegenüber den Häftlingen. Teilweise sind auch Angehörige von gesuchten Personen gefährdet, an deren Stelle von den Sicherheitskräften in **Sippenhaft** genommen zu werden.

Als *Foltermethoden* werden hauptsächlich das Verbrennen mit Feuerzeugen, Elektroschocks, sexueller Missbrauch, Fußtritte und Schläge mit Plastikschräuchen, Elektrokabeln, Peitschen und Riemen sowie das Aufhängen des Opfers mit dem Kopf nach unten praktiziert. Aber auch "rabha" wird angewandt, wobei die Füße des Gefangenen mit Stricken gefesselt werden und anschließend durch das zusätzliche Zusammenziehen mit einem Stock die Stricke dem Opfer stark ins Fleisch einschneiden.

Besonders häufig wird die "chiffon"-Methode angewandt, bei der die Gefangenen gezwungen werden, Chemikalien oder verschmutztes Wasser zu trinken, die ihre Bäuche aufblähen. Die Opfer werden dann solange geschlagen, bis sie sich erbrechen müssen. Danach wird diese Prozedur mehrmals wiederholt.

- Dez. 1992** Es wird eine unbefristete Ausgangssperre über Algier und sechs benachbarte Provinzen verhängt. Die FIS-Bürgermeister werden in 26 Städten abgesetzt und die von den Islamisten dominierten Gewerkschaften sowie sozialen und kulturellen Vereinigungen werden verboten.
- Januar 1993** Der Ausnahmezustand, der Anfang Februar 1993 ausgelaufen wäre, wird vom Hohen Staatsrat auf unbestimmte Zeit verlängert.
- Februar 1993** Gescheitertes Attentat der FIS auf **General Nezzar**.
- März 1993** Etwa 100.000 Algerier demonstrieren in der Hauptstadt gegen islamistischen Terror.
Islamisten überfallen südlich von Algier eine Kaserne, wobei 23 der Angreifer und 18 Soldaten getötet werden.
- April 1993** Der Führer der inzwischen verbotenen *Islamischen Arbeitsgewerkschaft (Syndicat Islamique du Travail - SIT)* **Omar el Eulmi** wird von Sicherheitskräften erschossen. Er gehörte vor dem Verbot der *Islamischen Heilsfront* zu deren Führung und rief Anfang 1992 zum „*Heiligen Krieg*“ (*Jihad*) – insbesondere zur Tötung von Soldaten und Polizisten – auf.
Das Gesetz zum Kampf gegen Subversion und Terrorismus wird von den algerischen Regierungsgremien verschärft.
- Mai 1993** *Veröffentlichung eines Regierungsdekrets:*
Mitarbeitern in staatlichen Firmen und der Verwaltung wird untersagt, sich durch Kleidung, Aufmachung etc. zu einer ideologischen, politischen oder religiösen Strömung zu bekennen. Jede parteipolitische Tätigkeit in öffentlichen Einrichtungen wird verboten.
Ein Gericht in Algier verurteilt 38 Angeklagte (davon 26 in Abwesenheit) zum Tode, denen der Bombenanschlag auf dem Flughafen von Algier zur Last gelegt wird.
Ermordung des Schriftstellers und Journalisten **Tahar Djaout**; Beginn der gezielten Attentate gegen Intellektuelle.
- Juni 1993** Der Hohe Staatsrat (HCE) legt nach drei Runden des „*Nationalen Dialogs*“, an dem sich elf Parteien, vier wirtschaftliche und gesellschaftliche Organisationen, Vertreter der Gewerkschaft sowie 87 Delegierte der Bürger beteiligen, Vorschläge für die Übergangszeit und die Erneuerung Algeriens vor.
- Juli 1993** **Liamine Zérroual** übernimmt das Amt des Verteidigungsministers Nezzar. Chef des Generalstabs wird **Mohamed Lamari**, der die Anti-Terroreinheit der Armee im September 1992 geschaffen und seither geleitet hat.

- August 1993** Von einem Sondergericht in Algier werden 34 Islamisten wegen Hochverrats und Polizistenmords zum Tode verurteilt.
- Der Hohe Staatsrat (HCE) setzt Ministerpräsident **Belaid Abdessalam** ab und bestimmt den bisherigen Außenminister **Redha Malik** zum Nachfolger.
- Nov. 1993** Gründung des „*Mouvement pour la République*“. Die Bewegung ist ein Zusammenschluss aus mehreren politischen Organisationen Algeriens. Zum Vorsitzenden wird **Said Saadi** gewählt, der zugleich Führer der *Bewegung für Kultur und Demokratie (RCD)* ist. Das „*Mouvement pour la République*“ bildet bewaffnete Verbände, die Angriffen von Islamisten entgegentreten sollen.
- Januar 1994** In Algier findet eine von der Regierung einberufene „**Nationalkonferenz**“ ohne Einbeziehung der FIS statt, da der Hohe Staatsrat Ende Januar 1994 von seinem Amt zurücktreten will. Die Konferenz soll eine Entscheidung über die neue Staatsführung und die künftige Regierungspartei treffen.
- General **Liamine Zéroual** wird für drei Jahre als Übergangspräsident eingesetzt.
- Bei einem Angriff von bewaffneten Gruppen werden der Präfekt von Tissemsilt und seine Eskorte (insgesamt 19 Personen) getötet.
- Eine Französin, die im französischen Konsulat in Algier beschäftigt ist, und der Präsident des Gerichtshofes von Djelfa werden getötet. **Mohamed Bouslimani**, Präsident einer islamischen karitativen Vereinigung, der im November entführt worden war, wird tot aufgefunden.
- Februar 1994** **Katia Bengana**, 16 Jahre, wird auf dem Heimweg von der Schule erschossen. Sie hatte sich geweigert, den Schleier zu tragen.
- Der französische Journalist **Olivier Quémeneur** wird in der Casbah getötet, sein australischer Kollege schwer verletzt. Der Unterpräfekt von Ould Mimoun und ein französischer Buchhändler werden getötet.
- März 1994** Präsident Zéroual gibt zu, die im Gefängnis sitzenden Führer der FIS getroffen zu haben, um der Gewalt Einhalt zu gebieten.
- Ein algerischer Journalist, ein vietnamesischer Lehrer, der Direktor der *Ecole supérieur des Beaux-Art d'Alger* und sein Sohn, der Dramatiker **Abdelkader Alloula**, der Fernsehjournalist **Hassan Bénaouda**, zwei Franzosen im Vorort Birkhadem und ein Angestellter der russischen Botschaft werden getötet.
- Die anti-imperialistische *Organisation des Jeunes Algériens Libres (OJAL)* kündigt die öffentliche Ermordung von 20 verschleierte Frauen und 20 bärtigen Männern für jede Frau an, die getötet wird, weil sie keinen Schleier trägt. Kurz danach werden zwei verschleierte Gymnasiastinnen an einer Bushaltestelle am Stadtrand von Algier erschossen.
- Nach offiziellen Mitteilungen werden ca. 40 Mitglieder der Sicherheitskräfte im 1. Quartal 94 getötet.
- April 1994** Rücktritt **Redha Maliks**; neuer Premierminister wird **Mokdad Sifi**.
- Unterzeichnung eines Vertrages mit dem IWF, mit dem Algerien Strukturanpassungen akzeptiert.
- Abbasi Madani** und **Ali Benhadj**, beide im Juni 1991 zu 12 Jahren Haft verurteilt, werden aus dem Gefängnis entlassen und unter Hausarrest gestellt.
- Der Unterpräfekt von Beni Aziz, ein Mitglied der UGTA, ein Hamas-Mitglied, ein Angestellter des Religionsministeriums und ein 16jähriger Schüler werden getötet.
- Mai 1994** Zwei französische Mönche, fünf algerische Mönche, ein Rechtsanwalt, ein Generaldirektor eines Unternehmens in Hussein Dey und der Rektor der Universität der Wissenschaften und Technik in Bab ez-Zour werden getötet. Drei Russen und mindestens elf Militärangehörige werden bei einem Angriff auf einen Bus in Jijel getötet. Ein Rechtsanwalt, der entführt wird, wird am nächsten Tag tot aufgefunden.
- Juni 1994** Ein Bombenattentat auf eine große Demonstration für eine zivile Gesellschaft und gegen den Terrorismus in Algier fordert zwei Tote und über 70 Verletzte.
- Ein Journalist der Zeitung *El-Moudjahid*, ein Radiotechniker, ein Gründungsmitglied der *Nahda* in Constantine und ein Richter werden getötet.

Youssef Fathallah, Präsident der *Ligue algérienne des droits de l'Homme* (LADH), wird in seinem Büro ermordet.

Im April sollen nach AFP 196 Mitglieder bewaffneter Gruppen, im Mai 169 und im Juni 133 während Operationen getötet worden sein.

- Juli 1994** Bewohner des Dorfes Igoujdal stellen eine erste Dorfmiliz auf, um sich gegen Überfälle von bewaffneten Gruppen zu schützen. Solche Milizen werden in den folgenden Monaten in vielen Orten gebildet.
- Sieben italienische Matrosen in Jijel, zwei Frauen in Vororten von Algier, fünf Russen, die bei Sonatrach arbeiteten, zwei Jugoslawen, zwei algerische Beamte, der Direktor der *Ecole nationale vétérinaire* in Algier, der Generaldirektor der *Agence nationale des équipements et de la formation professionnelle* in Birkhadem, eine Mitarbeiterin von *Soir d'Algérie*, ein Student, der Bürgermeister von Mers el-Hadjadj (Oran) und ein Journalist von APS in Bou Saada werden getötet.
- August 1994** Fünf Franzosen (3 Gendarmen und 2 Konsulatsangehörige) werden bei einem Autobombenattentat in Ain Allah getötet. Der Direktor des *Institut d'agronomie* der Universität von Blida, zwei Chinesen in el Harrach, ein Mitglied der Ettahaddi, ein Soziologieprofessor in Tizi Ouzou, ein Koranlehrer in Mostaganem, ein Mitglied des CNT und ein Franzose in Oran werden getötet.
- Sept. 1994** Fünf Behinderte werden von bewaffneten Gruppen in der Nähe von Jijel mit Messern getötet, ein Gewerkschaftsmitglied wird erwürgt. Außerdem werden ein algerischer Fotograf in Tipaza, ein Mitglied der *Front des Forces Socialistes* (FFS), ein Journalist der APS, ein Bosnier in Skidda, ein Richter in Medea und **Cheb Hasni**, ein bekannter Rai-Sänger in Oran, getötet.
- Bei Operationen der Sicherheitskräfte wurden nach AFP im Juli 103, im August 75 und im September 200 Mitglieder bewaffneter Gruppen getötet.
- Nov. 1994** Bei einer angeblichen Revolte im **Berrouaghia-Gefängnis** werden mindestens 60 Inhaftierte getötet. Der Vorfall wird nicht untersucht und es dringen auch so gut wie keine Nachrichten über den Ablauf der Ereignisse im Gefängnis an die Öffentlichkeit.
- Dez. 1994** Ein Kommando der *Bewaffneten Islamistischen Gruppen* (GIA) entführt einen Airbus der Air France vom Flughafen in Algier. Das Flugzeug landet in Marseille, wo französische Spezialeinheiten die Maschine stürmen und die Insassen befreit, dabei werden drei Insassen und die Entführer getötet.
- Januar 1995** Demokratische und islamische Oppositionskräfte unterschreiben die *Plattform von Rom*, die während der Gespräche vom 8. - 13. Januar in Sant' Egidio ausgearbeitet wurde. Mitglieder der Verhandlungen in Rom waren: **Hocine Ait Ahmed**, *Front der sozialistischen Kräfte* (FFS), **Ben Bella**, *Bewegung für Demokratie in Algerien* (MDA), **Abdelhamid Meri**, *Nationale Befreiungsfront* (FLN), **Louisa Hanoune**, *Arbeiterpartei* (PT), **Abdallah Djaballah**, *Ennahda*, **Ahmed Ben Mohamed**, *Zeitgenössisches Islamisches Algerien* (AIC), **Anwar Haddam**, *Islamische Heilsfront* (FIS), **Ali Yahya**, *Algerische Liga zur Verteidigung der Menschenrechte* (LADDH) (fungierte als Sprecher). Die "Plattform für eine politische und friedliche Lösung der algerischen Krise" beinhaltet einen Appell an die Machthaber, Verhandlungen zu führen, um einen Bürgerkrieg zu verhindern; die Forderung nach Einberufung einer nationalen Konferenz unter Mitwirkung aller politischen Kräfte; die Forderung an die Militärregierung nach Freilassung aller politischen Häftlinge, Aufhebung des Verbots der FIS und Sicherung der demokratischen Rechte. Die algerische Regierung lehnt die Plattform ab als Versuch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Algeriens.
- Eine Autobombe explodiert in der Nähe der Hauptwache der Polizei in Algier. Sie tötet 38 Menschen und verletzt 256. Die GIA bekennen sich zu dem Anschlag.
- Februar 1995** Der Anti-Terrorismus-Erlass wird aufgehoben. Er wird jedoch durch Änderungen in das Strafgesetzbuch und in der Strafprozessordnung in geltendes Strafrecht überführt. Unter die Definition "terroristische oder subversive Tätigkeiten" fällt z.B. die Behinderung des Straßenverkehrs, das Blockieren öffentlicher Plätze durch öffentliche, die Beeinträchtigung der Arbeit einer Behörde oder öffentlichen Institution, die Herstellung oder Verbreitung von Dokumenten oder Aufzeichnungen, die zu den genannten Tätigkeiten aufrufen oder sie befürworten, sowie die Zugehörigkeit zu einer "terroristischen oder subversiven Vereinigung" außerhalb des Landes. Die Vorschriften sind so vage formuliert, dass Personen ohne Beweise für eine erkennbar strafbare Handlung festgenommen werden oder weil sie

schlichtweg ihr Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen haben. Die Sondertribunale, die mit dem Terrorismus-Erlass eingerichtet wurden, haben seit Dezember 1992 mehr als 400 Todesurteile ausgesprochen und 26 vollstreckt. Seit März 1994 wurden die Hinrichtungen ausgesetzt.

Schaffung von Zensurkomitees für die Medienberichterstattung, dadurch Beschränkungen des Zugriffs auf und der Enthüllung von sicherheitsrelevanten Informationen. Es dürfen nur Informationen veröffentlicht werden, die von den Sicherheitskräften oder der offiziellen Presseagentur herausgegeben werden.

Verabschiedung eines Amnestiegesetzes (Qanun ar-Rahma). Es erlaubt, Anklagen fallen zu lassen oder Strafen von Personen zu mildern, die in "terroristische" Aktionen verwickelt sind und sich selbst stellen und sich von ihren Aktivitäten lossagen.

Im **Serkadji-Gefängnis** in Algier kommen bei einem Aufstand mindestens 96 Häftlinge, vier Gefängniswärter und ein Mitglied der Sicherheitskräfte ums Leben. Nach den Aussagen von überlebenden Häftlingen, deren Familienangehörigen und ihren Rechtsanwälten haben die Sicherheitskräfte auf die Gefangenen geschossen, bevor diese den Aufstand friedvoll beenden und in die Zellen zurückzukehren konnten. Es gibt auch schwere Vorwürfe gegen die Sicherheitskräfte, nämlich dass diese Inhaftierte extralegal getötet oder gefoltert haben, nachdem die Gefangenen in ihre Zellen zurückgekehrt waren. Die meisten der getöteten Gefangenen wurden wegen terroristischer Aktivitäten verurteilt, viele davon lebenslänglich. Die Familienangehörigen werden erst benachrichtigt, nachdem man die Toten beerdigt hat. Viele werden ohne Identifikation beerdigt. Autopsien zur Klärung der Todesumstände und -ursachen finden nicht statt.

Mordwelle an Intellektuellen und Künstlern: **Azzedine Medjoubi**, Direktor des algerischen Nationaltheaters, **Rachid Baba-Ahmed**, Produzent von Rai-Musik, **Nabila Diahmine**, Präsidentin der Frauenrechtsorganisation *Cris de femme*, **Djamel Ziater**, Journalist. Außerdem werden sieben Polizisten und ein Zivilist getötet.

März 1995 Teilweise Umbildung der algerischen Regierung. Die Minister für Justiz und für Kommunikation (Information), **Mohammed Téguia** und **Benamar Zerhouni**, werden ihrer Posten enthoben und von **Mohammed Adami** und **Lamine Bechichi** abgelöst. Staatschef **Zéroual** ernennt **Amar Zegar**, der **Taha Tiar** ablöst, zum neuen Generalsekretär des Präsidialamtes.

Innenminister **Cherif Meziane** kündigt die Rekrutierung von 40.000 neuen Gemeindepolizisten an. Die neuen Polizisten sollen vor allem öffentliche Gebäude schützen.

April 1995 Auf Anfrage werden unter bestimmten Bedingungen von der Staatsmacht Waffen zur Gründung von Selbstverteidigungsgruppen, den Milizen, ausgegeben.

Abbasi Madani und **Ali Benhadj**, die 1994 aus dem Gefängnis entlassen und unter Hausarrest gestellt worden waren, werden wieder in Haft genommen.

Mai 1995 Die Journalistin **Malika Sabour**, die für die arabischsprachige Tageszeitung *Echourouk* gearbeitet hat, wird in ihrem Haus vor den Augen ihrer Familie erschossen.

Juni 1995 **Lembarek Boumaarifi**, der seit Juni 1992 unter dem Verdacht des Mordes am ehemaligen Präsidenten Mohamed Boudiaf inhaftiert ist, wird zum Tode verurteilt. Das Verfahren entspricht nicht internationalen Standards für einen fairen Prozess. Boumaarafi erklärt, dass er allein und nur aus religiösen Gründen gehandelt hat. Dies wird auch von einer Kommission bestätigt, die Familie des Ermordeten weist jedoch diese Version zurück.

Juli 1995 Der Innenminister **Méziane-Cherif**, ein Anti-Islamist, wird gegen den Technokraten **Mostafa Benmasour** ausgetauscht.

Von einem Gericht in Tizi-Ouzou werden vier Islamisten wegen Mordes und "terroristischer Aktivitäten" zum Tode verurteilt.

Der 85jährige FIS-Mitbegründer Scheich **Abdelbaki Sahraoui** wird in Paris im Gebetsaal seiner Moschee erschossen.

In Chlef werden zwei Frauen und drei Kinder durch eine Bombe vor einem Wohnhaus getötet, vier Personen verletzt.

August 1995 Durch eine Autobombe werden in Bab el Oued neun Menschen getötet und mehr als 100 verletzt.

Ein Gericht in Tizi Ouzou verurteilt 131 Islamisten zum Tode. Nur vier der Angeklagten sind bei dem Prozess anwesend, gegen den Rest wird in Abwesenheit verhandelt.

Sept. 1995

In Algier wird ein Generalstreik gegen das Privatisierungsprogramm weitgehend befolgt. Vor allem in der Industrie und im öffentlichen Verkehr ruht die Arbeit, es erscheinen fast keine Zeitungen. Dagegen folgen die Beschäftigten von Banken und Versicherungen dem Streikaufruf des nationalen Gewerkschaftsbundes (UGTA) nicht.

In dem Vorort Belcourt werden zwei Nonnen, eine Französin und eine Malteserin erschossen, in Oran ein Italiener. Er ist das 104. ausländische Opfer von Gewalttätigkeiten

Acht Journalisten werden im Laufe einer Woche erschossen. Daraufhin stellen zahlreiche Tageszeitungen ab dem 11. September für drei Tage ihr Erscheinen ein.

Durch eine auf einem Lastwagen deponierte Bombe werden in Meftah sechs Menschen getötet und mehr als 80 verletzt. Rund 30 Häuser werden bei dem Anschlag zerstört.

In dem Dorf Boukrane werden 15 Dorfbewohnern von ca. 50 bewaffneten Männern die Kehle durchgeschnitten. Mit einem Bulldozer werden die Häuser der Opfer und der Wohnsitz des Bürgermeisters zerstört.

In einer 12-stündigen Schießerei in den Bergen über dem Hafen von Algier werden 14 Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen getötet. Eine Familie, die von den Mitgliedern der Gruppe als Geisel genommen wird, wird in einer Aktion befreit.

Der ehemalige Innenminister **Aboukar Belkaid** fällt einem Attentat zum Opfer, er wird vor dem Nationaltheater erschossen.

Oktober 1995

Mitglieder von *Rassemblement actions jeunesse* (RAJ) unterbrechen ihren Hungerstreik, den sie vor 13 Tagen begonnen hatten. Sie protestieren damit gegen das Verbot einer Demonstration, die am 5. Oktober zur Erinnerung an die Opfer der Ereignisse vom Oktober 1988 geplant war.

Die Journalistin **Saida Djebali** (*El Hayat El Arabia*) und ihr Chauffeur werden in Algier erschossen.

Bei einem Überfall auf einen Bus im Süden werden 18 Personen getötet und 15 verletzt. Unter den Toten sind drei Kinder und eine Frau.

Durch die Explosion einer Autobombe vor dem Polizeigebäude in Relizane werden elf Menschen getötet und mehr als 80 verletzt. Unter den Toten befinden sich drei Kinder.

Bei der Explosion einer Autobombe in der Stadt Rouiba werden mindestens sechs Menschen getötet und 98 verletzt. Fünf der Toten sind Kinder. Die Bombe zerstört ein fünfstöckiges Gebäude fast vollständig.

Mitte September bis Mitte Oktober töten Sicherheitskräfte nach offiziellen Angaben 1400 angebliche "Terroristen". Bei den Aktionen gegen die bewaffneten Oppositionsgruppen der AIS und der GIA arbeiten Armee, Polizei, Gendarmerie und Ortskräfte in 15 Städten des Ostens zusammen.

Nov. 1995

Präsidentschaftswahl:

Der bisherige Staatspräsident **Liamine Zéroual** wird mit 61,3 % der Stimmen gewählt. Damit ist er für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt. Islamische Gruppierungen, wie die *Islamische Heilsfront* (FIS), sind von der Wahl ausgeschlossen. Andere Oppositionsparteien, wie die *Nationale Befreiungsfront* (FLN), beteiligen sich nicht an der Wahl. Obwohl die FIS und die anderen in der Plattform von Rom zusammengeschlossenen Oppositionsparteien zum Boykott aufrufen, und ungeachtet der Drohungen mit Anschlägen gegen die Wahllokale, soll die Wahlbeteiligung bei knapp 75% gelegen haben. Vertreter der Oppositionsparteien sprechen von Wahlfälschung.

Sicherheitskräfte töten in der ersten Novemberwoche bei landesweiten Operationen 34 Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen.

Wenige Tage nach der Präsidentenwahl werden zehn Mitglieder von bewaffneten Oppositionsgruppen in Oran aufgespürt und getötet. Bei der Aktion werden auch Waffen und Sprengsätze sichergestellt.

Zwei Frauen werden bei einem nächtlichen Überfall in Bou Hanifa die Kehlen durchgeschnitten.

Bei der Explosion einer Autobombe werden im Südosten des Landes fünf Menschen getötet.

Der Chef der Küstenwache, **Mohamed Boutighane**, wird erschossen. Es ist das erste Mal, dass ein General getötet wird.

Dez. 1995

Die auflagenstärkste, französischsprachige Zeitung *Liberté* wird mit einem 2-wöchigen Publikationsverbot belegt. Das Blatt darf wegen "tendenziöser Berichterstattung" nicht mehr erscheinen.

Mehr als 600 inhaftierte Islamisten werden freigelassen, als das letzte Internierungslager in der Sahara, Ain M'Guel, aufgelöst wird. Sie befanden sich dort seit 1992 ohne Anklage oder Gerichtsverfahren auf der Grundlage von Verwaltungshaftanordnungen. Von Präsident Mohamed Boudiaf gegründet, beherbergten diese Lager 1992 ca. 10.000 Gefangene. In anderen Gefängnissen sitzen immer noch ca. 17.000 Gefangene mit terroristischem Hintergrund ein.

1994 und 1995 gab es zahlreiche Berichte über Entführungen und Vergewaltigungen von Frauen durch bewaffnete Gruppen, vor allem in abgelegenen Gebieten, in denen die Sicherheitskräfte nicht präsent sind. Aus Angst vor Entführungen haben einige Familien aus diesen Gebieten ihre Töchter zu Verwandten in die Stadt geschickt.

1995 verhängten die Gerichte mehr als 100 Todesurteile, die meisten allerdings in Abwesenheit der Angeklagten.

Bei der Explosion einer Autobombe in einem Vorort Algiers kommen 15 Menschen ums Leben, mehr als 40 werden verletzt.

Bei einem Überfall auf ein Dorf in der Nähe Algiers massakrieren bewaffnete Männer acht Menschen.

Zwei lettische Seeleute werden von vier bewaffneten Männern niedergeschossen.

In einem vollbesetzten Café in Mostaganem explodiert eine Bombe, 23 Personen werden verletzt, drei davon schwer. Das Café wird weitgehend zerstört.

Zwei Justizbeamte werden ermordet, zwei weitere sind verschwunden.

Hamid Mahiout, Journalist bei *Liberté*, und sein Fahrer werden getötet. Sie werden zuerst entführt und dann mit durchgeschnittener Kehle aufgefunden. Ein paar Tage später wird **Khadidja Dahmani**, Journalistin bei *Echourouk al Arabi*, ermordet. Sie hat Islamwissenschaften studiert und trug den Schleier. Der Produktionsleiter des staatlichen Fernsehens (ENTV), **Mohamed Belkacem**, wird nach einer Entführung ermordet. Mehr als 60 Journalisten sind seit Mitte 1993 in Angriffen getötet worden, bei denen davon ausgegangen wird, dass sie von bewaffneten Oppositionsgruppen verübt wurden.

Sicherheitskräfte erschießen zehn militante Muslime: bei einem Schußwechsel in einem Vorort Algiers werden sieben Extremisten getötet; drei Männer, die ein Kind als Geisel genommen haben, werden erschossen.

Januar 1996

Regierungsumbildung: Die neue Regierung besteht aus 26 Ministern und 5 Staatssekretären. Neuer Ministerpräsident wird **Ahmed Ouyahia**, der **Mokdad Sifi** ablöst. Wesentliche Positionen bleiben jedoch gleich besetzt und Staatspräsident **Liamine Zéroual** behält weiterhin zusätzlich das Amt des Verteidigungsministers. Neuer Außenminister und damit Nachfolger von **Saleh Mohamed Dembri** wird **Ahmed Attaf**.

Auch einige gemäßigte Islamisten aus der nicht verbotenen Opposition, die sich an den Wahlen beteiligt haben, sind in der Regierung vertreten. Darunter befinden sich auch zwei *Hamas*-Mitglieder, die aber weniger bedeutende Posten erhielten (**Abdelkader Hamitou** – Minister für kleine und mittlere Unternehmen, **Bouguerra Soltani** – Staatssekretär für Fischerei). **Ahmed Merrani**, der die *Islamische Heilsfront* mitgegründet hat, ihr aber nicht mehr angehört, wird Religionsminister.

Als erste Maßnahme muss Ministerpräsident **Ahmed Ouyahia** die Verteuerung von Strom, Gas, Benzin, Wasser, Brot und Milch verfügen.

Der amtierende Generalsekretär der FLN, **Abdelhamid Mehri**, legt sein Amt nieder. Daraufhin wird **Boualem Benhamouda** zum neuen Generalsekretär gewählt.

Sicherheitskräfte erschießen in der Wüstenstadt Laghout zahlreiche muslimische Extremisten (12-19) nach der Geiselnahme von mehreren hundert Menschen während tagelanger Gefechte.

Ca. 30 Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen werden von Sicherheitskräften getötet: zwölf bei einer Razzia in der Umgebung von Constantine; drei in der Region Chlef; mehrere in einem Waldstück in der Nähe Algiers während eines Sturms auf ein Lager, in dem große Mengen von Munition und Lebensmitteln gefunden werden; sechs in Algier (vier Brüder und ihr 84-jähriger Vater). Diese werden in ihrem Haus vor den Augen der Mutter, der Ehefrauen

und der Schwester getötet. Die Familie berichtet, die Sicherheitskräfte hätten von ihnen verlangt, eine Erklärung zu unterzeichnen, der zufolge die fünf Männer von "Terroristen" getötet worden waren.

Fünf Bewohner von Oued Sebt werden vermutlich von Mitgliedern bewaffneter Oppositionsgruppen entführt und bestialisch ermordet.

In der Stadt Tebessa, nach der Grenze zu Tunesien, werden neun Personen von Mitgliedern bewaffneter Gruppen enthauptet. Fünf der Opfer seien Veteranen des Unabhängigkeitskrieges gewesen.

Sieben Frauen und ein Mädchen werden in der Region von Jijel erwürgt aufgefunden. Sie gehörten zu Familien von Militärs oder Polizisten.

12 Mitglieder bewaffneter Gruppen werden bei einer Razzia in der Umgebung von Constantine erschossen.

Bei einem Autobombenanschlag in Blida werden fünf Personen getötet und 25 verletzt. Das mit einem Sprengsatz ausgerüstete Fahrzeug war in der Nähe eines Hotels geparkt.

In dem Dorf Dawadji (Gebiet Djelida, Provinz Ain Defla) töten Angehörige der *gardes communaux* (Dorfwachen) vier junge Männer vor ihren Häusern.

Februar 1996

Die algerische Regierung kündigt die Aufhebung der vor mehr als drei Jahren verhängten nächtlichen Ausgangssperre an. Der Ausnahmezustand, der die Sicherheitskräfte mit weitreichenden Rechten ausstattet, soll jedoch weiterhin in Kraft bleiben.

Ein auf zwei Tage angesetzter Generalstreik legt das öffentliche Leben in Algier weitgehend lahm. Der Streik wird ausgerufen, um gegen die Gehaltskürzungen im öffentlichen Sektor zu protestieren.

Die Regierung verhängt eine Pressezensur. Staatliche Lektoren überprüfen alle Ausgaben der unabhängigen Zeitungen und verbieten sie, falls sie mehr als offizielle Informationen über Gewalttaten und unerwünschte Texte veröffentlichen.

Bei einer Bombenexplosion während des Fastengebets in einer Moschee in Algier werden sechs Menschen getötet und ca. 12 verletzt.

Zwei Anführer der *Bewaffneten Islamischen Gruppen* (GIA) werden von Militärs getötet. Es soll sich dabei um die GIA-Chefs von Algier und Tizi Ouzou handeln.

Bei mehreren Explosionen von Autobomben werden in Algier (Belcourt, Bab el Oued) während des Ramadans 34 Menschen getötet und 125 verletzt.

Elf Mitglieder einer Beduinenfamilie werden mit durchgeschnittener Kehle aufgefunden.

Ca. 14 Frauen werden entführt, speziell Frauen von Polizisten. Sie werden vergewaltigt und die meisten mit durchgeschnittenen Kehlen aufgefunden.

Der Chefredakteur der gewerkschaftlichen Zeitung *Revolution und Arbeit*, **Abdellah Bouhechak**, wird vermutlich von Mitgliedern bewaffneter Oppositionsgruppen erschossen.

Bei einem Bombenanschlag auf das „Haus der unabhängigen Presse“ kommen 18 Menschen ums Leben, darunter zwei Redakteure der Tageszeitung *Le Soir* und der Chefredakteur **Ait Mebarak**, 95 Personen erleiden Verletzungen. Zu dem Attentat bekennen sich die *Bewaffneten Islamischen Gruppen* (GIA). Der Presse wird vorgeworfen, mit der Staatsgewalt zu kooperieren. Zwei Zeitungen können nicht erscheinen, die anderen lassen als Zeichen der Trauer eine Seite leer.

März 1996

Die Wochenzeitung *La Nation* wird beschlagnahmt. Die zensierte Ausgabe enthält eine Serie von Artikeln über Menschenrechtsverletzungen. 1995 wurde die Erscheinung von *La Nation* fünfmal verboten.

Ein Zivilgericht in Tizi Ouzou verurteilt zwölf Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen zum Tode wegen "Bildung einer terroristischen Vereinigung".

Bei Explosionen von Autobomben sind in Berrougha und Tizi Ouzou acht Personen getötet und 31 verletzt worden.

Zehn Tote und 15 Verletzte fordert ein Überfall auf einen Personenzug in Nordwestalgerien.

Der Fotograf der Wochenzeitschrift *Algérie Actualité*, **Arabdiou Djalali**, wird in Algier von einem Kommando erschossen. Seit Mai 1993 sind ungefähr 60 Journalisten getötet worden.

Bei einem Überfall auf einen Reisebus werden in Südalgerien zehn Passagiere getötet und 20 verletzt. Unbekannte eröffneten das Feuer auf einen Linienbus, der die Erdölregion Hassi Messaoud mit der Hafenstadt Oran verbindet.

Sieben französische Ordensmitglieder sind aus dem Kloster Tibehirine/Medea verschleppt worden. Die *Bewaffneten Islamischen Gruppen* (GIA) übernehmen dafür die Verantwortung. Sie wollen die Mönche gegen in Frankreich inhaftierte GIA-Mitglieder austauschen. Nach erfolglosen Verhandlungen werden die Mönche am 24.5.96 ermordet.

Bei der Erstürmung eines Stützpunkts von bewaffneten Oppositionsgruppen in der Region von Tlemcen erschließen Sicherheitskräfte ca. 100 Mitglieder der GIA, die sich in einem verlassenem Bauernhof verschanzt hatten. Es werden schwere Waffen und Hubschrauber eingesetzt.

April 1996

Ein Strafgericht verurteilt 16 "mutmaßliche militante Muslime" in Abwesenheit zum Tode. Den Verurteilten werden Morde und Mitgliedschaft in einer bewaffneten Organisation zur Last gelegt.

Eine Französischlehrerin und ein Arzt werden öffentlich durch Schnitte in die Halsschlagader ermordet.

Mai 1996

In Larbaa kommen bei Auseinandersetzungen innerhalb der *Bewaffneten Islamischen Gruppen* (GIA) 25 Menschen ums Leben.

Der frühere Innenminister **Mohamed Hardi** wird von drei Männern erschossen, als er in sein Auto einsteigen will.

Ein Kommando mutmaßlicher Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen verschanzen sich in einem Haus und nehmen die Bewohner als Geiseln. Bei der Befreiung werden zehn Menschen getötet.

Bei einem Bombenanschlag in Blida werden mindestens drei Personen getötet und 70 zum Teil schwer verletzt. Mehr als 50 Wohnungen nahe eines Polizeikommissariats werden zerstört.

Vier mutmaßliche Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen werden von Sicherheitskräften getötet. Sie sollen Anschläge auf hochrangige Funktionäre verübt haben.

Juni 1996

Der stellvertretende Generalstaatsanwalt von Algier, **Mokhtar Benkraouche**, wird von vier Männern aus dem Hinterhalt erschossen.

Bei einer Bombenexplosion in Blida kommen die vier mutmaßlichen Attentäter ums Leben, eine Person wird schwer verletzt, sechs weitere leicht.

Vier Brüder werden in Ouled Askar (nahe Jijel) extralegal hingerichtet, nachdem sie von Sicherheitskräften festgenommen worden waren.

Juli 1996

Zeroual initiiert einen *nationalen Dialog*, zu dem er zwölf Parteien, aber keine Vertreter der radikalen Muslimbewegung einlädt. Die Treffen sollen den Meinungs austausch über die pluralistische Demokratie fördern und *eine Konferenz der nationalen Versöhnung* vorbereiten.

Eine neue bewaffnete islamistische Organisation, die sich *Mouvement islamique pour la prédication et le djihad* nennt, hat sich gegründet.

Der Journalist und Karikaturist **Chawki Amari** der Tageszeitung *La Tribune* erhält drei Jahre Freiheitsstrafe auf fünf Jahre zur Bewährung für eine Karikatur, in der die algerische Flagge abgebildet war. Das Gericht befand ihn der Verunglimpfung der Staatsflagge für schuldig. *La Tribune* wird für ein halbes Jahr suspendiert.

Bei zwei Bombenanschlägen nahe Algier kommen über zehn Menschen ums Leben, zahlreiche werden verletzt.

Eine Bombe tötet mindestens zehn Menschen in einem Café in Blida.

Bei einem Überfall auf einen Bus in Keddara werden zwölf Insassen vor den Augen der anderen Passagiere erschossen.

Eine frühere Sekretärin der kabyllischen Zeitschrift *Le Pays* wird in der Nähe von Tizi Ouzou erschossen.

Der Anführer der *Bewaffneten Islamischen Gruppen* (GIA), **Djamel Zitouni**, wird von rivalisierenden Fundamentalisten getötet.

Bei einem Anschlag auf ein Café werden in Algier eine Person getötet und zehn verletzt.

August 1996

Der Bischof von Oran, **Pierre Claverie**, und sein Fahrer werden durch einen Bombenanschlag vor seinem Haus getötet. Seit 1993 sind mehr als 100 Ausländer getötet worden. Die *GIA* hat die Verantwortung für die meisten dieser Tötungen übernommen. Kommuniqués der *GIA* hatten Ausländer gewarnt, entweder Algerien zu verlassen oder getötet zu werden.

Sicherheitskräfte erschießen sechs Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen, die in die Ermordung des Bischofs von Oran verwickelt gewesen sein sollen.

Ein Mitarbeiter von Radio Coran wird in seinem Auto erschossen. Ein Polizist, der mit im Auto sitzt, wird auch getötet.

Bei einem Überfall auf einen Reisebus werden in der Nähe von Djelfa 17 Männern die Kehle durchgeschnitten, vermutlich weil sie den bewaffneten Gruppen der Gegend nicht beitreten wollten.

In der Nähe von Batna werden 63 Menschen, darunter viele Frauen, alte Leute und Kinder, vermutlich von bewaffneten Oppositionsgruppen ermordet. Zwei Busse werden an einer vorgetäuschten Straßensperre angehalten, und allen Passagieren aus Batna wird die Kehle durchgeschnitten.

Sept. 1996

Eine *Konferenz der nationalen Versöhnung* findet unter Teilnahme von 38 Parteien und Organisationen statt. Die *Front der sozialistischen Kräfte* (FFS) und die *Bewegung für Kultur und Demokratie* (RCD) boykottieren die Konferenz, die *Islamische Heilsarmee* (FIS) wird ausgeschlossen. Themen: Organisation der Parlamentswahlen, Änderung der Verfassung.

An einer vorgetäuschten Straßensperre werden in Ain Touta 17 junge Männer und eine Frau getötet.

Zehn mutmaßliche Mitglieder bewaffneter Gruppen werden von Sicherheitskräften getötet.

Der Sänger **Cheb Aziz** wird in Constantine von vier Unbekannten entführt und getötet. Er ist der vierte Sänger, dessen Ermordung von offizieller Seite den bewaffneten Gruppen angelastet wird.

Bei einem Autobombenanschlag in Boufik am Rande eines Wochenmarktes werden 32 Menschen getötet und 70 weitere verletzt.

Oktober 1996

Bei einem Überfall auf eine Berufsschule für Mädchen in der Nähe von Blida werden eine Lehrerin getötet und vier weitere Personen verletzt.

Der im Stadtteil El Harrach agierende "Emir Sahraoui" und elf seiner Anhänger werden von der Polizei getötet.

Der Herausgeber der Zeitung *Ech Chourouk* wird in seinem Auto mit mehreren Schüssen in den Kopf getötet.

Der Bürgermeister von Algier, **Ali Boucetta**, wird bei Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Mitgliedern bewaffneter Oppositionsgruppen getötet.

Durch einen Bombenanschlag auf einen Personenzug, der von Algier nach Oran fährt, werden acht Personen getötet und 30 verletzt.

Nov. 1996

Referendum:

In einem Referendum wird über eine Verfassungsreform abgestimmt. Nach offiziellen Angaben haben 79,8 % der 16,5 Mio. Wahlberechtigten an der Abstimmung teilgenommen, 85,81 % sollen für die neue Verfassung gestimmt haben. Die Opposition zweifelt diese Angaben an. *Änderungen:* die algerische Identität steht auf drei Grundssäulen: Islam als Staatsreligion, Arabertum und Berbertum; Zulassung von gewaltfreien, aber Verbot von islamischen oder regionalen (berberischen) Parteien; Schaffung einer zweiten Parlamentskammer, dem *Rat der Nation*, die Abgeordneten dieser Kammer werden ernannt, ein Drittel davon direkt vom Präsidenten; Schaffung eines *Staatsrates* sowie eines *Hohen Staatsgerichts*; das Mehrheitswahlrecht wird durch das Verhältniswahlrecht abgelöst; der Präsident wird mit zusätzlichen Vollmachten ausgerüstet: er wird Justizpräsident und Vorsitzender der Zentralbank, er kann den Haushalt selbst verabschieden, falls sich die Volksvertreter nicht binnen 65 Tage einigen; in den Parlamentsferien regiert er allein; der Präsident kann zweimal für eine Amtsperiode von fünf Jahren gewählt werden.

Der UN-Ausschuss gegen Folter prüft Algeriens ersten periodischen Bericht und äußert sich besorgt angesichts von Vorwürfen über die Zunahme von Folterhandlungen, extralegalen Hinrichtungen und Fällen von "Verschwindenlassen". Eine der Empfehlungen des

Ausschusses lautet, das Übereinkommen der UN gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe im Amtsblatt Algeriens zu veröffentlichen.

Die Berbersprache Tamazight wird vom siebten Grundschuljahr an in das Erziehungssystem aufgenommen.

Die von der Regierung unterstützten Milizen, die sich in den letzten zwei Jahren vor allem in ländlichen Gebieten gebildet haben und die sich selbst als "Selbstverteidigungsgruppen" oder "Patrioten" bezeichnen, führen immer mehr Operationen durch, wobei sie Uniformen und Ausrüstung des Militärs und der Sicherheitskräfte benutzen. Diese Milizen sind für vorsätzliche und willkürliche Tötungen verantwortlich.

Ein Gericht in Annaba verhängt 18 Todesurteile gegen "muslimische Extremisten". Die Männer gehören einer bewaffneten islamistischen Gruppe an, die seit 1993 Dutzende von Anschlägen verübt haben soll. Bis auf einen Mann sind alle noch flüchtig.

Zehn Frauen und drei Kinder werden in der Ortschaft Daouda ermordet. Ein bewaffnetes Kommando wirft eine Handgranate in den Hof eines Hauses und nimmt die flüchtenden Bewohner fest, dann schneidet es den Gefangenen die Kehlen durch.

In Blida werden bei einem Massaker 31 Menschen getötet.

Drei Männer eines Kommandos, das zuvor in dem Dorf Sidi al-Kebir 32 Menschen getötet hat, werden von den Dorfbewohnern gelyncht. Die Männer kommen in das Dorf zurück, um das Blutbad zu rechtfertigen. Die Dorfbewohner gehen mit Äxten und Messern auf sie los.

Bei einem Autobombenattentat in einem Vorort Algiers in der Nähe einer Schule werden elf Menschen getötet und 25 verletzt.

Innerhalb einer Woche sind bei zwei Anschlägen in der Region Blida 43 Menschen die Kehlen durchgeschnitten worden. Daraufhin fliehen die Einwohner aus abgelegenen Dörfern nach Blida.

In Berrouaghia explodiert an einer Busstation eine Bombe, eine Person wird getötet, 13 weitere verletzt.

Dez. 1996

Der *Nationale Übergangsrat* (CNT) hat einstimmig ein Gesetz über die "allgemeine Einführung der arabischen Sprache" verabschiedet. Es legt insbesondere fest, dass sich ab dem 5. Juli 1998 "die öffentliche Verwaltung, die staatlichen Einrichtungen, sämtliche Unternehmen und Verbände in allen ihren Angelegenheiten ausschließlich der arabischen Sprache zu bedienen haben, sowohl auf dem Gebiet der Kommunikation wie im administrativen, finanziellen, technischen und künstlerischen Bereich". Außerdem heißt es: "Der Gebrauch von Fremdsprachen bei Beratungen und Diskussionen auf offiziellen Zusammenkünften ist verboten".

Zehn Bewohner eines Bauernhofes nahe Boufarik werden ermordet, eventuell als Racheaktion bewaffneter Oppositionsgruppen, da Sicherheitskräfte bei Razzien in der Region mehrere Gruppen ausgehoben und mindestens zehn Mitglieder getötet haben.

Bei einer Offensive der Armee an der algerisch-marokkanischen Grenze gegen bewaffnete Oppositionsgruppen werden fast 100 Mitglieder getötet, mehr als 200 sollen sich gestellt haben.

Der GIA-Führer der Westregion, **Kada Benchicha**, wird von seinen eigenen Leuten getötet, mit ihm 21 seiner Anhänger. Ein Streit war zwischen zwei rivalisierenden Fraktionen ausgebrochen.

Bei einem Anschlag auf einen Bus in der Region von Blida sind 20 Menschen getötet und sieben verletzt worden.

Bei vier Anschlägen in und um Algier sind 61 Menschen getötet und 78 verletzt worden.

Januar 1997

Unterzeichnung eines Erlasses, der die Existenz der Milizen amtlich bestätigt und Rahmenbedingungen für ihre Aktivitäten festlegt. Auf diese Weise werden Gruppen willkürlich rekrutierter Einzelpersonen, die außerhalb des Sicherheits- und Ordnungsrechts operieren und ohne entsprechende Ausbildung und Kontrolle sind, mit Sicherheitsaufgaben betraut, die einzig in der Verantwortung des Staates liegen sollten. Der Erlass, der zwei Jahre nach dem Auftreten der Milizen verabschiedet wird, benennt keine Verantwortlichen für Tausende bereits existierender Milizen und enthält weder Vorschriften für die Auflösung bestehender Milizen noch Garantien für das Befolgen grundsätzlicher Menschenrechtsstandards.

Bei Explosionen von Autobomben in der Rue Didouche-Mourad, dem Stadtviertel Belcourt und der Rue Martyr in Algier, alles sehr belebte Plätze, werden 52 Menschen getötet und über 160 verletzt.

Bei einem Überfall auf das Dorf T'Binet werden 14 Bewohner ermordet. Die rund zehn Mitglieder des Kommandos sollen erklärt haben, sie seien Mitglieder der GIA.

Soldaten und etwa ein Dutzend Mitglieder der *Bewaffneten Islamischen Gruppen* (GIA) liefern sich in der Altstadt von Algier ein heftiges Feuergefecht. Alle Mitglieder der Gruppe werden getötet, die Regierung meldet den Tod von **Farid Hamani**, eines für Algier und Umgebung zuständigen GIA-Kommandanten.

Eine Autobombe explodiert auf einem belebten Automarkt in Boufarik, mindestens 12 Menschen werden getötet, wahrscheinlich 60 verletzt. Bei einem Treffen von Mitgliedern einer Milizgruppe in Boufarik werden zehn Menschen getötet und 30 verletzt.

Ein 30-köpfiges Kommando überfällt ein Dorf bei Medea und tötet 48 Bewohner. Das Dorf sollte für seine angebliche Zusammenarbeit mit dem Staat "bestraft" werden.

Auf dem Marktplatz von Blida explodiert ein Sprengsatz, der mindestens zwei Menschen tötet und ein Dutzend verletzt.

Bei Überfällen auf Dörfer am Rande des Verwaltungsbezirks Algier werden 25 Menschen getötet, darunter zehn Frauen und ein Kind.

Ein Aktivist der RCD wird in Algier von Unbekannten erschossen.

Der Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes UGTA, **Abdelhaq Benhamouda**, wird auf dem Parkplatz der Gewerkschaftshaus durch zwei Kopfschüsse getötet. Das Fernsehen präsentiert kurze Zeit später den angeblichen Mörder Benhamoudas, **Rachid Medjahed**, einstmals Stadtrat der inzwischen verbotenen FIS. Dieser gesteht, er sei der Anführer der bewaffneten Gruppe, die den Generalsekretär ermordet habe. Im April taucht der von Kugeln durchsiebte Körper Medjaheds in einem Krankenhaus in Blida auf. Die Behörden leugnen seinen Tod bis Mai, dann erklären sie, er sei im Februar Schussverletzungen erlitten, die er sich bei seiner Festnahme zugezogen habe. Bei seinem Auftritt im Fernsehen wies er jedoch keine Anzeichen von Schussverletzungen auf.

Februar 1997

Die Behörden haben Belohnungen von ca. 30.000,- DM bis 150.000,- DM für Informationen in Aussicht gestellt, die zur Verhaftung oder Eliminierung gesuchter Fundamentalisten führen.

Eine neue Partei, die *Rassemblement national démocratique* (RND), Sammlungsbewegung für die Demokratie, eine Partei Zérouals, wird gegründet, geführt von **Abdelkader Bensalah**.

Dissidenten der *Front der sozialistischen Kräfte* (FFS) gründen eine neue Partei, die *Mouvement pour la démocratie et la citoyenneté* (MDC). In dieser Bewegung sammeln sich Gegner einer Allianz zwischen FFS und der *Islamischen Heilsfront* (FIS).

Ein Kommando von Mitgliedern der bewaffneten Oppositionsgruppen hat 31 Bewohner eines Viertels von Medea geköpft.

Sicherheitskräfte töten 28 Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen. Unter ihnen sollen Drahtzieher eines Autobombenanschlags sein.

Mit Keulen, Harken und Schaufeln können Einwohner von Medea angreifende Gruppen solange abwehren, bis sie von herannahenden Sicherheitskräften in die Flucht geschlagen werden.

Im Vorort Eucalyptus werden zwei Familien überfallen, 14 Menschen werden die Kehlen durchgeschnitten. Die Täter geben sich als Polizisten aus.

Bei Razzien der Armee seit Anfang Februar werden mindestens 144 Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen getötet.

Bei einem Massaker in Kerrach, nahe Blida, werden 33 Menschen getötet. Das Kommando besteht aus 30 bis 50 mit Gewehren, Äxten und Messern bewaffneten Männern. Die Gegend um Blida gehört zu den am heißesten umkämpften Regionen des Landes. Die Zivilbevölkerung wird dabei immer öfter Opfer von Strafexpeditionen der einen oder anderen Seite.

Vor einem Gymnasium werden zwei junge Mädchen entführt, eine Friseurin wird von einem Mann durch Kopfschuß getötet und drei weitere Frauen ermordet.

März 1997

Das im Juni 1995 gegen **Lembarek Boumaarifi** verhängte Todesurteil wird durch einen Beschluss des Obersten Gerichtshofes aufrechterhalten.

Die *Islamische Heilsfront* (FIS) distanziert sich von den jüngsten Terroranschlägen und ruft zu einer politischen Lösung des Konflikts auf.

Der Vize-Präsident der FIS, **Ali Benhadj**, soll sich geheim in einem Gefängnis in Blida aufhalten. Er soll ernsthafte Gesundheitsprobleme haben. Nach ai-Informationen wurde Benhadj Anfang 1995 in ein geheimes Lager in der Wüste verlegt. Seine Ehefrau und sein Rechtsanwalt haben jedoch niemals Informationen über den Verbleib Benhadjs erhalten.

Für Bürgermilizen wurden bis jetzt ca. 80.000 Männer rekrutiert und mit Waffen ausgerüstet. Sie erhalten den dreifachen Mindestlohn.

Sicherheitskräfte töten 110 Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen, davon 49 in Algier, 12 mutmaßliche Mitglieder der GIA sterben bei einem Schusswechsel im Stadtviertel Beau Fraisier, 23 bis 25 werden in Sour le Ghouzlane getötet, weitere 43 in der Region von Relizane.

Bei drei Autobombenattentaten werden vier Menschen getötet und ca. 30 verletzt.

In dem Dorf Ouled Antar werden am helllichten Tag 30 Menschen erwürgt oder mit Hacken erschlagen. Alle vorangegangenen Massaker wurden in der Nacht verübt.

Sicherheitskräfte töten einen Anführer der GIA, Yahia, auch **Abdallah Krounfel** genannt. Er soll der Drahtzieher bei der Entführung einer Maschine der Air France im Dezember 1994 gewesen sein.

April 1997

Die verbotene *Islamische Heilsfront* (FIS) ruft die Bevölkerung zum Boykott der Parlamentswahlen am 5. Juni auf.

Hamas ändert seinen Namen von *Bewegung für eine islamische Gesellschaft in Bewegung für eine Gesellschaft des Friedens* (MSP), um an den Parlamentswahlen teilnehmen zu können.

In einer mehrtägigen Operation der Streitkräfte in den Bergen von Sidi Ali Bounab werden mindestens 100 Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen in einem Höhlenversteck getötet. Die Offensive wird von Hubschraubern und speziellen Luftlandetruppen unterstützt. Mehrere Verstecke bewaffneter Oppositionsgruppen sowie eine ihrer größten Bombenwerkstätten werden entdeckt.

Mindestens 133 Menschen kommen bei Massakern in der Gegend von Medea um. Ein 50-köpfiges Kommando dringt in das Dorf Thalit mit Listen ein und köpft ganze Familien, einschließlich alter Menschen, Frauen und Kleinkinder, insgesamt 52. Im Nachbardorf Amrussa werden mindestens 15 Menschen getötet. Einige Opfer werden mit Benzin übergossen und lebendig verbrannt, andere mit Kettensägen geköpft. Im Dorf Sidi Ferrouch werden vier Menschen getötet. 42 Menschen werden in Omaria getötet, darunter 17 Frauen und drei Babys.

In einem Dorf nahe Algier werden 22 Menschen von mit Messern, Äxten und Säbeln bewaffneten Männern die Kehle durchgeschnitten und der Kopf abgeschlagen. Die Gruppe soll eine Liste mit Namen bei sich gehabt haben.

Nach einem Massaker töten Sicherheitskräfte sieben Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen.

In das Dorf Chaib Mohamed (nahe Algier) dringen ca. 30 Männer ein. Sie legen Sprengsätze an alle Wege aus dem Dorf und schneiden 30 Bewohnern die Kehle durch.

Ein Kommando tötet 93 Bewohner des Dorfes Haouch Boukhelef-Khémisti, (nahe Algier), darunter 43 Frauen und Kinder, verletzt werden 25 Personen. Sicherheitskräfte treffen während des Massakers ein und töten mehrere Mitglieder des Kommandos.

21 Tote und mehr als 20 Verletzte fordert eine Bombenexplosion in einem Zug, der in Algier einläuft.

Mai 1997

Bei zwei Bombenanschlägen in zwei Hotels in Bou Hanifa werden 15 Menschen getötet und 23 verletzt.

Während zweier Operationen der Sicherheitskräfte werden fünf Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen in der Nähe von Annaba getötet.

Bei der Explosion einer Bombe vor dem Mädchengymnasium "Frantz Fanon" in Algier werden vier Menschen getötet, unter ihnen drei Oberschülerinnen, und 21 verletzt.

Vier Sprengsätze detonieren in Algier und Umgebung, sechs Menschen werden getötet und mehr als 70 verletzt.

In Chebli (Blida) ermordet ein ca. 40-köpfiges Kommando 30 Bewohner, darunter 17 Kinder und sieben Frauen.

Bei der Explosion einer Autobombe im Stadtzentrum von Boufarik (Algier) werden mindestens zwölf Menschen getötet und 31 verletzt.

Soldaten greifen das Hauptquartier der *Armée Islamique du Salut* (AIS) in Tissemsilt, Westalgerien, an und töten zwischen 40 und 50 Mitglieder.

Juni 1997

Parlamentswahlen:

39 Parteien und ein Parteienbündnis stellen sich zur Wahl. Die Wahlbeteiligung liegt bei 65,5%. Die *Rassemblement Nationale Démocratique* (RND) erhält 155 Sitze, die MSP 69, die *Nationale Befreiungsfront* (FLN) 64, die *Ennahda* 34, die *Front der sozialistischen Kräfte* (FFS) 19, die *Rassemblement pour la Culture et la Démocratie* (RCD) 19, die PT 4, die *Parti républicain progressiste* 3, und sonstige 13. Die Opposition wirft der Regierung massiven Wahlbetrug vor.

Ein Gericht verbietet sieben Parteien, darunter die *Bewegung für Demokratie in Algerien* (MDA) des Ex-Präsidenten **Ahmed Ben Bella**. Die Parteien werden verboten, weil sie sich nicht an neue Gesetze halten, die bestimmte Themen im Wahlkampf verbieten (z.B. Diskussionen über den Islam und die arabische Sprache).

Ministerpräsident **Ouyahia** tritt mit dem gesamten Kabinett zurück. Staatspräsident Zéroual ernannt ihn erneut zum Ministerpräsidenten. Im neuen Kabinett sind 38 Posten zu vergeben: den größten Teil der Ministerien erhält die RND (viele Minister bleiben im Amt), Staatspräsident Zéroual beansprucht das Verteidigungsministerium, die MSP bekommt drei Ministerien und vier Staatssekretärposten, die FLN erhält vier Ministerien und drei Staatssekretärposten

Elf Bewohner werden in einem Dorf nahe Algier getötet.

37 Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen werden in der Region von Tlemcen bei Operationen der Armee getötet.

Bei der Explosion einer Bombe in der Kasbah von Algier sterben sieben Menschen, 37 werden verletzt.

In der Altstadt von Algier erschießen Sicherheitskräfte vier bewaffnete Männer. Der Chef der GIA der Altstadt, **Faycal Boukeur**, der für ein Bombenattentat in der Kasbah verantwortlich gemacht wird, soll sich darunter befinden.

Eine bewaffnete Gruppe überfällt ein Dorf nahe Algier und ersticht sechs Mitglieder einer Familie, in einem anderen Dorf werden neun Menschen die Kehle durchgeschnitten.

In einer Serie von Massakern und einem Bombenanschlag werden in der Region von Msila (nahe Algier) ca. 70 Menschen getötet.

Sicherheitskräfte töten im Westen ca. 20 Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen nach einer Attacke auf einen Konvoi mit Medikamenten.

Juli 1997

Die Nummer drei der *Islamischen Heilsfront* (FIS), **Abdelkader Hachani**, wird nach einem Prozess freigelassen. Er wird zu fünf Jahren Haft verurteilt, muss die Strafe aber nicht antreten, da er die Zeit schon durch seine U-Haft verbüßt hat.

Der Chef der FIS, **Abassi Madani**, wird vorzeitig unter Auflagen aus der Haft entlassen. So darf er sich nicht politisch betätigen und nicht an Demonstrationen teilnehmen.

Ein Gericht in Djelfa verurteilt 22 Personen in Abwesenheit zum Tode wegen Veruntreuung von Geldern eines Staatskonzerns.

Von einem Kommando von ca. 30 Männern werden vier Angehörige einer Familie in Larbaa (nahe Algier) getötet. Außerdem werden sechs Mädchen der Familie entführt.

Bei den Feierlichkeiten zum algerischen Unabhängigkeitstag am 5. Juli werden 51 Menschen ermordet, allein 48 sterben in der Region von Medea. Bei den übrigen handelt es sich um Fußballfans, die nach dem Sieg ihrer Mannschaft an einer vorgetäuschten Straßensperre erwürgt werden. Später werden weitere 13 Menschen getötet.

Ein Bombenattentat auf ein Kino im Stadtteil Belcourt, Algier, fordert einen Toten und ca. 20 Verletzte. Bei einem Bombenanschlag auf einem Wochenmarkt in Baraki (östlicher Vorort von Algier) werden mindestens 21 Menschen getötet und 40 verletzt. Bei der Explosion einer Autobombe im Stadtteil El Biar werden acht Menschen getötet und 25 verletzt.

Drei Kinder, die Schafe hüteten, werden in der Bougara-Region mit durchgeschnittenen Kehlen aufgefunden.

Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen töten in Bou Ismail (westlich von Algier) eine 14-köpfige Familie.

In Dellys (östlich von Algier) wird ein Bus überfallen, sieben Reisende werden getötet, elf verletzt.

In Hattatba (westlich von Algier) werden acht Menschen umgebracht, unter ihnen Frauen und Kinder.

In den Dörfern rund um Ksar el Boukhari werden 44 Menschen getötet: in Fetha werden 33 Menschen die Kehle durchgeschnitten, in Aziz und in Dehag je vier.

Bei Massakern in der Umgebung von Blida werden mehr als 60 Menschen ermordet. In M'Ghitha wird 39 Menschen die Kehle durchgeschnitten, in Ben-Achour werden 22 Mitglieder zweier Familien getötet.

Die Armee tötet bei einer Offensive gegen bewaffnete islamistische Oppositionsgruppen in der Region Hattatba zwischen 90 und 300 Mitglieder. Hunderte weitere werden in Verstecken in den Bergen im Nordosten des Landes belagert. Eine große Zahl hat sich ergeben und ihre Waffen abgegeben.

Bei Angriffen auf Dörfer südwestlich von Algier wird 38 Menschen die Kehle durchgeschnitten.

Eine Gruppe bewaffneter Männer dringt in Larbaa (südlich von Algier) ein, vermint einen Bezirk und sprengt zahlreiche Häuser in die Luft. Einige Bewohner werden von den Trümmern der Häuser erschlagen, andere von den Angreifern mit Äxten getötet. Insgesamt werden 51 Menschen getötet, elf Frauen und Mädchen entführt. Das Massaker findet nur wenige Meter neben einer Kaserne statt.

Im Dorf El Omaria (Medea) werden 22 Personen ermordet.

August 1997

Mehr als 10.000 Menschen folgen dem Aufruf der UGTA und demonstrieren in den Städten gegen den Terrorismus.

Ein Tribunal verurteilt in Tizi Ouzou 15 Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen zum Tode. Seit 1992 wurden ca. 1000 Mitglieder oder vermutliche Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen zum Tode verurteilt, meistens in Abwesenheit.

32 Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen werden während einer Offensive auf dem Djebel Sidi Bouzid (Hattatba) getötet. Weitere acht Mitglieder werden in der Region Mont de Zbabar bei einem Zusammenstoß mit Milizen getötet. Sieben Mitglieder werden bei einem Gefecht in Houcha Germain (Provinz Blida) von Sicherheitskräften getötet.

In Matmata bei Ain Defla werden 25 Angehörige einer Großfamilie ermordet, in dem Dorf Anroussa 26 Personen, darunter acht Kinder und sieben Frauen. Später werden in dem Bezirk weitere 40 Menschen ermordet. In Hraouate (Ain Defla) werden zwischen 19 und 28 Personen getötet. Eine Gruppe bewaffneter Männer hatte das Dorf umstellt und den Bewohnern die Kehle durchgeschnitten.

Acht Passagiere eines Autobusses werden in Hammam-Mélouane (Blida) an einer vorgetäuschten Straßensperre getötet. In Beni Ali (Blida) werden ca. 60 Menschen getötet.

Eine Bombenexplosion in Djelfa fordert elf Menschenleben.

In Zerboudja (Medea) wird 21 Bewohnern die Kehle durchgeschnitten, unter den Opfern sind zwei Säuglinge und fünf Frauen. In einem Bergdorf in der Nähe Medeas, das sehr schwer zu erreichen ist, werden 29 Menschen getötet

An vorgetäuschten Straßensperren werden vier Personen in Lorette (Tlemcen), neun Personen, darunter sieben Mitglieder einer Familie, in Diplimo, auf der Straße von Oran nach Mascara, getötet.

In Douera (Algier) werden 15 Mitglieder zweier Familien, darunter sechs Kinder und zwei Frauen, erwürgt.

Bei drei Aktionen der Sicherheitskräfte in Bouira, Tipaza und Blida werden 17 mutmaßliche Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen getötet.

63 Personen werden in Souhane (Larbaa) erwürgt und erschossen. Außerdem werden noch ca. ein Dutzend junger Mädchen entführt. Die Bürgerwehr von Souhane hatte die Angreifer lange vor dem Überfall bemerkt, aber Polizei und Militär wegen einer fehlenden Telefonverbindung nicht alarmieren können.

Der Regisseur **Ali Talkhi** wird in einem Café in einem Vorort Algiers von drei Männern erschossen. Die GIA bekennt sich zu dem Anschlag. Bei einem Bombenattentat im Stadtteil El Biar werden vier Personen getötet und ca. 60 verletzt. Eine Bombenexplosion in der Nähe der Moschee Ketchaoua im Zentrum Algiers fordert acht Menschenleben, mindestens 50 Personen werden verletzt.

Bei einem Bombenanschlag auf einen Personenzug nahe der nordalgerischen Ortschaft El Affroun sterben acht Menschen.

Bis zu 300 Menschen werden in Rais (nahe Algier) ermordet, mehr als 100 verletzt. Zahlreiche Angreifer, die in Lkws und Autos in das Dorf eindringen, wüten dort fünf Stunden. Die Opfer werden mit Schusswaffen und Säbeln niedergemetzelt, die Leichen verbrannt. Außerdem werden etwa 20 junge Mädchen entführt und zahlreiche Häuser gesprengt. Soldaten in einer nur rund 800 m entfernten Kaserne greifen nicht ein.

In Maalba werden bei einem Überfall 42 Personen getötet.

In Tiaret werden sechs Schäfer, drei Frauen und ein Geistlicher ermordet.

Sept. 1997

Abassi Madani wird wegen Verstoßes gegen die mit seiner Freilassung verbundenen Auflagen unter Hausarrest gestellt. Er hatte sich in einem Brief an den UN-Generalsekretär für einen Waffenstillstand im Machtkampf zwischen bewaffneten Oppositionsgruppen und der Armee eingesetzt.

Die *Armee des Islamischen Heils* (AIS), der bewaffnete Arm der *FIS*, verkündet einen einseitigen Waffenstillstand ab 1. Oktober.

In verschiedenen Stadtteilen Algiers bilden sich spontane Selbstverteidigungsgruppen, die nicht vom Staat bewaffnet werden. Im Gegensatz zu den Milizen sind sie nur mit Molotow-Cocktails, Hacken, Äxten, Stöcken und Eisenstangen ausgerüstet.

Ein "Emir" der GIA der Westregion sowie drei seiner Anhänger werden von Sicherheitskräften getötet.

Über 60 Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen werden bei Operationen in Sidi Bel Abbes und Sabra (Grenze zu Marokko) getötet.

Bei einem Massaker in Ouled-Larbi (Medea) wird 22 Menschen, darunter sechs Frauen und zehn Kindern, die Kehle durchgeschnitten.

Fünf Kandidaten der *Parti pour le Renouveau Algérien* (PRA) für die Kommunalwahlen werden in der Region von Saida ermordet. Ein Imam, Kandidat der *Ennahda*, wird in Constantine getötet.

Bei einem Überfall auf Sidi Youcef (Algier) werden 63 Menschen getötet und ebenso viele verletzt. Die Täter fahren in Lkws vor, dringen in die Häuser ein und massakrieren Männer, Frauen und Kinder. Soldaten aus den Kasernen im benachbarten Beni Messous ignorieren die von den Einwohnern ausgelösten Warnsirenen.

Bei einer Großrazzia in Thala Acha werden 69 Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen getötet. Die Getöteten sollen einem Elite-Kommando der *GIA* angehören. Bei einer Operation der Armee in der Region von Chréa werden 147 Mitglieder getötet. Während dreier Operationen in der Region von Mascara werden 17 Mitglieder getötet. In der Region von Lakhdaria werden sieben Mitglieder von der Armee getötet. In Algier werden sechs Mitglieder von Sicherheitskräften getötet.

In Sidi Larbi werden sechs junge Männer erwürgt.

52 Personen, darunter 17 Kinder und acht Frauen, werden in Guelb el Kebir (Region Medea) auf grausame Weise ermordet. Die Leichen sind vermint, bei der Bergung werden mindestens ein Krankenpfleger getötet und sieben verletzt.

Bei einem Massaker in **Bentalha** (nahe Algier) werden zwischen 180 und 200 Menschen getötet. Die meisten Opfer sind Frauen und Kinder. Die in der Nähe stationierte Armee greift

erst ein, nachdem die Täter schon abgezogen sind. Die Täter plündern zunächst die Häuser und verminen dann das Gebiet.

Mindestens 84 Menschen werden in Algier und Chebli (Algier) getötet.

Elf Lehrerinnen und ein Lehrer werden in Ain Adden (Sfisef) vor den Augen ihrer Schüler ermordet. Ein bewaffnetes Kommando fesselt die Frauen und will sie offenbar entführen, enthauptet sie dann jedoch.

19 Bewohner von Ain El-Hadj (im Süden des Landes) werden von bewaffneten Angreifern getötet.

Die Behörden machen für sämtliche Massaker "terroristische Gruppen" verantwortlich. Gleichzeitig werden Vorwürfe laut, einige der Massaker seien von bewaffneten Gruppen verübt worden, die auf Anweisung oder mit dem Einverständnis bestimmter Einheiten innerhalb der Armee und der Sicherheitskräfte sowie paramilitärischer Gruppen gehandelt hätten. Die Behörden haben Bürgermilizen bewaffnet, damit sie dem "Kampf gegen den Terrorismus" beitreten. Tausende dieser Gruppen operieren jetzt außerhalb der Legalität wie Wachtruppen. Viele dieser Gruppen werden angeführt von Personen, deren Angehörige von bewaffneten Gruppen getötet wurden.

Oktober 1997

Kommunalwahlen:

Die *Rassemblement national démocratique* (RND) erhält 51,5 % der Stimmen bei den Gemeindewahlen und 49,5 % für die Provinzen. Die Wahlbeteiligung soll 66,16 % erreicht haben. Die Oppositionsparteien fordern die Annullierung der Wahlen. Hauptkritikpunkte sind "verstopfte Wahlurnen", Unterschlagung von Stimmzetteln, Auszählungen unter Ausschluss der Wahlleiter sowie Drohungen gegen Kandidaten. Im Verlauf von drei Wochen finden zahlreiche Demonstrationen statt, ein Oppositionsbündnis von sechs Parteien gründet sich. Nach Scheitern einer Großdemonstration und eines Generalstreiks zerfällt das Bündnis.

Verschiedene Länder (EU, Amerika, Iran), Organisationen und Persönlichkeiten fordern ein stärkeres Engagement zur Beendigung der algerischen Krise. Die algerische Seite lehnt jedoch jegliche Intervention der internationalen Gemeinschaft in die inneren Angelegenheit des Landes ab.

Eine zweieinhalbwöchige militärische Aktion gegen bewaffnete Oppositionsgruppen mit Helikoptern und Panzern findet in Ouled Allal, das von seinen Bewohnern verlassen wurde und der *GIA* als Operationsbasis diente, statt. Ca 12 km² wurden umstellt, da die *GIA* mehrere lange Fluchttunnel gebaut haben soll. Bulldozer beseitigen die vor der Stadt verlegten Minen. Ausnahmsweise wird die Operation den Medien zugänglich gemacht. 150 Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen werden festgenommen und ca. 50 getötet.

In Mellaha tötet eine Gruppe Bewaffneter 38 Personen, vor allem Frauen und Kinder. Die Angreifer stehlen Essen, Geld und Schmuck, bevor sie das Dorf verlassen.

In Harruba (Oran) wird eine Hochzeitsgesellschaft überfallen, 20 Personen werden getötet und 30 verletzt.

Blida wird zwei Stunden mit selbstgebauten Granaten beschossen. 14 Geschosse töten mindestens sechs Menschen, 50 werden verletzt. Bei zwei Überfällen werden 75 Menschen ermordet, darunter 34 Kinder. Bei einem Überfall mit Maschinengewehren auf einen Schulbus sterben 16 Kinder und ihr Fahrer in der Nähe von Blida. Ein Überfall auf Bouangud (Blida) fordert 30 Opfer.

In der Provinz Medea werden 22 Menschen ermordet, drei davon Kinder. In Douar Zekmouta (Medea) wird bis zu 15 Personen die Kehle durchgeschnitten.

Ca. 50 Bewaffnete überfallen Ouled Sidi Yahia. Aufgrund einer Liste werden gezielt zehn Mitglieder einer zivilen Selbstverteidigungsgruppe getötet.

Bei einem Überfall auf Draa Tmar werden 13 Mitglieder einer Familie ermordet.

Drei Tote und 13 Verletzte hat ein Anschlag auf die Bahnstrecke zwischen den westalgerischen Städten Tlemcen und Ain Fezza gefordert.

Südlich von Algier werden bis zu 40 Leichen in einem Brunnen entdeckt. Es handelt sich um von bewaffneten Gruppen entführte Opfer, die später ermordet wurden.

Ein Kandidat der FLN für die Kommunalwahlen wird im Nordwesten des Landes erschossen, vier Kandidaten für die MSP werden getötet, einer davon in Constantine.

Bei einer Bombenexplosion in einer Moschee in dem Stadtteil Bouzareah von Algier werden fünf Menschen getötet und bis zu 50 verletzt. 14 Mitglieder einer Familie sterben in einer Siedlung bei Boufarik (Algier).

Nahe der Stadt Sig wird ein Bus angehalten und den mehr als 50 Fahrgästen die Kehle durchgeschnitten. 15 weitere Passagiere werden angeschossen, als sie zu fliehen versuchen.

In Bentalha wird ein Massengrab mit rund 30 Leichen gefunden, vermutlich Opfer bewaffneter Oppositionsgruppen.

Nov. 1997

Drei führende Mitglieder der FIS, **Anouar Haddam**, **Ahmed Zaoui** und **Djamel Louci**, die sich im Ausland befinden, werden durch ein Kriminalgericht in Algier in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Ihnen wird Waffenschmuggel vorgeworfen.

An vorgetäuschten Straßensperren werden in Slissen und Tajmut 23 Personen aus ihren Fahrzeugen geholt und erschossen. Drei neugewählte Gemeindevertreter werden in Bouria an einer vorgetäuschten Straßensperre ermordet.

27 Personen werden in H'malit (Blida) getötet, nachdem die Angreifer die Hauptstraße vermint hatten und den Strom abstellten. Außerdem werden vier Mädchen entführt.

Als Polizisten verkleidete Männer halten in M'sila acht Autofahrer an und schneiden ihnen die Kehle durch.

Bei einem Massaker in einem Dorf bei Medea halten die Angreifer das Dorf stundenlang in ihrer Gewalt, sie schneiden acht Menschen, davon vier kleinen Kindern, die Kehle durch.

Bei einer mehrtägigen Militäraktion in Larbaa werden bis zu 40 mutmaßliche Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen getötet.

Dez. 1997

Bei den ersten Wahlen (für 2/3 der Sitze) zum *Rat der Nationen*, der zweiten Parlamentskammer, erhält die *Rassemblement national démocratique* (RND) 80 von 96 Sitzen, die *Nationale Befreiungsfront* (FLN) 10, die MSP 2, die *Front der sozialistischen Kräfte* (FFS) 4. 1/3 der Sitze werden durch Entsendung durch den Präsidenten besetzt. Die zweite Kammer muss alle gesetzlichen Entscheide der *Nationalversammlung* bestätigen.

Bei einer Offensive des Militärs im Großraum Algier gegen bewaffnete Oppositionsgruppen werden mehr als 80 Menschen getötet.

Bei Kämpfen zwischen verfeindeten bewaffneten Oppositionsgruppen auf der Mitidja-Hochebene werden mindestens 250 Personen getötet.

14 Mitglieder zweier Familien werden in einem Armenviertel von Cheraga (Algier) ermordet. Außerdem werden fünf Mädchen und Frauen entführt. In Lachdaria (Algier) werden 40 Dorfbewohner ermordet.

Zehn Nomaden werden im algerischen Hochland bei Aflou die Kehlen durchgeschnitten, es werden auch drei Frauen entführt.

In El Bordj, nahe der marokkanischen Grenze, wird 15 Bewohnern die Kehle durchgeschnitten, fünf weitere Bewohner werden entführt.

In Bainem überfallen Männer zwei Hütten. Elf Menschen werden bei lebendigen Leibe grausam verstümmelt und enthauptet.

Bei einem Überfall auf Schari (Tiaret) wird 28 Menschen die Kehle durchgeschnitten, danach werden die Leichen in Stücke gehackt. Danach werden in der Region Tiaret weitere 26 Menschen getötet.

53 Tote gibt es bei einem Massaker im Dorf Sidi el Antar.

Bei Überfällen in der Region Medea werden 55 Menschen getötet, davon 34 in Sidi Boucif.

Unbekannte dringen in eine Moschee in der Provinz Mascara ein und erschlagen 14 Betende. Danach ermorden sie 12 Dorfbewohner, darunter sechs Kinder.

In einer Siedlung in der Provinz Chlef werden elf Menschen getötet.

In der Region um die westalgerische Stadt Relizane überfallen bewaffnete Oppositionsgruppen zeitgleich drei Dörfer und töten über 400 Menschen. Die Kommandos wüten eine ganze Nacht mit Äxten und Säbeln. Armee und Rettungsdienste treffen erst am Morgen grauen in den entlegenen Ortschaften ein.

Die meisten Massaker des letzten Jahres haben sich in der Umgebung der Hauptstadt in den Regionen Algier, Blida und Medea zugetragen – im am stärksten militarisierten Teil des Landes. In vielen Fällen fanden Massaker, die häufig mehrere Stunden dauerten, in einer sehr geringen Entfernung, ein paar Kilometer oder sogar nur einige Hundert Meter von Kasernen und Stützpunkten der Armee und der Sicherheitskräfte entfernt, statt. Trotz der Schreie und Hilferufe der Opfer, dem Knallen von Gewehrschüssen sowie der Flammen und dem Rauch der brennenden Häuser haben die Sicherheitskräfte nicht eingegriffen – weder, um die Opfer zu retten noch um die Verantwortlichen für die Massaker zu verhaften, die in jedem Fall entkommen konnten.

Berichte von Entführungen und Vergewaltigungen von Frauen hatten 1996 abgenommen, vermehrten sich dann aber wieder im Zusammenhang mit den Massakern der letzten Zeit in den Regionen rund um die Hauptstadt.

In 1997 werden 412 Personen in 177 Bombenattentaten – 27 davon Autobomben – getötet und 1572 verletzt.

Januar 1998

Eine EU-Troika, bestehend aus drei Staatssekretären – dem Briten **Derek Fatchett**, dem Luxemburger **Georges Wohlfahrt** und der Österreicherin **Benita Ferrero-Waldner** – besucht Algerien, um ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen den Terrorismus abzustimmen. Sie treffen mit dem Außenminister, dem Premierminister, sowie Vertretern der legalen Opposition und der Presse zusammen. Eine Fahrt in die Massakergebiete findet nicht statt.

Vier internationale Menschenrechtsorganisationen (ai, Internationale Liga der Menschenrechte, Human Rights Watch, Reporter ohne Grenzen) fordern wegen anhaltender Massaker in Algerien eine Untersuchungskommission unter Leitung der Vereinten Nationen.

Die Zensurkomitees, die die Inhalte der Zeitungen kontrollierten, werden ohne offizielle Ankündigung abgeschafft. Die Komitees, die sich aus Funktionären des Innenministeriums zusammensetzten, waren vor zwei Jahren ins Leben gerufen worden.

37 Häftlinge und ein Gefängniswärter müssen sich im Zusammenhang mit der Meuterei im **Serkadji-Gefängnis** wegen Fluchtversuchen, Zerstörung von Eigentum und Geiselnahme verantworten. Gegen den Wärter verhängt das Gericht die Todesstrafe, 21 Angeklagte erhalten Freiheitsstrafen zwischen zwei und zehn Jahren. 16 Personen werden freigesprochen und aus der Haft entlassen.

Aus Angst vor Massakern verlassen Tausende Bewohner ganzer Dörfer ihre Heimat. Sie lassen dabei ihr Ackerland und ihr Vieh zurück und ziehen in die Städte, doch dort erwartet sie das Elend. Viele landen in Notquartieren, die überall eingerichtet werden.

Der Weiler Had Chekala (Ouarsenis-Gebirge) wird überfallen, die gesamte Dorfbevölkerung ermordet. Anschließend wird der Ort mit Brandbomben und Sprengsätzen dem Erdboden gleichgemacht.

Ein Kommando der GIA überfällt das Bergisdorf Mekkassa (Ouarsenis-Gebirge) und verstümmelt und enthauptet 117 Menschen, darunter Frauen und Kleinkinder, mit Äxten und Säbeln.

Als Polizisten verkleidete Angreifer bringen an einer Straßensperre in Ksar el Boukhari neun Menschen um. Bevor die Mörder ihren Opfern die Kehle durchschneiden, stehlen sie ihnen Geld, Kleidung und Schuhe.

Ein Massaker in Beni Jeddou (östlich von Sour el-Ghozlane) fordert 26 Menschenleben. Ca. 30 schwerbewaffnete Männer dringen in den abgelegenen Ort ein und enthaupten ihre Opfer. In ihrem Blutrausch töten die Angreifer selbst Nutz- und Haustiere. Außerdem werden vier junge Frauen entführt. Sechs Angreifer werden auf der Flucht getötet.

Mindestens 22 Menschen werden in Tablat (nahe Medea) bei einem Massaker getötet.

Um die 100 Angreifer umstellen kurz nach Sonnenuntergang den Festsaal des Ortes **Sidi Hammed** (nahe Algier). In dem Saal hatte sich ein Großteil der Bevölkerung nach dem Abendessen zu Hause versammelt. Die Menschen wollten bei einer Filmvorführung gemeinsam das Ende eines Fastentages feiern. Ein junger Mann reißt die Tür auf und wirft eine Plastiktüte in den Saal. Alles drängt zum Ausgang, dort laufen die Männer, Frauen und Kinder direkt ihren Mördern in die Hände. Mit Äxten, Messern und Säbeln machen sich die Angreifer über die Flüchtenden her. Rund 400 Menschen werden grausam ermordet.

Bewaffnete in Militäruniformen schneiden 18 Passanten an einer Straßensperre in der Provinz Medea die Kehle durch, sechs Personen werden verschleppt.

Eine sechsköpfige Familie kommt in der Nähe von Medea bei einem Bombenanschlag ums Leben.

Nahe der Universität explodiert eine Bombe, mindestens zwei Menschen werden getötet, ein Wohnhaus durch die Explosion vollständig zerstört. Wenige Stunden zuvor hatten Sicherheitskräfte in der Kassa ein Blutbad verhindert. Dort war am Mittag eine Bombe explodiert, nachdem die umliegenden Straßen bereits abgesperrt worden waren.

Ca. 50 Mitglieder bewaffneter Gruppen ermorden elf Bewohner des Dorfes Kaid Ben Larbi (400 km westlich von Algier) und verschleppen zwei Frauen. Sie kamen in drei Gruppen, griffen die örtliche Bürgerwehr an und riegelten die Straße ab.

Bei Bombenanschlägen in Oued Sly, Bougara und Setif kommen sieben Menschen um.

Ein Massaker in Haouch Mécharef (nahe Frenda) fordert mindestens 20 Tote. Die Bewohner werden mit Messern und Hacken von einer Gruppe von ca. 20 Männern attackiert.

Mehrere Dutzend mit Messern und Äxten bewaffnete Männer dringen in ein abgelegenes Dorf in der Region Tiaret ein und metzeln 27 Bewohner, darunter Frauen und Kinder, hin.

Hunderte von Bauern aus der Provinz von Chlef fliehen nach Morden an drei Schäfern und einem Mann in die Städte, Höfe und Tiere zurücklassend.

Am Ende des Ramadans wird in drei Dörfern der Provinzen Blida, Laghouat und Djelfa 34 Menschen die Kehle durchgeschnitten. Die Armee verfolgt die Angreifer und tötet ca. 30 Mitglieder bewaffneter Gruppen.

Zehn Mitglieder einer bewaffneten Gruppe werden in Bouchaoui von Sicherheitskräften getötet. Bei der Razzia werden zudem vier Leichen von Einwohnern Bochaouis gefunden, die als Geiseln genommen worden waren.

Februar 1998

Eine neunköpfige Delegation des Europäischen Parlaments unternimmt eine viertägige Erkundungsreise nach Algerien. Die Abgeordneten wollen sich über das von Massakern und Attentaten gezeichnete Land informieren. Sie treffen Abgeordnete der Regierungsparteien und der Opposition sowie Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Gruppen und der Presse. Eine Reise in die Massakergebiete wird nicht unternommen und Gespräche mit der FIS finden nicht statt.

Regierungschef Ouyahia setzt die Nationalversammlung von der Aufstellung von mehr als 5.000 vom Staat mit Waffen ausgerüsteten Milizen in Kenntnis, die als Selbstverteidigungstruppen oder auch als "Patrioten" bezeichnet werden.

Ouyahia nennt eine Gesamtzahl von 26.536 zwischen 1992 und 1997 getöteten Zivilisten und Angehörigen der Sicherheitskräfte. Die Zahl der von den Sicherheitskräften im Zuge militärischer Operationen oder unter sonstigen Umständen getöteten Personen wurde nicht angegeben. Es ist das erste Mal, dass die Regierung amtliche Angaben über die Zahl der Todesopfer zur Verfügung stellt. Andere Quellen gehen für den gleichen Zeitraum von 65.000 bis 100.000 Toten aus.

Nach Behördenangaben werden mehr als 120 Angehörige der Sicherheitskräfte und Milizen wegen in den Vorjahren begangenen Menschenrechtsverstößen, darunter Mord, Vergewaltigung und Entführung, vor Gericht gestellt.

In der Nähe Medeas werden 15 Reisende an einer vorgetäuschten Straßensperre getötet.

Bei einer Explosion in einem Café in Zeralda (Algier) kommen vier Menschen ums Leben.

Drei Bombenattentate in Algier fordern mindestens zwei Tote und 21 Verletzte. Das erste Attentat findet in einem Café am Place de Martyr statt, das zweite vor dem Lycée de Birkhadem, das dritte in Bab el Oued.

Zehn Zivilisten werden an einer vorgetäuschten Straßensperre in der Nähe von Telagh (Region Sidi Bel Abbas) getötet.

In dem Weiler Tamesna (nahe Saida) werden 17 Personen mit durchgeschnittenen Kehlen aufgefunden, unter ihnen auch mehrere Mitglieder einer Bürgerwehr. Drei Angreifer werden getötet.

In Sidi Amer (nahe M'sila) werden elf Personen ermordet.

An einer vorgetäuschten Straßensperre werden in Berroughia vier Reisende ermordet.

Bei einem Machtkampf innerhalb der GIA wird der Kommandant Mourad Botaguene von einem "islamischen Gericht" der GIA zum Tode verurteilt und enthauptet. Dem Getöteten

sollen die "Misserfolge" der Organisation während des Fastenmonats Ramadan sowie Ungehorsam gegenüber ranghöheren GIA-Chefs zur Last gelegt worden sein.

Bei einem Überfall in der Region von Tizi Ouzou auf einen Militärtransport werden 27 Soldaten getötet. Mehrere Bomben werden gezündet, als der Lastwagen mit ca. 30 Soldaten vorüberfährt. Anschließend wird auf die Männer geschossen. Die Täter erbeuten zahlreiche Waffen und entkommen unerkannt.

Bei einem Angriff in der Nähe von Jijel sterben 19 Menschen, sieben werden verletzt. Sie waren mit einem Auto unterwegs, als eine Bombe explodierte. Danach wurden sie beschossen.

Bei einem grausamen Massaker in der entlegenen Ortschaft Rehal (Provinz Saida) werden vier Kindern im Alter von drei und vier Jahren vor den Augen ihrer Eltern Arme und Beine abgehackt und die Kehlen durchgeschnitten. Danach werden die Eltern und zwei weitere Kinder getötet.

Die Explosion einer Bombe unter einem fahrenden Zug fordert mindestens 18 Menschenleben, 30 Personen werden verletzt. Der Sprengsatz, der zwischen den Gleisen angebracht war, detoniert nahe der Stadt El Affroun (südlich von Algier).

Zwölf Schafhirten werden in der massakriert. In dem Bergdorf Madghoussa (Region Tiaret) werden zunächst acht Schafhirten getötet, vier weitere werden verschleppt. Ihre Leichen werden später gefunden. Allen Opfern wurde die Kehle durchgeschnitten.

Ein Bombenattentat gegen einen Bus fordert in Bouaichoune (Medea) zehn Tote und 13 Verletzte.

Bei landesweiten Offensiven töten Soldaten 70 mutmaßliche Mitglieder bewaffneter Gruppen. 50 weitere werden in einem Stützpunkt belagert. Das Dorf Amarchia wird von Panzern beschossen, dann erst dringen Soldaten in diesen Stützpunkt bewaffneter Gruppen ein.

Algerische Sicherheitskräfte töten 31 mutmaßliche Mitglieder bewaffneter Gruppen. 19 Tote gibt es in der Provinz Mascara, wo Soldaten einen Stützpunkt bewaffneter Gruppen beschießen und dann stürmen. Bei Operationen nahe Algier werden 12 Mitglieder bewaffneter Gruppen getötet.

Bei stundenlangen Gefechten zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen in der Provinz Chlef sterben 16 Menschen.

Regierungstruppen töten in der Gebirgsregion Beni Chugrane mindestens 44 mutmaßliche Mitglieder bewaffneter Gruppen. In der Region waren während des Ramadan mehr als 1200 Menschen bei Massakern getötet worden.

Bei einer Offensive der Armee werden in den Bergen der Region Medea 13 Mitglieder bewaffneter Gruppen getötet. Die Armee geht auch gegen GIA-Stellungen in der Bergregion um Saida vor. Dort kesselt sie etwa 150 GIA-Mitglieder ein. Insgesamt sollen 52 Personen von der Armee getötet worden sein.

Die Armee tötet bei landesweiten Operationen 88 Mitglieder bewaffneter Gruppen. In den westlichen Provinzen Sidi Bel Abbes und Tlemcen kommen bei Gefechten 69 Rebellen um. In diesen Regionen waren in den letzten Wochen zahlreiche Massaker an der Zivilbevölkerung verübt worden. In der Region Blida werden sieben Mitglieder der GIA erschossen. Die übrigen Mitglieder bewaffneter Gruppen werden bei Operationen in anderen Landesteilen getötet. Das Fernsehen zeigt ausnahmsweise Bilder der von der Armee in der Region Tlemcen getöteten Islamisten.

42 Mitglieder bewaffneter Gruppen werden von der Armee in der Nähe von Tlemcen, am Fuß des Mont de Fellaoucene, während einer Operation getötet.

März 1998

In Tlemcen werden 54 Mitglieder bewaffneter Gruppen in Abwesenheit wegen Terrorismus verurteilt, 22 davon zum Tode, 32 zu lebenslanger Haft. Unter den zum Tode Verurteilten befindet sich auch ein Anführer der GIA, dem zahlreiche Anschläge und Morde der vergangenen Jahre angelastet werden.

Wegen terroristischer Umtriebe hat ein Gericht in Algier 17 im Exil lebende Algerier in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Darunter ist auch der in den USA lebende Vertreter der verbotenen FIS, **Anwar Haddam**. Gegen weitere fünf Männer werden Gefängnisstrafen zwischen fünf und 20 Jahren verhängt. Die Verurteilten sollen der *Islamischen Front des Heiligen Krieges* (FIDA) angehören, die in den vergangenen Jahren in Algier für die Ermordung zahlreicher Wissenschaftler, Künstler und Journalisten verantwortlich ist.

Das Gericht in Tizi Ouzou hat neun Mitglieder bewaffneter Gruppen in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Seit 1993 sind mehr als 1400 mutmaßliche Mitglieder bewaffneter Gruppen zum Tode verurteilt worden, die meisten in Abwesenheit.

Mindestens 32 Zivilisten, darunter vier blinde Frauen, werden in verschiedenen Ortschaften südlich und südwestlich von Algier getötet.

Bei einem Überfall von bewaffneten Gruppen werden bei Boumedfaa (450 m westlich von Algier) elf Mitglieder zweier Familie mit Äxten und Messern ermordet.

Mutmaßliche bewaffnete Gruppen haben in der Region Tiaret acht Menschen auf einer Straße ermordet. Sicherheitskräfte sollen zehn Islamisten getötet haben.

Unbekannte feuern auf dem Markt von Sidi Bakhti wahllos in die Menge und töten zehn Menschen, fünf werden verletzt. Mehrere Bewaffnete hatten offenbar einen Hinterhalt geplant, wurden jedoch von den Einwohnern bemerkt.

Auseinandersetzungen zwischen GIA und AIS fordern im Osten des Landes 400 Tote. Von den Tausenden von Islamisten, die den Weg in den Untergrund angetreten hatten, sollen nur noch einige Dutzend übriggeblieben sein.

47 Menschen, darunter 32 Kinder, werden in Bouirat Lahdab (Region Djelfa) vermutlich von bewaffneten Gruppen ermordet. Die Angreifer verbrennen anschließend die Häuser und entführen vier Frauen und einen Mann.

Bei einem Überfall auf das Dorf Bensekrane (Region Saida) wird elf Menschen die Kehle durchgeschnitten.

Bei einem Massaker in der Ortschaft Had Sahari Jub (250 km südlich von Algier) werden mindestens 52 Menschen ermordet, darunter 32 Kleinkinder. Mit Äxten und Messern fallen die Angreifer über die Bewohner her. Säuglinge werden in Stücke geschnitten und auf Pfähle gespießt. Außerdem werden drei Frauen verschleppt.

In der Region Tlemcen töten Sicherheitskräfte sechs Mitglieder bewaffneter Gruppen.

19 Mitglieder bewaffneter Gruppen werden zwischen Saida und Sidi Bel Abbes von Sicherheitskräften getötet.

Mit massiver Unterstützung der Luftwaffe geht die algerische Armee gegen bewaffnete Gruppen in der Provinz Tlemcen vor und tötet rund 100 ihrer Mitglieder.

In der Region Sidi Bel Abbes werden 146 Mitglieder bewaffneter Gruppen getötet.

Die Armee tötet nach eigenen Angaben bei der Fahndung nach Untergrundkämpfern 14 "moslemische Rebellen". In der Provinz von Mascara werden 11 "Rebellen" in einem verlassenen Haus aufgespürt und drei weitere im Gebiet Baraki (nahe Algier)

Die Armee tötet bei einer Offensive in der Bergregion zwischen Relizane und Tiaret mindestens 130 Mitglieder der GIA. Dabei werden schwere Waffen und Hubschrauber eingesetzt. Informationen über den Aufenthaltsort der Gruppe kommen von drei jungen Frauen, die Anfang des Jahres entführt worden waren und denen die Flucht aus den Lagern der GIA gelungen war.

April 1998

Auf der 54. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission hat sich kein Mitgliedsland bereit gefunden, eine Resolution zu Algerien einzubringen. Die algerische Regierung weigert sich fortwährend, Sonderberichterstatter für Folter und extralegale Hinrichtungen ins Land zu lassen.

Die algerische Justiz untersucht in 128 Fällen Gewalttaten von Angehörigen der Sicherheitskräfte und Milizen. Bisher sollen sieben Täter verurteilt sein. In den Ermittlungen geht es um Raub, Entführung, unberechtigten Schusswaffengebrauch, Vergewaltigung und Mord. Im Gefängnis von Serkadji sollen 120 Polizisten wegen Vergewaltigung, Überfall und Korruption einsitzen.

In der westalgerischen Region Relizane werden zwei Bürgermeister, die für die Regierungspartei *Rassemblement national démocratique* (RND) kandidiert haben, verhaftet und später gegen Zahlung einer Kautions wieder auf freien Fuß gesetzt. Sie stehen unter Anklage, an Entführungen, Mordanschlägen und Erpressungen beteiligt gewesen zu sein. Die beiden Männer sollen als Anführer "patriotischer" Kampfgruppen innerhalb von drei Jahren fast achtzig Menschen umgebracht haben. Unter den Opfern waren zahlreiche Überläufer und Angehörige von Islamisten.

In Arzew werden 28 Menschen getötet, fünf Männer, elf Frauen und 17 Kinder. Am frühen Morgen dringen ca. 20 mit Jagdgewehren und Kalaschnikows bewaffnete Männer in die Elendshütten von zwei Familien ein. Die Angreifer machen sich mit Messern und Äxten über die Bewohner her. Trotz der unmittelbaren Nähe des von Militär und Polizei stark bewachten größten Erdgashafens können die Täter unerkannt entkommen.

Bei einem Überfall auf das Dorf Sidi Hadjaref (Provinz M'sila) werden acht Menschen ermordet.

Die Leichen von fünf Bauern, die einige Tage zuvor entführt worden waren, werden in Ferkane (Region Medea) gefunden.

12 Personen werden in Ouled Said (Region Medea) und vier Personen in der gleichen Nacht in Djenan Zrigat (Region M'sila) getötet.

Zwei Granaten, die von der GIA abgeschossen werden, fordern in der Nähe einer Moschee in Blida fünf Tote und über 40 Verletzte. Die Armee antwortet mit Artilleriefeuer in Richtung des Chréa-Gebirges, wohin sich die Mitglieder der GIA zurückgezogen haben.

Ein bewaffnetes Kommando greift einen Militärposten an, der isoliert in der Region Larbaa liegt. Während der Attacke, die am helllichten Tag stattfindet, sollen zwischen sechs und 30 Soldaten und vier Mitglieder des Kommandos getötet worden sein.

Bei einem Massaker in Chouardia (Provinz Medea) werden 40 Menschen getötet. Den Opfern werden die Kehlen durchgeschnitten. Sieben junge Frauen werden außerdem entführt. Das Massaker dauert drei Stunden, erst nach vier Stunden treffen Sicherheitskräfte ein, obwohl sich nur 1 km weit entfernt vom Dorf ein Gendarmerieposten befindet.

Während einer Operation der Sicherheitskräfte zwischen Mascara, Relizane, Saida Tiaret und Tissemsilt werden mehr als 200 bewaffnete Islamisten getötet.

Sicherheitskräfte töten 25 Mitglieder bewaffneter Gruppen in Baghlia (nahe von Boumerdes) während einer dreitägigen Operation. 15 weitere werden in Tala Acha (zwischen Blida und Medea) "eliminiert". Ein GIA-Chef, Riadh der Blonde, dem ca. 50 Tötungen zugeschrieben werden, wird in einem Wald in Bouchaoui getötet.

49 Islamisten werden in Bir el Ater, in einer Zone, in der noch andere Islamisten eingekreist sind, getötet. Die Gruppe soll verantwortlich sein für ein Attentat im März auf eine Gasleitung, mit der Italien versorgt wurde. Die Sabotage fordert ca. 15 Tote.

Bei einem Angriff auf einen Militärposten, der bewaffneten Gruppen zugeschrieben wird, werden zwischen zehn und 30 Menschen getötet. Der Stützpunkt liegt isoliert in den Bergen und dient als Vorposten im Kampf gegen die in der Region äußerst aktive GIA.

Mai 1998

Vier Personen werden an einer vorgetäuschten Straßensperre auf der Straße von Algier nach Khemis Miliana erwürgt. Die Fahrzeuge der Getöteten werden in Brand gesteckt und in eine Schlucht gestürzt.

In der Region Medea werden in einem Dorf acht Zivilisten, darunter vier Kinder, getötet.

In dem Dorf Rais-al-Ain (Provinz Oran) werden 22 Menschen getötet. Die Polizei macht bewaffnete Gruppen für die Morde verantwortlich.

Ein Bombenanschlag auf dem Wochenmarkt El Harrach, einer der größten im Großraum Algier, fordert 15 Menschenleben und 30 Verletzte. Nach der Detonation brach Augenzeugen zufolge eine Panik aus. Der Sprengsatz war vermutlich in einer Gemüsekiste versteckt.

Bei einer Bombenexplosion auf einem Viehmarkt in Khemis Miliana werden mindestens sieben Menschen getötet und 13 verletzt.

Bei einem nächtlichen Überfall auf das Dorf Hamman Melouane (südlich von Algier) töten bewaffnete Gruppen elf Menschen. Bei der Verfolgung töten Sicherheitskräfte sechs der Täter.

Zehn Mitglieder bewaffneter Gruppen werden bei Militäroperationen in den Provinzen Blida und Sidi Bel Abbes getötet.

Bei Zusammenstößen der Sicherheitskräfte mit bewaffneten Gruppen werden in der Region von Larbaa und Medea 42 Personen getötet. 32 weitere Mitglieder werden in den Bergen von Sidi Djalali (Region Tlemcen) getötet.

Bei einer Razzia südlich von Algier tötet die Armee 23 Mitglieder einer Gruppe von Bombenlegern. Gewehre und zwei Bomben werden entdeckt.

Sicherheitskräfte töten bei Operationen in den nordalgerischen Regionen Boumerdes, M'sila und Tizi Ouzou 18 Mitglieder bewaffneter Gruppen. In dem an Marokko grenzenden Bezirk Tlemcen werden zehn Männer getötet.

Bei Einsätzen der Streitkräfte in vier Provinzen werden mindestens 63 Mitglieder bewaffneter Gruppen getötet. Zwei Drittel der Verluste haben die GIA in der Küstenprovinz Boumerdes (östlich von Algier) gehabt.

Zehn Mitglieder bewaffneter Gruppen werden im Algierer Vorort Cheraga von Sicherheitskräften erschossen. Die mutmaßlichen Mitglieder der GIA hatten sich in einem Wohnhaus der Kommune versteckt gehalten. Der Unterschlupf war aufgefliegen, nachdem die Tochter eines Mitglieds zur Polizei geflüchtet war, um der Verheiratung mit einem der Mitglieder zu entgehen.

Sechs Polizisten werden während zweier Attacken der GIA getötet. Ein Angriff findet in der Nähe von Tighzirt auf Polizisten statt, die gerade eine Straßensperre aufbauen, der zweite richtet sich gegen eine Patrouille von Polizisten im Bezirk Tizi Ouzou.

Juni 1998

Bei einem Bombenanschlag auf einen Personenzug in der Nähe von Ain Defla (im Westen Algeriens) kommen zwölf Menschen ums Leben, 21 werden verletzt.

Acht Insassen von Lieferfahrzeugen werden an einer von bewaffneten Gruppen errichteten Straßensperre die Kehlen durchgeschnitten.

14 Personen werden in Kaabra (Region Tissemsilt) vermutlich durch bewaffnete Gruppen erwürgt.

In dem Dorf Hammaidia (80 km südlich von Algier) werden 13 Personen von vermutlich bewaffneten Gruppen die Kehlen durchgeschnitten. Zwei Tage später werden auf dem Friedhof des Dorfes bei einem Sprengstoffattentat sechs Frauen getötet und mehrere verletzt. Nach Zeitungsberichten explodieren an verschiedenen Grabstätten Bomben. Die Frauen wollten ihrer Angehörigen gedenken, die zuvor ermordet worden waren.

In einem Dorf westlich von Algier werden 14 Zivilisten ermordet und zwei weitere verletzt.

Der bekannte Sänger **Lounes Matoub** kommt am 25. Juni bei einem Anschlag auf sein Auto ums Leben. Matoub war mit drei Frauen auf dem Weg in sein Heimatdorf Taourirt-Moussa in den Bergen. Seine Ehefrau und seine beiden Schwägerinnen werden schwer verletzt. Ende September 1994 war Matoub von der GIA entführt und 14 Tage später wieder freigelassen worden. Der engagierte Sänger setzte sich vor allem für die Belange der Berber ein. Seine Beerdigung wird eine große Demonstration.

In Hammam El-Hes (Region Saida) werden 17 Personen erwürgt und fünf weitere verletzt.

Bei einer großangelegten Militäroperation im Algierer Stadtteil Bab Ezzouar wird die mutmaßliche "Nummer Zwei" der GIA, der Emir der algerischen Hauptstadt, **Mohammad Kebaili**, Kampfname Ayachi, aufgespürt und getötet. Bei dem Gefecht kommen vier weitere Mitglieder sowie zwei Kinder, die als Geiseln genommen wurden, ums Leben. Insgesamt verlieren 44 mutmaßliche GIA-Mitglieder bei der mehrere Tage andauernden Operation im Großraum Algier ihr Leben. Ayachi soll im Sommer 1997 die Massaker in den Dörfern Sidi Rais und Bentalha geplant und befehligt haben, auch die Bombe auf dem Markt von El Harrach soll auf sein Konto gehen.

42 Mitglieder einer bewaffneten Gruppe werden bei einer Offensive der Armee in der Provinz Tissemsilt erschossen. Dabei werden auch Hubschrauber und schwere Artillerie eingesetzt.

18 vermutliche Mitglieder bewaffneter Gruppen werden in der Nähe von Sidi Lantri (Tissemsilt) getötet und eine große Menge an Waffen und Munition gefunden. Dorfbewohnern zufolge haben diese Personen kurz vorher 14 Personen aus zwei Familien getötet.

Ca. 20 Mitglieder bewaffneter Gruppen werden in den *maquis* von Sidi Ali Bounab von Sicherheitskräften getötet. Vor dem Waffenstillstand der AIS befand sich dort das regionale Kommando dieser Organisation.

Juli 1998

Ab dem 5. Juli, dem Unabhängigkeitstag Algeriens, soll Französisch aus dem öffentlichen Leben verbannt und per Dekret nur noch Arabisch zugelassen werden. Alle Ministerien sind aufgefordert, sämtliche Amtskorrespondenz nur noch in Arabisch abzufassen. Staatsbedienstete, die zukünftig im Amt nicht ausschließlich Arabisch sprechen, müssen mit einer Strafe von umgerechnet 200 DM rechnen. Das Dekret gilt sowohl für den Unterricht an Gymnasien und Universitäten als auch bei Vertragsabschlüssen mit ausländischen Firmen. In Tizi Ouzou gibt es andauernde Proteste gegen das Dekret, da die Berber befürchten, dass

ihre Sprache und Kultur jetzt endgültig gegenüber dem Arabischen in den Hintergrund gedrängt wird.

Algerische Familien und Familien algerischer Herkunft, die einen Verwandten haben, der „verschwunden“ ist, machen eine Tournee durch mehrere europäische Städte, um die Öffentlichkeit über die Situation zu unterrichten und eine Untersuchung zu fordern.

Der Bericht der algerischen Regierung über die *Lage der Menschenrechte und über die zur Umsetzung der Bestimmungen des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte von der Regierung eingeleiteten Schritte* für den UN-Menschenrechtsausschuss wird mit dreijähriger Verspätung vorgelegt. Der Ausschuss weist auf Lücken im Bericht hin und erhebt schwere Vorwürfe gegen die algerische Regierung. In den Gefängnissen des Landes werde gefoltert, Häftlinge hätten oft monatelang keinen Kontakt zur Außenwelt. Außerdem trage die algerische Justiz nicht ausreichend zur Aufklärung von Massakern an Dorfbewohnern bei. Er warf Algier "Staatsterrorismus" vor. Die Unfähigkeit des Staates, seine Bürger zu schützen, stelle einen gravierenden Verstoß dar. Der Ausschuss fordert erstmals eine "unabhängige Untersuchung auf allen Ebenen über das Verhalten der Sicherheitskräfte". Außerdem fordert er die Regierung auf, alle berichteten Fälle von "Verschwindenlassen" zu erfassen und die Familienangehörigen bei der Suche nach den "Verschwundenen" zu unterstützen.

Eine sechsköpfige UN-Delegation besucht Algerien. Die algerische Regierung hat sie eingeladen und ihr volle Bewegungsfreiheit zugesichert. Geleitet wird die Delegation vom ehemaligen portugiesischen Präsidenten **Mario Soares**. Die Mission trifft den Oberbefehlshaber der algerischen Armee, **Mohammed Lamari**, den Generalsekretär der wichtigsten Oppositionspartei, der *Front der sozialistischen Kräfte* (FFS), **Ahmed Djedjai**, und **Louisa Hanoun**, Präsidentin der Arbeiterpartei. Ohne offizielle Begleitung darf die Mission das Hochsicherheitsgefängnis Serkadji betreten. Bei einem Treffen mit **Ali Yahia Abdenour**, Vorsitzender der *Algerischen Liga zur Verteidigung der Menschenrechte* (LADDH), informiert dieser die Delegation über das Verschwinden von bis zu 18.000 Menschen in Algerien. In dem Bericht der Mission, der erst im September fertiggestellt wird, wird bestätigt, dass Polizei, Armee und auch Milizen für willkürliche Erschießungen, Folter und das Verschwindenlassen von Menschen verantwortlich sind. Er lässt jedoch offen, ob Armee und Polizei direkt in Massaker verwickelt sind. Die Delegation fordert die Regierung auf, dafür zu sorgen, dass Beamte mit Polizeibefugnissen sowie die Sicherheits- und Selbstverteidigungskräfte für ihr Handeln einer strikten Rechenschaftspflicht unterliegen. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass das Regime beim Kampf gegen den Terrorismus internationale Unterstützung verdient.

In einem Aufruf der Opposition wird eine Konferenz zur nationalen Aussöhnung unter Beteiligung aller politischen Kräfte des Landes, ohne Ausnahme, gefordert. Unter den Unterzeichnern befinden sich der Vorsitzende der LADDH, **Abdenour Yahia**, der ehemalige Staatspräsident **Ben Bella** und der ehemalige Generalsekretär der Einheitspartei FLN, **Abdelhamid Mehri**. Neu in der Gruppe der Dialogbereiten ist **Abdelkader Hachani**, Nummer drei der FIS. Mit ihm steht erstmals ein im Land lebender FIS-Führer hinter solch einem Appell.

Seit 1993 bis Anfang Juli 1998 wurden 2084 Frauen vergewaltigt und 319 Frauen entführt, über deren Verbleib nichts bekannt ist. Zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni werden 24 Fälle von Vergewaltigung ermittelt. Von 27 Provinzen steht die Provinz Blida bei den Vergewaltigungen an erster Stelle, sie steht mit 104 Entführungen von Frauen auch dort an erster Stelle, an zweiter Stelle die Provinz Medea mit 81 Frauen.

Bei einem Bombenanschlag in Algier auf einem Flohmarkt im Viertel Belouzdad werden mindestens 10 Menschen getötet und 21 schwer verletzt.

Bei einem Überfall mutmaßlich bewaffneter Gruppen nahe Tiarret werden 13 Menschen getötet und zwei verletzt, die Opfer gehören alle zu einer Familie.

Elf Einwohnern eines Dorfes in der Region Medea werden die Kehlen durchgeschnitten.

Zwölf Menschen werden bei einem Überfall auf das Dorf Khelil (im Westen) ermordet, zwei verletzt. In Sidi Abdelmoumen (im Südwesten) werden acht Menschen massakriert. Polizei und Armee starten eine großangelegte Suche nach den Tätern.

Auf dem Busbahnhof von Ouled Yaich explodiert eine Bombe, drei Menschen werden getötet und drei weitere verletzt.

In der Region Blida greifen mutmaßliche bewaffnete Gruppen einen Militärposten und ein Wohnhaus an, dabei werden 13 Menschen getötet. Bei weiteren Angriffen sterben vier Islamisten und zwei Mitglieder der GIA.

Sieben Islamisten fallen in einem Gefecht mit Sicherheitskräften in einem Waldstück bei Algier. Dabei soll der Chef der GIA in Algier, Athmane Khelifi, genannt Hocine Fliche, getötet worden sein. Nach dem Schusswechsel hat die Polizei eine große Menge an Waffen sichergestellt.

Bei einem Angriff von bewaffneten Gruppen auf die Kaserne von Attafa (Region Chlef) werden 15 Soldaten getötet. Zu Beginn des Angriffs schleudern die Täter eine Bombe in die Kaserne. Drei der Angreifer werden getötet.

Einheiten der Armee kreisen eine bewaffnete Gruppe in der Region zwischen M'sila und Bousaada ein und erschießen 20 Mitglieder. Weitere sieben Mitglieder bewaffneter Gruppen werden in der Region Tiaret getötet.

Polizisten und Soldaten gehen in von Berbern bewohnten Gebieten bei Algier gegen die GIA vor und töten nach amtlichen Angaben rund 100 Mitglieder der Gruppe. Bei der Offensive wird auch die Luftwaffe eingesetzt. Die Streitkräfte befreien dabei eine nicht genannte Zahl von Gefangenen.

August 1998

Ein Tabu wird gebrochen: El Watan berichtet in einer Serie von Artikeln über die Aktivitäten der Familien von „Verschwundenen“. Anwälte der FIS überreichen der UN-Mission eine Liste von 250 Fällen von „Verschwundenen“. Die Mission wendet sich mit der Bitte um Aufklärung an die *staatliche Menschenrechtsbehörde* (ONDH). Ihr Vorsitzender erklärt, dass die Fälle einiger Personen der Liste, die tot im Wald aufgefunden wurden, von den Justizbehörden untersucht werden, einige andere seien zu den bewaffneten Gruppen übergelaufen, andere ins Ausland gegangen, ohne ihre Familien zu informieren. Außerdem hätten bewaffnete Gruppen in der Kleidung von Sicherheitskräften auch Entführungen durchgeführt und die Entführten später getötet. Die betroffenen Familien akzeptieren diese Erklärungen nicht, sie demonstrieren vor dem Sitz der ONDH, bilden eine Delegation und übergeben neue Listen von „Verschwundenen“. Auf den öffentlichen Druck hin gibt die Regierung erstmals zu, dass es „Verschwundene“ gibt. Es finden jetzt regelmäßig mittwochs Demonstrationen statt. Der Innenminister kündigt die Einrichtung von Büros in Groß-Algier und allen anderen Bezirken an. Dort können sich die Familienangehörigen von „Verschwundenen“ melden, um Informationen über die Entführten zu erhalten.

Ali Bensaad, ein algerischer Journalist, wird in Constantine in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, Mitglied einer terroristischen Bewegung zu sein und an einem Mordanschlag von bewaffneten Gruppen auf fünf Menschen beteiligt gewesen zu sein. Das Verbrechen geschah zu einem Zeitpunkt, als sich Bensaad in Hamburg aufhielt. Bensaad stand schon lange auf der Todesliste der bewaffneten Gruppen und war Ziel eines Attentats. Im Oktober hebt der Oberste Gerichtshof nach monatelangen Protesten das Todesurteil gegen ihn auf.

12 Busreisende werden in der Nähe von Saida an einer Straßensperre getötet und sechs verletzt. Bei dem Überfall gehen die Täter mit äußerster Brutalität vor. Dem Schaffner wird die Kehle durchgeschnitten, danach wird der Bus angezündet. Mehrere Menschen verbrennen bei lebendigem Leib. Bei der Verfolgung der Täter werden zwei mutmaßliche Angreifer getötet.

In Tagempt werden zehn Personen getötet und drei verletzt, in Beni Mester (Region Tlemcen) sieben Personen getötet. In beiden Dörfern sind die Angreifer vermutlich bewaffnete Gruppen.

Bei einem Massaker in dem Nomandendorf Yekhlef, nahe Dechmia (Region Bouira), werden acht Menschen getötet.

Insgesamt 16 Personen werden durch verschiedene bewaffnete Gruppen getötet: in der Nähe von Khemis Miliana sieben, in Ain Defla vier und in Laghout zwei Personen.

Eine Bombenexplosion in einem Zug der Linie Oran-Algier tötet sieben Personen und verletzt elf. Der Sprengkörper explodiert in der Nähe der Ortschaft Torki (130 km südwestlich von Algier).

Bei einem Bombenanschlag in der Stadt El Khemis (130 km südwestlich von Alier) werden 13 Menschen getötet und 30 verletzt. Die Bombe soll von bewaffneten Gruppen gelegt worden sein.

Erstmals werden Menschen an Badestränden mit eingegrabenen Bomben getötet. 100 km westlich von Algier explodiert ein Sprengkörper, er tötet einen Erwachsenen und ein Kind. Bei Cherchel, westlich von Algier, werden durch einen ähnlichen Sprengsatz zwei Personen verletzt. Die Strände waren durch Wochenendausflügler und Urlauber stark besucht. Bereits vorher war eine Bombe an einem Strand bei Sidi Frej explodiert, die aber niemanden verletzte.

Zehn Personen werden von vermutlich bewaffneten Gruppen in Targhout (Region Ain Defla) getötet. Die Opfer sollen der Gruppe die Ausgabe von Nahrungsmitteln verweigert haben. Außerdem wurden fünf Frauen einer Familie entführt.

Fünf Jugendliche werden in dem Viertel Biar von Algier getötet, nachdem sie sich zu einem Tunnel begeben hatten, der ein Unterschlupf von bewaffneten Gruppen sein soll. Danach versammeln sich ca. 500 Menschen, darunter viele Jugendliche, in dem Tunnel, um der Getöteten zu gedenken.

Während einer mehr als zwei Wochen dauernden Offensive in der Provinz Tlemcen erschießen Regierungstruppen ca. 20 Rebellen. Bei weiteren Operationen bei Tiaret, Medea und in Boumerdes werden 27 Islamisten getötet.

Sept. 1998

In einer Fernsehansprache kündigt Präsident **Liamine Zeroual** für Februar 1999 – 21 Monate vor dem regulären Ende seiner Amtszeit – seinen Rücktritt und die Abhaltung von Präsidentschaftswahlen zu diesem Zeitpunkt an.

Der jugendliche Führer einer islamistischen Untergruppe, **Ahmed Khelif**, hat sich der Polizei gestellt. Die Organisation ist mit der GIA verbündet und wird für Hunderte von Massakern an Dorfbewohnern im Westen Algeriens verantwortlich gemacht.

Die *Nationale Vereinigung der Familien von Verschwundenen* (Association nationale des Familles des Disparus) wird gegründet. Sie erhält jedoch keine offizielle Zulassung und wird mehrmals daran gehindert, öffentliche Zusammenkünfte und Veranstaltungen abzuhalten.

Mitglieder bewaffneter Gruppen erwürgen zehn Personen in der Provinz Ain Defla.

Bei einem Bombenanschlag werden in Algier mindestens 17 Menschen (oder 25 nach dem Bürgermeister des Viertels) getötet und 61 verletzt. Der Sprengsatz explodiert zur Haupteinkaufszeit auf dem Markt von Bab el-Oued.

Eine Bombe, die in Mechraa Sfaa (Tiaret) explodiert, tötet fünf Personen und verletzt elf.

Eine Bombe explodiert auf einem Wochenmarkt in Gydel (im Westen Algeriens) und tötet drei Personen, 29 werden verletzt.

Vier Personen werden von vermutlich bewaffneten Gruppen in Ouled Benabdelkader (Region Chlef) getötet, nachdem sie auf der Straße angehalten wurden.

Vier Personen sterben bei zwei Bombenexplosionen in Sidi Bou Said und in Aflou. Eine weitere Person wird in Constantine getötet, als dort ein Sprengsatz in der Nähe eines Cafés detoniert.

Vier Zivilisten werden im Bezirk Chlef (im Westen Algeriens) ermordet.

Bei einem Überfall von einer 30köpfigen Gruppe werden 27 Bewohner des Dorfes Sidi-Sbaa (bei Ain Defla) ermordet und zwei verletzt. Anschließend wird die Gegend von Sicherheitskräften auf der Suche nach den Tätern durchkämmt.

Sieben Personen werden an einer vorgetäuschten Straßensperre in der Region Tlemcen getötet. Die Angreifer halten zuerst ein Auto an und erwürgen die vier Insassen, dann töten sie drei Bauern.

Bei einem Bombenanschlag auf einem Wochenmarkt in Tiaret kommen 26 Personen ums Leben, ca. 100 werden verletzt. Ein Tag nach dem Anschlag schweben noch 39 Personen in Lebensgefahr. Unter den Opfern sind viele Kinder.

Bei einem Bombenanschlag in Khemis (nahe von Ain Defla) explodiert eine Bombe und tötet vier Menschen, 15 werden verletzt.

Fünf Soldaten kommen bei einer Bombenexplosion auf einer Straße östlich von Algier in der Region Tizi Ouzou ums Leben. Nach der Explosion gibt es eine einstündige Schießerei mit den Angreifern.

Während einer Schießerei zwischen Polizei und bewaffneten Gruppen auf dem Place des Martyr in Algier werden zwei Personen, darunter ein junges Mädchen, getötet wie auch ein

oder zwei Mitglieder der GIA. Ein Polizist und zwei Zivilisten werden verletzt, zwei oder drei Mitglieder der Gruppe werden verhaftet.

Eine Woche nach der Rücktrittserklärung von Staatspräsident Zeroual beobachteten Bewohner der westlichen, zentral-nördlichen und östlichen Regionen eine Intensivierung von Razzien der Sicherheitskräfte in den Zonen, die den bewaffneten Gruppen zugerechnet werden. Dabei werden vier Mitglieder bewaffneter Gruppen zwischen Delys und Cap Djinet getötet. Mengen an Waffen und Munition werden in der Region gefunden, die als das Gebiet von **Hassan Hattab**, Dissident der GIA, angesehen wird.

In Saida werden bei einem Gefecht acht Mitglieder bewaffneter Gruppen und zwei Soldaten getötet, weitere fünf Soldaten werden verletzt.

Bei Kämpfen in der Bergregion Saida sind 18 Mitglieder bewaffneter Gruppen, sieben Mitglieder von Milizen und zwei Soldaten ums Leben gekommen. Zwei Frauen, die von den bewaffneten Gruppen entführt worden waren und versucht hatten, die Kämpfe zur Flucht zu nutzen, werden mit durchgeschnittenen Kehlen aufgefunden. Die Armee setzt bei den Kämpfen schwere Artillerie ein.

Okt. 1998

Der Justizminister **Mohammed Adami** tritt zurück. Er wird schwerer Vergehen beschuldigt, darunter Vergewaltigung, sexuelle Beziehungen zu weiblichen Strafgefangenen und die Schuld am Tod von 32 Strafgefangenen, die in einem von ihm befohlenen Transport erstickt waren. Neuer Justizminister wird **Ahmed Nouri**.

Mohammed Betchine, als "ministre-conseiller" der engste Mitarbeiter Zerouals, tritt von seinem Amt zurück. Wahrscheinlich hängt Betchines Ausscheiden mit einem hinter den Kulissen ausgetragenen Kampf um die Macht an der Spitze von Armee und Staat zusammen. Ein früherer Mitarbeiter lastet den Präsidentenberater an, nach den Unruhen vom Oktober 1988 Folterungen von jugendlichen Demonstranten angeordnet zu haben. Außerdem soll er sich schamlos bereichert haben.

Sieben überregionale Tageszeitungen treten in einen unbefristeten Streik. Sie protestieren damit gegen die Weigerung der staatlichen Monopoldruckereien, die Zeitungen *El Watan*, *Le Matin*, *La Tribune* und *Le Soir d'Algérie* zu drucken. In Algerien gibt es nur fünf Zeitungsdruckereien, die alle in staatlicher Hand sind. Dies erlaubt dem Regime, die ihm nahestehenden Zeitungen zu fördern, um Druck auf kritische Blätter auszuüben. Den genannten Zeitungen war eine Zahlungsfrist von 48 Stunden gesetzt worden. Ein Angebot auf Ratenzahlung lehnten die Druckereien ab, so dass die Frist verstrich. Nach Ansicht der Verleger ist die Zahlungsaufforderung ein Vorwand für einen Vergeltungsakt seitens der Regierung aus politischen Gründen. Die Zeitungen hatten in letzter Zeit Skandale um Mohammed Betchine aufgedeckt. Nach dreiwöchiger Zwangspause kann die erste, Mitte Dezember die letzte Zeitung wieder erscheinen.

Rund 30 Moslemführer aus der ganzen Welt haben die militanten Islamisten zu einer Waffenruhe aufgefordert. Die Gewalt schade dem islamischen Glauben, hieß es in dem Appell. Die algerische Regierung erklärt dazu, sie habe lange darauf gewartet, dass Führer der moslemischen Welt die Bluttaten verurteilen würden. Die GIA reagierte nicht.

In Bou Ismail in der Provinz Tipasa (40 km westlich von Algier) wird das erste Zentrum für Frauen, die von Islamisten vergewaltigt wurden, eröffnet. Das Zentrum, das über zwölf Doppelzimmer verfügt, wird Frauen und junge Mädchen aufnehmen, die entführt wurden, um ihnen psychologische Hilfe zu leisten und ihnen bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu helfen.

Mindestens 23 Menschenleben fordern bewaffnete Auseinandersetzungen. Unter den Toten befinden sich fünf Angehörige der Sicherheitskräfte.

Bei einem Bombenanschlag auf einen Markt werden mindestens zwei Menschen getötet und 46 verletzt. Die selbstgebastelte Bombe explodiert in Ghris (nahe Mascara, Westalgerien).

Sieben Menschen werden in der Region Mascara die Kehle durchgeschnitten. Offiziell werden bewaffnete Gruppen für die Bluttat verantwortlich gemacht.

In der Nähe von El Affoun (30 km südlich von Algier) stoppen als Polizisten verkleidete Männer einen Lastwagen und schlitzten drei Insassen die Kehle auf.

Neun Personen werden in Hamma Bouziane (nahe Constantine) getötet. Die Sicherheitskräfte starten eine Suche nach den Angreifern.

Zwei Anführer und drei Mitglieder der *Islamischen Front des Bewaffneten Heiligen Krieges* (FIDHA) sind im Küstenort Fouka von Sondereinheiten erschossen worden. Die Gruppe

hatte sich kürzlich in einer angemieteten Villa 40 km von Algier verschanzt. Sie soll für die Ermordung mehrerer hochrangiger Personen verantwortlich sein.

Insgesamt vier Mitglieder bewaffneter Gruppen werden in Tipaza und im Viertel Hussein Dey von Algier getötet. Die beiden in Algier erschossenen Männer sollen am Vortag ihrerseits zwei Polizisten ermordet haben.

Bei einem Angriff bewaffneter Gruppen auf eine Bürgerwehr von Draa Ben Khedda (östlich von Algier) werden drei Männer getötet und acht verletzt.

Über 200 Regierungssoldaten und die GIA liefern sich tagelang in einem dichten Wald 80 km östlich von Algier Gefechte. Nach Berichten werden bei den Kämpfen 40 GIA-Mitglieder getötet.

Nov. 1998

In einem Brief fordert **Abassi Madani**, Präsident der *Islamischen Heilsfront* (FIS), die *Islamischen Bewaffneten Gruppen* (GIA) auf, sich dem Waffenstillstand der *Armée Islamique du Salut* (AIS), der seit dem 10. Oktober 1997 andauert, anzuschließen. Der Brief war an Hassan Hattab, Emir-Dissident, adressiert.

Das Oppositionsblatt *La Nation* kann nach 18-monatiger Zwangspause wieder erscheinen. Die Pause wurde dadurch verursacht, dass sich die staatlichen Monopoldruckereien weigerten, die Zeitung zu drucken, solange angebliche Schulden nicht bezahlt wurden. Jetzt waren die Druckereien zu Verhandlungen bereit. *La Nation* erscheint mit einer Auflage von 35.000 Exemplaren.

Die *Association nationale des familles des disparus* (ANFD) eröffnet mit 22 Angestellten ihr Büro. Die ANFD hat dem Innenminister bereits 2664 Dossiers von Verschwundenen vorgelegt.

Das *Internationale Komitee des Roten Kreuz* (IKRK) hat nach eigener Einschätzung positive Gespräche mit der Regierung über eine Wiederaufnahme von Gefangenenbesuchen in Algerien geführt. Eine IKRK-Delegation wurde in Algier empfangen. Man habe Missverständnisse aus der Welt schaffen und gewisse Grauzonen erhellen können, sagte eine IKRK-Sprecherin. Grünes Licht für eine sofortige Wiederaufnahme der Besuche erhielt das IKRK aber nicht. Diese sind seit 1992 unterbrochen.

Bei einem Angriff von wahrscheinlich bewaffneten Gruppen werden in Sidi Touil (nahe Oued Sly, Region Chlef) sechs Personen getötet und drei weitere verletzt.

Bewaffnete Gruppen beschießen Blida sechs Stunden lang mit Raketen. Dabei benutzen sie selbstgefertigte Geschütze. Bei dem Angriff vom Berg Chrea aus werden zahlreiche Menschen verletzt. Mindestens acht Granaten schlagen im Zentrum der Stadt ein. Die Bergregion von Chrea gilt seit Ausbruch der Gewalt vor sechs Jahren als Rückzugsgebiet militanter Islamisten.

In einem kleinen Dorf bei Ain Defla (130 km südlich von Algier) werden 17 Menschen ermordet und drei verletzt. Den Opfern, darunter fünf Frauen und acht Kinder, werden die Kehlen durchgeschnitten.

In Khemis Miliana (Region Ain Defla) werden acht Menschen bei einem Überfall getötet, zehn weitere verletzt. Ärzte berichten, die Angreifer hätten den meisten Opfern die Kehle durchgeschnitten. Nach dem Massaker durchsuchen Sicherheitskräfte die Region.

Ein Massengrab mit Opfern der GIA ist in einem Dorf nahe Algier entdeckt worden. Es handelt sich um die Leichen von fast 200 Menschen, die in den Jahren 1993 bis 1996 entführt wurden.

An einer vorgetäuschten Straßensperre bei Ain Defla werden zwei Autoinsassen erschossen. Zwei weitere Männer werden in einer ähnlichen Situation in Khemis Miliana erschossen.

In der Nähe von Saida werden zwei entführte Schafhirten erhängt und mit aufgeschlitzter Kehle gefunden. In der gleichen Gegend hatte eine Gruppe Bewaffneter zwei Menschen entführt.

Nahe bei Chlef explodiert eine Bombe unter einem Pferdekarren, ein Familienvater wird getötet, seine Frau und ihr Kind erleiden schwere Verletzungen.

Acht Mitglieder bewaffneter Gruppen werden bei einem Schusswechsel mit Sicherheitskräften in der Ortschaft Sidi Bel Abbes (im Westen Algeriens) getötet.

In der Region von Ain Defla liefert sich eine 30-köpfige bewaffnete Gruppe einen mehrstündigen Schusswechsel mit Einheiten der Armee. Dabei werden zwei Mitglieder der

Gruppe, darunter der Anführer, sowie ein Leutnant der Armee erschossen. Die Gruppe hatte zuvor einen Viehtransport überfallen und den Fahrer ermordet.

Sicherheitsorgane töten in Boumerdes (im Osten Algeriens) und Jijel fünf Mitglieder bewaffneter Gruppen.

Sieben mutmaßliche Mitglieder bewaffneter Gruppen werden von Sicherheitskräften während einer Operation in der Region Mascara getötet.

Bei einem Attentat werden fünf Soldaten in der Region Medea getötet. Für den Anschlag werden bewaffnete Gruppen verantwortlich gemacht.

Dez. 1998

Premierminister **Ahmed Ouyahia** reicht nach zweijähriger Regierungszeit seinen Rücktritt ein. Sein Nachfolger wird der bisherige Botschafter in Paris, **Ismail Hamdani**. Er soll die Geschäfte zunächst übergangsweise führen und die Präsidentschaftswahl organisieren. Der neue Premierminister übernimmt fast vollständig die Regierungsmannschaft seines Vorgängers. Lediglich drei Minister, denen eine Schlüsselrolle bei der Vorbereitung der vorgezogenen Präsidentschaftswahl zukommt, werden ausgetauscht.

Gegen 87 Mitglieder der GIA wird in Tiaret der Prozess eröffnet. 24 der Angeklagten sind Frauen, 37 werden vorläufig freigelassen, 37 befinden sich auf der Flucht (darunter **Antar Zouabri**) oder sind wahrscheinlich tot (darunter **Djamel Zitouni**). Hauptangeklagter ist **Oudhah Rachid**, dem zwölf Attentate angelastet werden, von denen er sich zu zweien bekennt. Er ist "Emir zonal" der Zone III. Er wird zum Tode verurteilt, außerdem werden fünf Angeklagte zu lebenslänglicher Haft, 3 zu zehn Jahren und 19 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Eine große Anzahl von Mitgliedern der AIS aus verschiedenen Regionen hat sich gestellt, um von dem Amnestiegesetz (Loi de Rahma) zu profitieren.

Zwölf Personen sterben bei einem Massaker in Sidi Rached. Die Opfer werden im Schlaf erwürgt. Sicherheitskräfte machen sich auf die Suche nach den Angreifern.

Bei einer Bombenexplosion in der Nähe des Marktes in Khemis Miliana werden mindestens 14 Personen getötet und 24 verletzt.

An einer vorgetäuschten Straßensperre in dem Dorf Les Eucalyptus (90 km östlich von Algier) werden aus vier Autobussen acht bis zwölf Personen getötet, sechs weitere sind verletzt, drei Frauen werden entführt. Die Straßensperre soll von der GIA-Gruppe Hassan Hattab errichtet worden sein.

Mindestens fünf Personen werden bei einer Bombenexplosion in einer Parkanlage in Mascara (300 km westlich von Algier) getötet, ca. 30 verletzt.

Unbekannte überfallen das Dorf Merad (70 km westlich von Algier) und ermorden mindestens sieben Menschen, fünf weitere werden verletzt. Die Opfer werden im Schlaf überfallen.

Ein Bombenanschlag im dichtbevölkerten Viertel Bab el Oued fordert ein Menschenleben, sechs weitere Personen werden verletzt.

Ein Massaker an den Einwohnern des Dorfes Tadjena (Region Chlef, 200 km von Algier) fordert ca. 80 Opfer (nach offiziellen Angaben 42 Tote). Unter den Toten befinden sich 20 Frauen und Kinder. Den Opfern wurden die Kehlen durchgeschnitten. Die Angreifer operierten in drei Gruppen und griffen gleichzeitig drei Familien an, denen auch Milizionäre angehörten. Nach Zeugenaussagen hatten sie Namenslisten dabei. Außerdem sollen ca. 20 Frauen in die umliegenden Berge entführt worden sein.

Mindestens sechs Personen werden an einer vorgetäuschten Straßensperre in der Nähe von Dra El-Mizane (Region Tizi Ouzou) getötet. Unter den Opfern sollen sich zwei Polizisten und zwei Soldaten befinden. Die Straßensperre soll von Mitglieder der GIA-Gruppe Hassan Hattab errichtet worden sein.

Vier Personen werden in Ahmer el Ain (Region Tipaza) erwürgt.

In der Bergregion der Kabylei werden acht Personen an einer vorgetäuschten Straßensperre getötet.

In einem als Massengrab benutzten Brunnenschacht haben Sicherheitskräfte 110 Leichen gefunden. Die Grabungsarbeiten auf einem Bauernhof bei Meftah dauerten zwei Wochen. Nach Einschätzung von Experten stammt das Massengrab aus den Jahren 1996 oder 1997. Den Hinweis auf den Brunnen gab ein Mitglied der GIA, das sich freiwillig stellte.

Vier Menschen werden bei einer Bombenexplosion in Sidi Mousa (südlich von Algier) getötet. Die Stadt Khemis wird mit Granaten und Bomben beschossen, eine Schule und mehrere Wohnhäuser werden getroffen, rund 20 Menschen verletzt. Die Geschosse werden aus dem nahegelegenen Merouana-Gebirge abgefeuert.

Bei einem Massaker in dem Ortsteil Zemala der Stadt Beni Amrane (Region Khemis Miliana) werden mindestens 19 Menschen getötet, darunter elf Kinder. Fünf weitere Personen werden verletzt.

Eine 22-köpfige Schafzüchterfamilie wird von vermutlich bewaffneten Gruppen getötet. Die Familie ist wahrscheinlich wegen ihrer Nähe zu Sicherheitskräften getötet worden. Sicherheitskräfte durchsuchen nach dem Massaker die Region nach den Tätern.

Ein Hinterhalt von bewaffneten Gruppen in der Region Tizi Ouzou kostet zwei Polizisten das Leben, zwei weitere werden verletzt. Das Fahrzeug der Polizisten war auf eine Mine gefahren. Die Auseinandersetzungen dauerten eine halbe Stunde.

Bei einer Offensive des Militärs gegen Stellungen der GIA sind 24 Menschen getötet worden. Die Operation der Sicherheitskräfte wird in den Regionen Chlef, Sidi Bel Abbes und Mascara durchgeführt.

Neun Mitglieder bewaffneter Gruppen werden von Sicherheitskräften in Ain Lahdjar (Region Tlemcen) getötet. Ein Labor zur Produktion von Bomben wird dort entdeckt.

Acht Mitglieder der *Armée Islamique du Salut* (AIS) werden von *Bewaffneten Islamischen Gruppen* (GIA) in Ouled Azza (nahe Tiberkanine, Region Ain Defla) getötet.

Eine Militärpatrouille gerät in Oran in einen Hinterhalt, mindestens neun Soldaten werden mit Maschinengewehren erschossen, neun verletzt. Zwei Fahrzeuge der Soldaten waren auf eine Mine gefahren und dann beschossen worden.

In Dra el Mizan werden drei Polizisten vor einer Moschee von bewaffneten Gruppen erschossen, die sich während des Gebets unter die Gläubigen gemischt hatten.

Sicherheitskräfte haben in tagelangen Gefechten mit bewaffneten Gruppen, die eingekesselt wurden, mindestens 40 Mitglieder getötet. Die Kämpfe fanden etwa 130 südlich von Algier statt. Über Opfer auf Seiten der Sicherheitskräfte wurde nichts bekannt.

Januar 1999

Die algerische Nationalversammlung (APN) weist den Antrag der FFS, den Ausnahmezustand aufzuheben, zurück.

Bei einem Bombenattentat vor der palästinensischen Botschaft werden zwei Personen verletzt. Drei Bomben explodieren am selben Tag auf dem Markt von Khemis Miliana und in Oued Chorfa.

Drei Personen, darunter ein Milizionär und ein Kind werden in Oued Abtal (Region Mascara) von vermutlich bewaffneten Gruppen getötet.

In Haouch Toubri (Region Tipaza) werden fünf Personen getötet und vier verletzt.

Bei einer Bombenexplosion in Tiaret (350 km südöstlich von Algier) werden zwei Personen getötet und 18 verletzt.

In der nordwestlichen Provinz Ain Defla (150 km von Algier) werden vier Hirten in dem Douar Hamzat ermordet. Die Hirten befanden sich nach einem Ramadanfest auf dem Heimweg, wurden von den Angreifern überrascht und umgebracht.

In der westalgerischen Stadt Relizane sterben vier Menschen, als bewaffnete Männer das Feuer auf die Gäste eines Straßencafés eröffnen.

In Sidi El-Kebir (Provinz Blida) werden von vermutlich bewaffneten Gruppen fünf Personen getötet und eine verletzt.

Zwei junge Männer werden in einem Taxi von vermutlich bewaffneten Gruppen an einer vorgetäuschten Straßensperre in Rodha (Kabylei) getötet.

Einem Taxifahrer und sechs Fahrgästen werden an einer von bewaffneten Gruppen errichteten Straßensperre bei Lakhdaria (80 km östlich von Algier) die Kehlen durchgeschnitten. Die Leichen werden zur Abschreckung nachfolgender Autofahrer auf die Straße geworfen. Zuvor war ein LKW-Fahrer nahe der Stadt Medea (90 km südlich von Algier) auf offener Straße von einem Kommando erschossen worden.

Fünf Kinder und Jugendliche, die Schafe hüteten, werden in Bekhaia (Region Chlef) von bewaffneten Gruppen getötet.

Sicherheitskräfte haben in tagelangen Gefechten mit bewaffneten Gruppen rund 40 vermutliche Mitglieder der *Bewaffneten Islamistischen Gruppen* (GIA) getötet. Die Kämpfe fanden bei Ain Defla (140km südwestlich von Algier) statt.

Neun Mitglieder bewaffneter Gruppen werden von Sicherheitskräften in zwei verschiedenen Operationen in Chlef und Chorfa (Region Mascara) getötet.

20 als Soldaten verkleidete Rebellen überfallen das Dorf La Carrière (ca. 60 km westlich von Algier), töten fünf Mitglieder der Miliz und verletzen drei weitere Personen.

In der Region Draa El Mizan werden neun Soldaten erschossen, nachdem sie in einen Hinterhalt gelockt wurden.

Bei einem Überfall in Tagdempt (ca. 220 km südwestlich von Algier) werden sieben Soldaten von bewaffneten Gruppen erschossen und elf verletzt.

Neun Mitglieder bewaffneter Gruppen werden in der Nähe von Tighzirt während eines zweistündigen Zusammenstoßes mit den Sicherheitskräften getötet. Zuvor hatte die GIA in Mazer, auf der Straße von Tighzirt nach Delys, Soldaten in einen Hinterhalt gelockt und acht oder neun von ihnen getötet.

Vier Milizionäre werden in Boufarik (Mitidja) während eines Zusammenstoßes mit bewaffneten Gruppen getötet.

15 Rebellen werden in den Maquis von Belegaa (Region Tiaret), drei in Mizrana (Kabylei) und zwei in Dergana (Region Algier) von Sicherheitskräften getötet.

Bei einem Überfall radikaler Islamisten auf einen Militärkonvoi in der Region Relizane werden sieben Soldaten getötet und sieben zum Teil schwer verletzt. Fast 100 Angreifer erbeuten bei der Attacke nicht nur die Maschinenpistolen, sondern auch die Uniformen der getöteten Soldaten.

Februar 1999

Zwölf vermutliche Mitglieder der GIA aus Bordj Ménaiel werden durch ein Gericht in Tizi Ouzou zum Tode verurteilt.

Im Dorf Merdja töten Rebellen neunzehn, im Dorf Saharidji neun und im Dorf Telassa sechs Menschen. Ihnen werden die Kehlen durchgeschnitten. Zwei der Dörfer befinden sich in der Provinz Chlef, 160 km westlich von Algier. Unter den gefesselten Opfern waren vier Hirtenjungen im Alter zwischen fünf und vierzehn Jahren und vier Frauen. Die Provinz ist eine der Zentren der Gewalt.

Sieben Personen werden in El Gheicha (Region Laghouat) erdrosselt. Das Massaker soll von isolierten GIA-Mitgliedern, die in der Region operieren, durchgeführt worden sein.

Aus einem Massengrab werden mindestens 70 Leichen geborgen. Es wird damit gerechnet, die sterblichen Überreste weiterer Personen zu finden. Das Massengrab wurde im sogenannten Dreieck des Todes südlich von Algier in Ouled Allel in einem Brunnenschacht entdeckt. Die Toten sollen Opfer von Hinrichtungen der GIA sein. Auf den Brunnen war die Polizei durch Hinweise eines abtrünnigen islamistischen Extremisten gestoßen.

Bei einem Bombenattentat in Khemis Miliana werden drei Personen getötet und 18 verletzt.

Neun Personen einer Familie, darunter vier Frauen und vier Kinder, werden durch vermutlich bewaffnete Gruppen in Barbouche (Region Ain Defla) getötet. Die Angreifer bestanden aus 25 bis 50 Personen.

Sicherheitskräfte töten bei Großeinsätzen in zwei Provinzen insgesamt 44 Mitglieder bewaffneter Gruppen. Seit 1. Februar sollen über 1400 Soldaten mit Unterstützung von schwerer Artillerie und Hubschraubern einen Stützpunkt der bewaffneten Gruppen gestürmt und 40 Mitglieder der GIA getötet haben. Bei einem weiteren Einsatz werden vier weitere nahe der Stadt Relizane (300 km westlich von Algier) im Hochland getötet.

Vier vermutliche Mitglieder bewaffneter Gruppen werden bei einem Zusammenstoß mit Sicherheitskräften in Oued Slam (Region Relizane) getötet.

Sechs Mitglieder bewaffneter Gruppen werden während einer Razzia in dem Maquis von Sidi Ali Bounab (Region Draa El Mizan) getötet.

März 1999

Ca. 400 Mitglieder bewaffneter Gruppen sollen sich den Sicherheitskräften gestellt haben. Sie folgten einer *fatwa* des Imam El Albani, der starken Einfluss auf Islamisten besitzt. Er

verurteilte die Taten der GIA als konträr zur Religion und forderte die Mitglieder von bewaffneten Gruppen auf, sich zu stellen.

Das Staatsmonopol für Anzeigen in den Zeitungen wird aufgehoben, d.h. Annoncen müssen nicht mehr über die Staatsagentur *Agence nationale d'édition et de publicité* geschaltet werden, sondern direkt bei den Zeitungen. Dadurch wird die unabhängige Presse gestärkt.

Durch die Schaffung von Milizen konnte die Armee, die zu Beginn der Auseinandersetzungen 140.000 Mann unter Waffen hatte, ihre Truppenstärke fast verdoppeln. Organisiert sind diese vom Verteidigungsministerium angeworbenen "Patrioten" unter dem Befehl des Innenministeriums in etwa 5500 Einsatzgebieten, die ein Drittel der 1541 vom Terrorismus betroffenen Gemeinden abdecken; sie stellen mehr als 80.000 Männer. Einige dieser Einheiten sind nicht nur mit dem Schutz der Dörfer betraut, sondern sollen auch bestimmte strategische Punkte in den ländlichen Gegenden sichern: Staudämme, Elektrizitätswerke oder Gaspipelines.

Zehn Mitglieder einer Miliz werden bei einem Überfall auf das Dorf Draa bei Medea (Nordalgerien) getötet. Mehrere Dorfbewohner werden schwer verletzt und mindestens zehn weitere Personen entführt.

In Skida (im Osten des Landes) werden fünf Jugendliche und in Larbatache (östlich von Algier) zwei Reisende bei Überfällen getötet und drei weitere verletzt.

Sieben Menschen werden in der Nähe von Tipaza (im Westen des Landes) an einer vorgetäuschten Straßensperre umgebracht. Sie werden erwürgt und anschließend verbrannt.

Drei Schäfer werden in den Bergen von Sidi Ameur von vermutlich bewaffneten Gruppen getötet und zwei weitere verletzt.

Einer der mutmaßlichen Mörder des Sängers Lounes Matoub, Mahjeddine Boudjenah, der "Emir" einer Gruppe von Hassan Hattab in Tizi Ouzou war, wird von Sicherheitskräften getötet.

Sechs Hirten werden in einem bergigen Waldgebiet der Region Chlef (200 km westlich von Algier) getötet. Die Angreifer hatten es offensichtlich auf das Vieh der Hirten abgesehen.

In der Nähe von Bouharoun (Region Tipaza) werden an einer vorgetäuschten Straßensperre vier Personen getötet.

Sechs Personen, darunter drei Kinder, werden in der Region Tipaza getötet.

In Khemis Miliana (Region Ain Defla) werden bei einer Bombenexplosion in der Nähe einer Schule drei Personen getötet und 31 verletzt.

Bei einem Überfall einer Gruppe bewaffneter Männer in Sidi Abdelkader (nahe El Khemis) werden einem zweijährigen Kind der Kopf abgeschlagen und einem zehn Monate alten Mädchen sowie dem Vater der Kinder die Kehlen durchgeschnitten. Die Mutter der Kinder wird von den Angreifern verschleppt.

Sechs Personen, darunter drei Kinder, werden in Attaba (nahe El Affroun) von vermutlich bewaffneten Gruppen getötet. Des Weiteren werden zwei Frauen entführt.

Vier Menschen werden an einer Straßensperre etwa 30 km westlich von Algier von vermutlich bewaffneten Gruppen getötet.

An einer von bewaffneten Gruppen errichteten Straßensperre wird einem ehemaligen Mitglied der Miliz etwa 100 km östlich von Algier die Kehle durchgeschnitten. Zwei weitere Personen werden auf der Flucht erschossen.

Während einer Attacke der GIA auf das Dorf Sidi El-Kebir (Blida) werden sechs Personen erwürgt und dann verbrannt, mehrere verletzt und ein 16jähriges Mädchen entführt. Die Opfer sind Familienmitglieder von Milizionären.

Zwei Zivilisten, darunter ein Mitglied der *Bewegung für Kultur und Demokratie* (RCD), werden in Bouira und Tebessa (120 bzw. 630 km östlich von Algier) ermordet.

Zehn Personen werden in Bordj Bir Khaled (Region Ain Defla) von bewaffneten Gruppen getötet.

Vier Frauen, die zuvor von Islamisten entführt wurden, werden enthauptet aufgefunden. Die Mörder haben die Köpfe der Frauen auf Pfähle aufgespießt. Sie gehörten zu den Insassen von drei Überlandtaxi, die in der Region Ain Defla (150 km westlich von Algier) an einer Straßensperre überfallen worden waren. Die Gruppe der Angreifer soll aus mehr als 60 Männern bestanden haben, die mit Maschinenpistolen und abgesägten Jagdgewehren

bewaffnet waren. Sie schnitten sieben Reisenden und den Fahrern die Kehlen durch und verbrannten die Leichen mitsamt den Fahrzeugen.

Vier Bauern werden an einer vorgetäuschten Straßensperre von vermutlich bewaffneten Gruppen auf der Straße von Frenda nach Takhemert (Region Tiaret) erwürgt.

Drei Händler werden an einer vorgetäuschten Straßensperre auf der Nationalstraße in Ain Maabed (nahe von Djelfa) getötet.

Neun Einwohner des Dorfes Bouamrous, (Region Blida, 50 km südlich von Algier) werden massakriert. Die Opfer kommen aus zwei Familien, es befindet sich eine Mutter mit zwei Kindern von 2 und 3 Jahren darunter. Außerdem werden zwei junge Frauen entführt. Bewaffnete Gruppen sollen für den Überfall verantwortlich sein. Es verlautet, dass unter den Opfern die Ehefrau und Schwägerin von Mitgliedern einer GIA-Gruppe sind, die mit der angreifenden Gruppe rivalisiert.

Vier Personen werden in einem Hinterhalt in Chabet Lhadar (nahe Tiaret) von vermutlich bewaffneten Gruppen getötet und sechs verletzt. Die Opfer fuhren in einem Konvoi und wollten zu einem Tiermarkt.

In Mechra-Sfa (im Südosten des Landes) werden vier Menschen von vermutlich bewaffneten Gruppen erschossen.

Drei Menschen sterben in Hammam Righa bei einem Bombenanschlag.

Bewaffnete Gruppen locken einen Militärkonvoi in Bouira (im Südosten Algeriens) in einen Hinterhalt und erschießen 16 Soldaten. Die bewaffneten Gruppen hatten dem Konvoi in der gebirgigen, abgelegenen Gegend zwischen Bourj Okhris und Sour al-Ghozlane aufgelauert. Sie nahmen ihn von zwei Seiten mit automatischen Waffen unter Feuer. Nur einer der rund 60 Aggressoren soll getötet worden sein. Es gelang den Angreifern, mehr als zehn Sturmgewehre sowie ein Funkgerät von der Armee zu erbeuten, ihre Verwundeten ungestört abzutransportieren und einen geordneten Rückzug durchzuführen.

Elitetruppen der Sicherheitskräfte haben in der Region Bouira innerhalb von drei Tagen 46 Mitglieder bewaffneter Gruppen getötet, nachdem Anfang des Monats 16 Soldaten umgebracht worden waren.

Acht bewaffnete Islamisten wurden im Gebirge von Timezrit getötet. Sie gehörten zur GIA von Hassan Hattab.

April 1999

Präsidentschaftswahl:

Sechs der sieben Bewerber für die Präsidentschaftswahlen (Hocine Ait Ahmed, Mouloud Hamrouche, Ahmed Taleb Ibrahim, Abdallah Djaballah, Youssef Khatib, Mokdad Sifi) treten am Vorabend der Wahl mit der Begründung auf eindeutige Hinweise auf massiven Wahlbetrug zurück. Damit findet eine pluralistische Wahl mit einem einzigen Kandidaten statt: Der frühere Außenminister **Abdelaziz Bouteflika** stellt sich weiterhin zur Wahl. Er wird mit 73,8 % gewählt, die Wahlbeteiligung beträgt 60,25 %. Die Opposition nennt eine Wahlbeteiligung von 23,3 % und eine Zustimmung zu Bouteflika von 28 %. Das offizielle Resultat reicht aus, um Bouteflika die Annahme der Wahl zu ermöglichen, nachdem er vor der Wahl eine eindeutige Mehrheit für ihn gefordert hatte. Protestdemonstrationen der Opposition gegen seine Wahl werden verboten und mit Gewalt verhindert. Bouteflika will die Wiederherstellung des inneren Friedens zu seinem Hauptziel machen und nennt sich "Präsident aller Algerier".

In der Region von Sidi Bel Abbes werden drei Hirten von vermutlich bewaffneten Gruppen erwürgt.

An einer vorgetäuschten Straßensperre werden von vermutlich bewaffneten Gruppen in der Region Mascara (Westalgerien) zehn Menschen getötet. Vier weitere werden entführt.

Fünf Personen werden in Ouled Brahim (Region Mascara) von einer bewaffneten Gruppe von 20 bis 30 Personen erwürgt. Fünf Mitglieder der Gruppe und ein Soldat werden während der Schießerei, die dem Überfall folgt, getötet.

Sechs bis sieben Männer zu Pferde greifen in der Region Tiaret ein Dorf an und erschießen vier Mitglieder einer Familie, darunter zwei Frauen.

Mutmaßliche bewaffnete Gruppen töten 22 Soldaten, die in Blida in einen Hinterhalt geraten waren. Bei dem anschließenden Gefecht werden auch zwölf der Angreifer getötet.

Neunzehn Mitglieder der GIA werden in den Bergen 50 km südlich von Algier von der Armee getötet. Unter den Toten soll sich auch der Stellvertreter des GIA-Chefs Zouabri befinden. Ausserdem entdecken die Soldaten in den Kasematten der GIA mehr als 100 kg Sprengstoff.

Vier Soldaten werden in einem Hinterhalt der bewaffneten Gruppen in einem Wald in der Nähe von Chlef getötet.

14 Mitglieder der Zouabri-GIA werden während einer Operation der Sicherheitskräfte gegen eine ihrer Basen im Gebirge von Timixi (nahe Saida) getötet.

Vier Mitglieder der GIA "Katibat El Tabat" werden im Wald von Ain Aden (Region Sidi Bel Abbas) während einer Operation getötet.

Sieben Angehörige der Sicherheitskräfte geraten 70 km östlich von Algier in einen Hinterhalt und werden getötet. Sie waren mit ihren Fahrzeugen auf eine Mine gefahren.

Mai 1999

Unbekannte Attentäter erschießen in dem Dorf Ghasmi (Region Tiaret) neun Menschen – sechs Kinder, zwei Männer, eine Frau –, die alle zu einer Familie von Schafhirten gehören. Vier Frauen, darunter zwei junge Mädchen von 14 und 16 Jahren, werden entführt.

Eine Armee-Einheit entdeckt in Fallony (ca. 30 km südwestlich von Algier) ein Grab mit 50 Leichen. Der Fundort liegt nur drei km von der Stelle entfernt, an der im September ein Massengrab mit den Überresten von 110 Menschen gefunden worden war.

Bei einem Überfall in Bekkar (Region Mascara) werden sieben Mitglieder einer Familie ermordet und zwei verletzt. Drei junge Mädchen, das jüngste 12 Jahre alt, werden entführt. Vier Soldaten, die den Angreifern folgen, werden durch eine Bombe verletzt.

Bei der Explosion einer Paketbombe in einem Café in einer belebten Hauptstraße in dem Vorort Bab El Oued von Algier werden 17 Menschen verletzt. Das Paket war zwischen Müllsäcken versteckt.

Während einer Attacke von ca. 20 Mitgliedern einer bewaffneten Gruppe werden in der Nähe des Dorfes Ain Mouleb (Region Medea) zehn Personen getötet und drei verletzt. Die Angreifer sprengen einige Häuser in die Luft, nachdem die bewaffneten Bewohner sie mit Schüssen empfangen hatten.

Vier jungen Männern werden vor ihrem Haus im Dorf Djemussa (500 km östlich von Algier) die Kehlen durchgeschnitten. Drei der Opfer hatten erst vor kurzem ihren Wehrdienst beendet.

Bei der Detonation einer Autobombe werden in Algier drei Menschen getötet und fünf verletzt. Die Explosion ereignet sich in der Nähe der Hauptpost, wo zu der Zeit reger Betrieb herrschte.

Bei der Explosion einer Bombe an einem beliebten Strand westlich von Algier werden ein Vater und sein sechsjähriger Sohn getötet und zwei Kinder verletzt. Ein weiterer Sprengsatz wird entschärft. Es war der zweite Anschlag auf diesen Strand innerhalb einer Woche. Zuvor war dort ein Mensch bei einer Explosion getötet worden.

Ein Konvoi von Milizen gerät bei dem Dorf Had Sahari (150 km südlich von Algier) in einen Hinterhalt von bewaffneten Gruppen. Neun Milizangehörige werden im Gewehrfeuer getötet, drei verwundet.

Bei mehreren Zusammenstößen zwischen bewaffneten Gruppen und Sicherheitskräften kommen mehrere Menschen um: Während einer Militäroperation in der östlich von Algier gelegenen Bergregion Sidi Ali Bounab werden zwölf Mitglieder bewaffneter Gruppen getötet; drei weitere Islamisten werden im Regierungsbezirk Jijel getötet; bei einem Überfall auf einen Armeekonvoi auf der Straße zwischen Larbatatache und Khemis al Khechna (ca. 30 km östlich Algiers) werden drei Soldaten getötet.

In der Küstenregion Jijel werden bei einem Bombenanschlag auf einen Militärkonvoi fünf Soldaten getötet und sieben verletzt.

Acht Mitglieder bewaffneter Gruppen werden bei der Bombardierung der Bergregion Dschurdschura (ca. 150 km östlich von Algier) getötet.

19 Mitglieder bewaffneter Gruppen, darunter mehrere Emire, werden während einer großen Operation der Armee in den Regionen Biskra und Batna getötet.

Während einer Operation im Djebel Ouastili werden 13 Mitglieder der GIA des Zweiges Hassan Hattab getötet.

Eine Miliz gerät in Had Sahari (Ain Oussera, Region Djelfa) in einen Hinterhalt von bewaffneten Gruppen, dabei werden sechs Mitglieder getötet und vier verletzt.

Neun Mitglieder der Zouabri-GIA werden während einer Razzia der Sicherheitskräfte in der Region Blida getötet.

Juni 1999

Die AIS, bewaffneter Arm der FIS, spricht sich für ein dauerhaftes Ende der Kämpfe aus. Sie will ihre Aktionen endgültig einstellen und mit der staatlichen Armee zusammenarbeiten. Als Antwort stellt der Präsident ein neues Gesetz in Aussicht, wonach AIS-Kämpfer, denen keine direkte Beteiligung an Tötungen vorgeworfen wird, amnestiert werden. Rabah Kebir, Auslandssprecher der FIS, befürwortet den Waffenstillstand und appelliert an die bewaffneten Gruppen, auch ihre Waffen niederzulegen.

Ca. 750 Mitglieder der GIA der Regionen Bouira und Mascara haben ihre Waffen niedergelegt. Sie haben sich damit dem vereinbarten Friedensschluss zwischen Staatsmacht und AIS angeschlossen.

Präsident Bouteflika räumt ein, dass die Gewalttaten in Algerien seit 1992 100.000 Tote gefordert haben. Bis jetzt hatten die algerischen Behörden nur 30.000 Tote zugegeben.

Der Minister für Kommunikation und Kultur, **Abdelaziz Rahahi**, ist von seinem Posten zurückgetreten (oder wurde von seinen Aufgaben entbunden). Sein Nachfolger ist **M. Salaoundji**.

Das Kriminalgericht in Algier hat zwischen Februar und Juni 125 Todesurteile verhängt, darunter 122 in Abwesenheit. Von den 245 Fällen, die verhandelt wurden, werden 172 mit dem Terrorismus in Verbindung gebracht.

Das Gericht in Jijel verurteilt 12 vermutliche Mitglieder bewaffneter Gruppen zum Tode. Vier weitere werden wegen Mordes an sieben italienischen Matrosen im Juni 1994 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Die letzten Vollstreckungen von Todesurteilen fanden im Oktober 1993 statt.

Bei Mordanschlägen mutmaßlicher bewaffneter Gruppen werden neun Menschen getötet: In der Region Jijel werden drei Frauen erschossen; in der Region Chlef sterben ein Milizmitglied sowie ein Zivilist; nahe von Sidi Bel Abbes kommen zwei Hirten ums Leben, die auf eine Mine treten; in der Region Ain Defla wird ein Hirte erschossen und einem Bauern die Kehle durchgeschnitten.

In Sidi Ahmed Drouni (Region Mascara) wurden 22 Personen – darunter vier Frauen, sieben Kinder und ein Baby – getötet, fünf Menschen verletzt und ein junger Mann entführt (alles Mitglieder einer Familie).

An einer fingierten Straßensperre werden in der Nähe von Birtouta fünf Menschen, darunter zwei Mitglieder einer Miliz, getötet.

14 Menschen werden bei einem Anschlag von bewaffneten Gruppen in Sidi Namane (Medea, 70 km südlich von Algier) getötet und zwei junge Mädchen entführt. Alle Opfer gehören zu einer Familie.

Vier Soldaten werden bei einem Bombenattentat in der Nähe von Keddara (Region Boumerdes) getötet. Danach töten Sicherheitskräfte drei Mitglieder der bewaffneten Gruppe, die verantwortlich für das Attentat ist.

In Ighzer Oumezian (nahe M'chedallah) werden vier Mitglieder einer Miliz von einer Bombe getötet und 17 verletzt.

Juli 1999

Anlässlich des 37. Jahrestages der Unabhängigkeit hat Präsident Bouteflika die Begnadigung mehrerer Tausend Anhänger und Mitglieder militanter islamistischer Organisationen verfügt. Von der Maßnahme sind Personen ausgeschlossen, die schwere Gewaltverbrechen wie Morde und Vergewaltigungen begangen haben. Insgesamt werden ca. 2.500 Gefangene freigelassen.

Eine Gesetzesvorlage zur nationalen Eintracht wird vom Ministerrat, Parlament und vom Senat gebilligt. Sie sieht Strafmilderung oder -freiheit für Mitglieder und Helfershelfer bewaffneter Gruppen vor, die keine Schwerverbrechen begangen haben und sich bis Jahresende mit ihrer Waffe der Polizei stellen.

Besuch des französischen Außenministers **Védrine**, der ein neues politisches Klima bewirkt. Geschlossene Konsulate in Constantine, Oran, Annabe und Tizi Ouzou sollen wieder geöffnet und die Zahl der Visagenehmigungen erhöht werden.

Drei Personen, darunter zwei kleine Mädchen, werden an einem Strand bei Tipaza, (100 km westlich von Algier) getötet. Niemand bekennt sich zur Tat, doch haben Islamisten in der Vergangenheit wiederholt Strände überfallen, da sie das Baden in der Öffentlichkeit nicht mit dem islamischen Moralkodex für vereinbar halten.

In der Region von Tiaret sterben drei Menschen bei einem Anschlag.

Neun Mitglieder einer Familie werden bei einem Überfall auf das Dorf Sidi Rabiein (Region Medea, 100 km südlich von Algier) hingemetzelt. Die Angreifer sollen der bewaffneten Gruppe von Zouabri angehören.

In Djelfa und Bouira werden bei zwei Attentaten von vermutlich bewaffneten Gruppen fünf Personen getötet und drei verletzt.

Bei einem Bombenanschlag auf eine Militärkolonne werden sechs Soldaten getötet und zwei schwerverletzt. Der Sprengsatz explodiert auf einer Straße 320 km östlich von Algier, als der Konvoi vorbeifährt. Für den Anschlag werden bewaffnete Gruppen verantwortlich gemacht.

Vier Mitglieder bewaffneter Gruppen werden während einer Razzia getötet, zwei verletzt und zwei Emire verhaftet, nachdem eine bewaffnete Gruppe von ca. zwölf Personen versucht hatte, ein Dorf in der Region Oued el Khal zu überfallen.

Sieben Mitglieder einer Milizgruppe werden bei einem Bombenattentat in El-Mlihia (Region Djelfa) getötet und drei schwer verletzt.

August 1999

Eine neue Partei, die *Bewegung für nationale Reform* (MRN), hat sich konstituiert, ihr Chef ist Abdallah Dschaballah. Sie will sich für ein demokratisches und pluralistisches System einsetzen.

Wegen Misswirtschaft und Schlamperei werden 20 der 47 Präfekten (Wali) abgesetzt. Von den 20 Spitzenbeamten werden 16 auf Lebenszeit aus dem öffentlichen Dienst entfernt. Ziel der Aktion ist die Einführung von Kriterien des Engagements, der Kompetenz und der Integrität. Für Präsident Bouteflika stellt die Korruption ein noch größeres Problem im Land dar als der Terrorismus.

Das *Comité national contre l'oubli et la trahison* (CNOT), das gegen die Politik der Versöhnung von Präsident Bouteflika opponiert, will eine Gegen-Kampagne zum Referendum starten. Das Komitee fordert, dass in Südafrika eine Aufarbeitung der Gewalttaten im Beisein der Täter und Opfer stattfindet.

Bei einem Bombenattentat auf dem Markt von Hassi Bahbah (Region Djelfa) werden mindestens sechs Personen getötet und 61 verletzt.

Eine bewaffnete Gruppe attackiert den Automarkt in Tidjelabine und tötet neun Personen.

Ein Bombenattentat fordert in Boufarik (Region Algier) zwei Tote und 18 Verletzte.

In Boumerdes (ca. 50 km östlich von Algier) sterben drei Hirten bei der Explosion einer ferngesteuerten Bombe.

Vier Hirten werden bei Ain Defla (180 km westlich von Algier) Opfer von bewaffneten Gruppen. Die Täter rauben anschließend den Viehbestand der Toten.

Im Umkreis von Algier sorgen zwei Sprengstoffattentate für Unruhe unter der Bevölkerung. Bei der Explosion im Viertel Bab El Oued werden zwei Personen verletzt, eine davon schwer. Eine weitere Bombe explodiert in der Nähe von Regierungsbüros in der Innenstadt und tötet drei Personen, acht weitere werden verletzt.

Zwei Händler werden in ihren Läden in der Kasbah von Algier erwürgt.

Ein Bombenattentat in der Nähe von Tebessa hat vier Tote und mehrere Verletzte gefordert. Die Bombe explodierte, als gerade ein Trauerzug vorbeizog.

Bei einem Bombenattentat in der Region Borj Mnaïel in der Kabylei werden neun Menschen, darunter sechs Soldaten, getötet.

In Bouaiche (Provinz Bechar) werden an einer Straßensperre, die von einer Gruppe von 15 bewaffneten Männern errichtet wurde, 29 Menschen ermordet und drei verletzt. Außerdem werden zehn Frauen, darunter eine Jugendliche, entführt. Es werden wahllos Sammeltaxen angehalten und einzelne Personen herausgegriffen. Einigen von ihnen wird die Kehle durchgeschnitten, andere werden mit Schnellfeuerwaffen erschossen. Die Täter flüchten in die nahe gelegenen Berge an der marokkanischen Grenze. Neun Mitglieder der GIA, die das Massaker in Bouaiche verübt haben sollen, sind nach APS (offizielle algerische

Presseagentur) durch marokkanische Sicherheitskräfte auf marokkanischem Gebiet festgenommen worden. Die marokkanische Regierung dementiert diese Angaben.

Bei einem Bombenattentat in Marsat (Region Tebessa) werden fünf Personen getötet und zwei verletzt.

In Oued Roumane wird eine Person, zwei andere in El Guelta getötet und eine Person in Sidi Ali entführt. Alle Orte befinden sich in der Region von Ténès.

Vier Personen, darunter zwei Frauen, werden an einer vorgetäuschten Straßensperre in Boufarik in der Nähe des Bahnhofs El Kroub getötet.

Bei einem Bombenanschlag in der Ortschaft Ouzra (Region Medea, 100 km südlich von Algier) werden mindestens 17 Menschen getötet und 12 verletzt. Unter den Toten sind zwei Kinder. Fünf schwer verletzte Personen sterben später im Krankenhaus. Die Bombe wurde während einer Beschneidungsfeier in das Haus eines Milizangehörigen geworfen. Vorher drangen die Angreifer, die Militäruniformen trugen, in das Haus ein und erwürgten den Jungen, der beschnitten werden sollte, und seinen Vater.

Vier junge Männer werden in einem Slumgebiet von Constantine von einem Dutzend Männern, wahrscheinlich Mitglieder einer bewaffneten Gruppe, getötet.

Ein Bombenattentat in einem Bus auf der Straße zwischen Medea und Blida – auf der Höhe von Sidi el Madani - fordert mindestens drei Tote und zwischen 10 und 20 Verletzten.

Bei einem Überfall von bewaffneten Gruppen in Aissaouia (Region Tablat) werden vier Personen getötet und neun verletzt.

Bei einem Bombenanschlag bewaffneter Gruppen werden in Batna zehn Soldaten getötet und fünf schwer verletzt. Elf vermutliche Mitglieder bewaffneter Gruppen werden während einer anschließenden Operation der Sicherheitskräfte in Ousattili-Gebirge (Region Batna) getötet. Darunter sollen sich vier Emire der Hassan Hattab-GIA befinden.

Bei einem Überfall auf einen Militärposten in der Nähe von Alwa Bwaman (Region Boumerdes, Kabylei) werden acht Soldaten getötet und sieben verwundet. Zwei Wachposten werden die Kehlen durchgeschnitten, die anderen sechs kommen durch drei danach gezündete Bomben ums Leben.

In einem Hinterhalt zwischen Baghlia und Naciria (Kabylei) werden drei oder vier Soldaten getötet.

Bei der Explosion einer Bombe in Ain El Hamra (Region Boumerdes, 100 km östlich von Algier) kommen fünf Soldaten ums Leben. Ein weiterer Soldat wird in Ain Mussa getötet.

Bei einem Bombenanschlag in Lakhdaria von vermutlich bewaffneten Gruppen werden im Südosten Algeriens sieben Angehörige von Milizen getötet. Die Bombe explodiert, als die drei Fahrzeuge der Getöteten vorbeifahren. Anschließend eröffnen die Angreifer aus ihrem Versteck das Feuer auf die Wageninsassen. Drei Milizionäre werden enthauptet. Die Angreifer nehmen die Waffen der Getöteten und ein Fahrzeug mit, die beiden anderen Autos zünden sie an. Zur gleichen Zeit explodiert eine zweite Bombe, die fünf Gendarmen, die den Milizen helfen wollten, verletzen.

Hassan Hattab tötet bei einem Treffen mit einem Imam den Geistlichen, zwei seiner Begleiter und vier seiner eigenen Leute. Nach der Tat sollen Hunderte seiner Anhänger mit ihm gebrochen haben.

Die Armee kreist am Djebel Karsout, zwischen Saida und Mascara, eine GIA-Gruppe ein. Bei dem folgenden Zusammenstoß werden drei Soldaten und zwei Mitglieder der Gruppe getötet.

Sept. 1999

Referendum:

Zur Abstimmung steht das Gesetz über die nationale Eintracht (*concorde civile*), das bereits am 13. Juli in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz regelt die Modalitäten für die Rückkehr reuiger Islamisten ins normale Leben und verspricht ihnen Freiheit vor Strafverfolgung oder eine Teilamnestie. Die Beteiligung am Referendum beträgt nach offiziellen Angaben 85,06%. 98,63% der Wähler stimmten für die nationale Aussöhnung. "Reumütige" müssen sich bis zum 13. Januar 2000 ergeben. Die GIA spricht sich gegen die Amnestie aus. Das Referendum ist auch eine Legitimierung von Bouteflikas umstrittenem Wahlsieg im April.

Präsident Bouteflika erklärt, dass *tamazigh*, die Sprache der Berber, weder als offizielle noch als nationale Sprache anerkannt wird.

Eine Gruppe von GIA-Mitgliedern errichtet eine Straßensperre in der Nähe von Draa el Mizan (Bergregion der Kabylei) und ermordet insgesamt mindestens neun Menschen. Ein Polizist und sein Begleiter verbrennen in ihrem Auto bei lebendigem Leib. Bei einer anschließenden Razzia der Sicherheitskräfte werden vier Mitglieder der GIA getötet.

Sieben Personen, Eltern und fünf Kinder, werden von bewaffneten Gruppen in Hassi Bahbah (Djelfa) getötet.

An einer vorgetäuschten Straßensperre werden in Attaba (Region Tipaza) drei Personen getötet.

Sieben Insassen von zwei Fahrzeugen werden an einer vorgetäuschten Straßensperre in der Nähe von Berrougha (Provinz Medea) von bewaffneten Gruppen getötet.

Fünf Personen werden im Wald von Attaba (Region Tipaza) von bewaffneten Gruppen getötet.

Zehn Soldaten werden in einem Hinterhalt von bewaffneten Gruppen in der Region von Batna und Bouira getötet.

Bei einem Zusammenstoß von Milizangehörigen und Mitgliedern bewaffneter Gruppen werden in M'Chedellah (Region Bouira) zwei Milizionäre und fünf Islamisten getötet. In der Region hatte die Armee eine Operation durchgeführt, bei der neun Mitglieder bewaffneter Gruppen getötet wurden. Die Operation wurde ausgelöst durch den Tod von zwei Soldaten in Tikdja.

Vier Soldaten und ein "Reumütiger" (Islamist, der sich den Behörden gestellt hat) werden in Khemis El Khechna bei einem Bombenattentat getötet.

Ein Militärkonvoi gerät in Oued-Boughiel (nahe El Attaf, Region Ain Defla) in einen Hinterhalt, vier Soldaten werden getötet und drei weitere verletzt.

17 Mitglieder bewaffneter Gruppen werden bei einer Operation der Sicherheitskräfte in der Region Mascara getötet. Die Operation, bei der auch Hubschrauber eingesetzt werden, hatte eine Gruppe der GIA in Ain Qadoz zum Ziel.

Okt. 1999

Der Präsident entlässt acht Generalsekretäre und 73 weitere Beamte von Provinzverwaltungen. Zahlreiche andere Beamte werden versetzt. Die Entlassungen werden mit "Überalterung, Inkompetenz, Vetternwirtschaft und Korruption" begründet.

Der Präsident begnadigt aus Anlass des 45. Jahrestages des Beginns des algerischen Befreiungskampfes 5000 Häftlinge. Unter den Entlassenen befinden sich auch 150 Gefangene, die wegen Zugehörigkeit zu bewaffneten Gruppen verurteilt worden sind. Vom Gnadenerlass ausgeschlossen sind Häftlinge, die Strafen wegen Vergewaltigung, Bombenanschlägen auf öffentliche Einrichtungen, Korruption und Drogenhandel verbüßen.

Eine Delegation des *Internationalen Komitee vom Roten Kreuz* (IKRK) hält sich in Algerien auf, um sich über die Bedingungen in den Gefängnissen zu informieren und Gespräche ohne Zeugen mit den Gefangenen zu führen. Die Mitglieder der Delegation – Mediziner und Juristen – unterhalten sich in elf Haftanstalten mit insgesamt 457 Gefangenen. Dieser Besuch war erstmals nach siebenjähriger Unterbrechung möglich.

Fünf Personen einer Familie, darunter ein Kind und ein Halbwüchsiger, werden in Hassi Bahbah (Region Djelfa) von einer bewaffneten Gruppe erwürgt.

Während einer Patrouille in Isser (Region Boumerdes) fahren Polizisten auf eine Mine, dabei werden zwei von ihnen getötet. Bei dem anschließenden Beschuss durch ca. zehn Mitglieder einer bewaffneten Gruppe werden noch zwei Polizisten getötet und zwei verletzt.

Acht Mitglieder einer Familie, darunter fünf Kinder, werden in Bouaouda (Region Tipaza) mit Messern und Macheten von einer bewaffneten Gruppe von ca. zehn Männern getötet. Außerdem wird ein 18-jähriges Mädchen entführt.

Sieben Schäfer, darunter eine Frau, werden in Berrouaghia (Medea) von islamistischen Extremisten getötet. Bei dem Überfall werden außerdem drei Personen verschleppt.

Bewaffnete Gruppen überfallen das Dorf Tadjemat und schneiden zwölf Bewohnern die Kehle durch, die Opfer gehören alle zu einer Familie. Zwei Mädchen werden entführt.

Bewaffnete Gruppen schneiden drei Hirten in der Region Djelfa die Kehlen durch, eines der Opfer ist 14 Jahre. Ein Bauer wird am gleichen Tag in der Region Tenes auf die gleiche Weise umgebracht, außerdem wird ein 17-jähriges Mädchen entführt.

Vier Islamisten werden während einer Operation in Stambouli (Region Mascara) von Sicherheitskräften getötet, zwei andere von Milizen im Djelfa.

Drei Mitglieder der AIS, die Einheimische erpresst hatten, werden in der Nähe von Echarra (Region Relizane) von Sicherheitskräften getötet.

Vier vermutliche Angehörige bewaffneter Gruppen werden in Tagara (nahe Laradjem, Region Tissemsilt) von Milizen, die durch Armeeinghörige verstärkt werden, getötet. Die Getöteten sollen Bomben gelegt haben.

Bei einer mehrtägigen Militäraktion in der Bergregion von Lakhdaria (70 km südöstlich von Algier) werden fünf Mitglieder bewaffneter Gruppen getötet.

Nov. 1999

Eine hochrangige Delegation der Europäischen Union besucht Algerien. Die Mitglieder sprechen mit Präsident Bouteflika, Regierungschef Hamdani sowie Außenminister Attaf über die politische und wirtschaftliche Krise des Landes. Ziel des Besuchs ist auch die Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen zwischen EU und Algerien, die wegen der Menschenrechtslage eingefroren worden waren. Die Troika sagt Wirtschaftshilfe zu, sie bescheinigt dem Staat außerdem eine "spürbare Verbesserung der Lage".

71 islamische Persönlichkeiten, darunter Abdallah Djaballah und Ahmed Taleb Ibrahim, fordern in einem Kommuniqué die Freilassung von Abassi Madani und Ali Benhadj (Führer der FIS) und die Wiedezulassung der FIS. Sie verlangen von Bouteflika, einen Dialog mit allen politischen Parteien zu beginnen, die FIS eingeschlossen, um eine Lösung der Krise zu finden.

Eine neue Partei, die *Alliance des démocrates algériens* (ADA), präsiert von Seddik Menassel, wird gegründet. Die Mitglieder rekrutieren sich vor allem aus Moudjahidines, Lehrer, Geschäftsleute und Beamte. Die Partei will die Politik von Präsident Bouteflika unterstützen.

Vier Personen werden bei einem Überfall auf einen Kleinbus erschossen.

Zwei Sicherheitsleute des Kraftwerks von Cap Djinet werden ermordet und ihre Maschinenpistolen entwendet.

Vier Bewacher einer Erdgasleitung in der Region Laghouat (400 km südlich von Algier) werden ermordet aufgefunden.

Sechs Bauern werden von ca. zehn Männern am Stadtrand von Medea überfallen und ermordet, drei weitere werden zum Teil schwer verletzt. Die Angreifer trugen zur Tarnung Militäruniformen.

19 Einwohner des Dorfes Djilali (Region Chlef) werden von mutmaßlich bewaffneten Gruppen massakriert. Ca. 30 bewaffnete Männer schnitten den Opfern, unter ihnen acht Frauen, die Kehlen durch und zertrümmerten danach die Köpfe mit Äxten und Eisenstangen. Die Toten gehören zu drei Familien, die erst vor drei Monaten zurückgekehrt waren, nachdem sie wegen des Terrorismus jahrelang bei Verwandten in anderen Dörfern gelebt hatten. Lediglich eine Person überlebte das Massaker in dem abgelegenen Weiler schwer verletzt.

Bewaffnete Gruppen errichten in der nördlichen Region Chiffa (50 km südlich von Algier) eine vorgetäuschte Straßensperre, halten einen Bus und ein Taxi an und schneiden den meisten Insassen die Kehlen durch. Die Angreifer eröffnen das Feuer mit Maschinengewehren, als einige Insassen des Taxis und des Busses zu fliehen versuchen. Fast alle der 15 Opfer sind Frauen und Kinder.

Im Zentrum von Algier wird die Nummer drei der FIS, **Abdelkader Hachani**, erschossen. Kurz zuvor hatte er über Einschüchterungsversuche der Sicherheitskräfte geklagt und geäußert, er fürchte um sein Leben. Er war eine der Schlüsselfiguren, als die FIS vor zwei Jahren einen Waffenstillstand mit dem Regime aushandelte. Hachani zählte zu dem moderaten Flügel der Partei, die bereit war, die Versöhnungspolitik des Präsidenten zu unterstützen. Namhafte islamische Persönlichkeiten machen für den Mord an Hachani die algerische "pouvoir" verantwortlich. Der angebliche Mörder Hachanis wird Anfang Dezember verhaftet.

Unbekannte schneiden in der Region Tiaret (im Westen Algeriens) drei Kindern im Alter von einem, drei und vier Jahren die Kehlen durch. Der Vater wird erschossen, die schwangere Mutter entführt. Nur ein zweijähriges Mädchen entkommt den bewaffneten Gruppen.

Mutmaßliche Islamisten greifen zwischen Chebil und Boufarik (35 km südlich von Algier) die Insassen zweier Autos aus dem Hinterhalt an und töten neun Personen.

In Messisa (nahe Boumedfaa, Provinz Ain Defla) werden an einer vorgetäuschten Straßensperre auf der RN4 Alger-Oran 18 Menschen getötet. Einige der Opfer erliegen ihren schweren Verletzungen auf dem Weg ins Krankenhaus.

Zehn bewaffnete Männer dringen in ein Restaurant in der Hafenstadt Le Figuier (40 km östlich von Algier) ein und schießen auf die Gäste, unter ihnen viele Soldaten. Drei Soldaten werden getötet und acht Zivilisten verletzt. Die Tat wird den GIA zugeschrieben.

Bei einem Angriff von bewaffneten Gruppen auf einen Posten der Kommunalmiliz von Tablat (70 km südlich von Algier) werden drei Dorfpolizisten getötet. Die Gruppe zerstört den Posten durch eine Explosion.

Bei einem Bombenanschlag auf einen Militärposten 90 km südlich von Algier werden mehr als zehn Soldaten getötet.

Dez. 1999

Regierungsumbildung:

Nach der immer wieder angekündigten und verschobenen Bildung einer neuen Regierung wird die Zusammensetzung jetzt bekanntgegeben: Neuer Regierungschef ist **Ahmed Benbitour**, der als kompetenter und liberaler Ökonom gilt. Sieben Parteien werden an der Regierung beteiligt, deren Schlüsselpositionen von Bouteflika persönlich besetzt wurden. Er selber hält das Verteidigungsministerium, **Ahmed Ouyahia**, der frühere Premier, wird Staatsminister für Justiz, Innenminister wird der frühere Geheimdienstchef **Zerhouni**, Außenminister der bisherige Energieminister **Yousfi**, Finanzminister **Benachhou**, ein Vertrauter Bouteflikas. Neben den drei Parteien der bisherigen Koalition – der FLN, dem RND und dem MSP – erhalten vier andere Parteien Kabinettsposten: der RCD, die Ennahda, die PRA und die ANR.

Eine neue islamistische Partei, die *Bewegung der Treue und Gerechtigkeit* (Wafa) wird gegründet. Die Partei wird von Ahmad Taleb Ibrahim geföhrt. Sie spricht sich gegen die Anwendung von Gewalt aus.

Mehr als 1000 Personen, überwiegend Angehörige der GIA, geben auf der Grundlage des *concorde civile* den bewaffneten Kampf auf. Sie mussten sich innerhalb von sechs Monaten den Behörden stellen, erhielten herabgesetzte Freiheitsstrafen oder wurden – sofern sie weder Morde noch Vergewaltigungen verübt hatten – von Strafverfolgung gänzlich ausgenommen. Außerdem schließt das Gesetz Todesurteile und lebenslange Haftstrafen für Mitglieder bewaffneter Gruppen aus, die sich innerhalb der sechsmonatigen Frist den Behörden stellen.

Die AIS ist dabei, sich selbst aufzulösen. Bis Ende Dezember verlassen 220 AIS-Kämpfer die ihnen im Oktober 1997 zugeteilten Rückzugsgebiete, bis Januar sollen die restlichen 2.500 folgen.

Eine ganze Nomadenfamilie (auch die Frauen, Kinder und ein Greis) wird in Sidi Makhlef (nahe Laghouat) ermordet.

Ein Bombenattentat in der Nähe der Moschee in Dellys fordert ein Todesopfer, einen Polizisten. Daraufhin dringen Gendarmen und Polizisten in die Häuser der Viertel Bordj Fnar und El Kous ein und verprügeln drei Stunden lang Hunderte von Personen, die nichts mit dem Attentat zu tun haben. Dutzende von Personen werden schwer verletzt, eine Person erliegt ihren Verletzungen. Die Menschen werden von den Polizisten als Komplizen der Attentäter beschimpft. Erst die Ankunft eines Kommissars beendet die Gewalttaten der Polizisten. Eine Untersuchung wird eingeleitet.

In Khemis Miliana (120 km westlich von Algier) sterben bei einem Bombenattentat zwei Menschen. Zuvor haben bewaffnete Männer in Militärkleidung drei Einwohner des Ortes umgebracht.

An einer von mutmaßlich bewaffneten Gruppen errichteten Straßensperre in der Nähe des Dorfes Sidi Madani (50 km südlich von Algier) wird mit Maschinengewehren auf einen Bus geschossen. Anschließend wird er in Brand gesteckt. 15 Personen werden getötet, sechs verletzt.

Bewaffnete Gruppen töten in der Provinz Béchar (500 km südlich von Algier) elf Angehörige einer Nomadenfamilie, drei Frauen werden entführt. Den Opfern wird die Kehle durchgeschnitten.

Vier Insassen eines Taxis kommen ums Leben, als bewaffnete Männer bei Algier das Feuer auf das Fahrzeug eröffnen.

Mutmaßliche Mitglieder der GIA töten in Bousmail mindestens 15 Personen und verletzen vier weitere. Die meisten Opfer kommen aus der Moschee, die Angreifer schneiden ihnen die Kehle durch.

Etwa 20 Rebellen stoppen einen Bus sowie mehrere Fahrzeuge an einer von ihnen errichteten Straßensperre bei Khemis Miliana (Provinz Ain Defla) und eröffnen das Feuer. Nach dem Überfall schieben die Täter den Bus mit 22 Personen an Bord in einen Abgrund und zünden ihn an. Die Menschen verbrennen zum Teil bei lebendigem Leib. Mindestens 28 Personen werden bei dem Überfall getötet, mindestens zehn verletzt. Die Bewaffneten tragen Militäruniformen, sollen jedoch verkleidete Fundamentalisten gewesen sein.

Mitglieder einer Nomadenfamilie (eine Frau und fünf Kinder) werden von einer bewaffneten Gruppe in Tadjmount (nahe Ain Mahdi) getötet.

Bei einem Bombenattentat im Zentrum von Tlemcen werden mindestens vier Personen getötet und sechs verletzt.

Bei einem Überfall von bewaffneten Gruppen in Sahel Boubarak (Region Dellys) auf einen Militärkonvoi werden drei Soldaten getötet und drei verletzt.

Sechzehn Mitglieder bewaffneter Gruppen, darunter drei "Emire", werden während einer Operation der Sicherheitskräfte in Chorafa (Region Chlef) getötet.

Vier Mitglieder bewaffneter Gruppen werden in Tissemsilt, ein fünfter im Wald von Stamboul (Region Mascara) von Sicherheitskräften getötet.

Bei einem Feuergefecht in Ain Defla (180 km südwestlich von Algier) kommen fünf Soldaten und zwei Mitglieder bewaffneter Gruppen ums Leben.

Bei einem Angriff bewaffneter Gruppen bei Chlef werden elf Soldaten getötet und 22 verletzt.

Vier vermutliche Mitglieder bewaffneter Gruppen werden bei einem Zusammenstoß mit Sicherheitskräften zwischen Koléa und Bou Ismail (Region Tipaza) getötet.

Januar 2000 Insgesamt fallen im Januar ca. 150 Menschen den Kämpfen zwischen dem Militär und den bewaffneten Gruppen zum Opfer.

Februar 2000 16 Tote und 30 Verletzte an einer vorgetäuschten Straßensperre am Rand von Khemis Miliana (Ain Defla). Fünf Tote bei einem Massaker in Sidi Brahim (Medea). Neun angebliche Terroristen werden bei Sidi Bel Abbès getötet. Zuvor waren am gleichen Ort 23 mutmaßliche Terroristen durch eine Militäroperation getötet worden. Im Februar fallen über 150 Menschen der Gewalt zum Opfer.

März 2000 In der Nähe von Larbaa werden 10 Personen ermordet. Nach Militärangaben werden bei Metlili und Oran 14 bewaffnete Islamisten getötet.

Im Wald von Teximi in der Region von Tiaret wird ein Massengrab mit mehreren Dutzend Leichen gefunden.

Im März fallen nach Medienberichten über 110 Menschen der Gewalt zum Opfer.

April 2000 Immer wieder berichtet die Presse, dass Angehörige der bewaffneten Gruppen, die aufgrund des Gesetzes zur Zivilen Eintracht die Waffen niedergelegt haben, von ihren ehemaligen Kameraden getötet werden.

Nur knapp entgeht der Landwirtschaftsminister bei Magtaa Lazrag (Blida) einem Bombenattentat.

In Dahamnia bei Elmarsa wird eine Frau getötet und ihre 20-jährige Tochter entführt.

In Mokrani bei Bouira werden 10 mutmaßliche Islamisten durch Sicherheitskräfte getötet.

Insgesamt werden in diesem Monat über 140 Tote verzeichnet.

Mai 2000 Der US-Unterstaatssekretär für den Nahen Osten bescheinigt Präsident Bouteflika, dass er die Menschenrechte respektiere und einen Rechtsstaat anstrebe. Dabei unterstütze ihn die USA.

Über 200 Menschen fallen in diesem Monat der Gewalt zum Opfer.

Juni 2000 Während des Staatsbesuchs von Präsident Bouteflika in Frankreich betonen beide Seiten die algerisch-französische Freundschaft und bekunden ihren Willen zur guten Zusammenarbeit.

Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international, Reporter ohne Grenzen oder die Internationale Föderation für Menschenrechte demonstrieren gemeinsam vor der Nationalversammlung und fordern ein Ende des Schweigens über das Schicksal der „Verschwundenen“. Die Schauspielerin Isabelle Adjani, Tochter eines Algeriers, lehnt die Einladung zur Teilnahme am Staatsdiner ab. Auf den Appell Bouteflikas, in der Geschichte Algeriens „eine neue Seite aufzuschlagen“, antwortet sie, man müsse die vorige Seite erst einmal lesen.

In diesem Monat werden nach Medienberichten ca. 150 Menschen getötet.

August 2000 Bei Kämpfen zwischen algerischen Armee-Einheiten und mutmaßlichen Islamisten wurden bei Ain Defla, etwa 120 km westlich von Algier, 41 Menschen getötet.

Oktober 2000 In diesem Monat fallen über 130 Menschen der Gewalt außerhalb Algiers zum Opfer.

Dezember 2000 Ein britisches Gericht erklärt Deutschland und Frankreich zu eine „unsicheren Drittländern“, in die Flüchtlinge aus Algerien und Somalia nicht abgeschoben werden dürften, da sie nur unzureichend Schutz als politische Flüchtlinge erhalten würden.

Das algerische Kabinett tritt zurück, da angekündigte Reformen in Justiz, Bildungswesen und Verwaltung nicht durchgesetzt werden können. **Ali Benflis**, der als enger Vertrauter von **Präsident Bouteflika** gilt, wird mit der Regierungsbildung beauftragt.

In Médéa, 70km südlich von Algier, werden an einem Wochenende über 40 Personen bei einem Massaker in einer Schule getötet. Nur einen Tag später werden bei Ténès, 150 km westlich von Algier, 15 Personen an einer vorgetäuschten Straßensperre getötet. Bei zwei weiteren Überfällen nahe der im Südwesten Algiers gelegenen Stadt Khémis werden insgesamt 10 Personen getötet.

Januar 2001 Um den Jahreswechsel herum werden acht Menschen getötet.

Bei einem Bombenanschlag im Osten des Landes in der Ortschaft Teniat Larbaa in der Nähe von Batna werden elf Soldaten getötet.

Bei einem Massaker in einem abgelegenen Ort in der Region Chlef, 200 km westlich von Algier, werden 23 Personen getötet.

Vier russische Angestellte der nationalen Düngemittelfirma wurden in der Region Annaba, 600 km östlich von Algier, getötet.

Februar 2001 Der 70-jährige **Said Zaoui** wird mit weiteren 20 Personen verhaftet. Bei dieser Operation wurde ein Mann extralegal hingerichtet, Zaoui ist seither „verschwunden“.

März 2001 Bei einer groß angelegten Militäraktion sind nach Angaben der algerischen Tageszeitung „El Watan“ 70 mutmaßliche Terroristen bei Sétif im Osten Algiers getötet worden.

In der Nähe von Blida, 50 km südlich von Algier, wurden ein Armenviertel überfallen und zwölf Menschen getötet.

Eine hochrangige Delegation des algerischen Verteidigungsministeriums, an ihrer Spitze **Generalstabschef Lamari**, bereist Europa und führt Gespräche u.a. im Stuttgarter Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl kritisiert, dass Lamari, der für eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht wird, ungehindert durch Europa reisen kann, ohne rechtliche Schritte fürchten zu müssen.

Frühling 2001 Unruhen in der Kabylei, die durch den Tod eines Schülers im Gewahrsam der Gendarmerie ausgelöst werden. Die Demonstrationen richten sich gegen den Einsatz repressiver Maßnahmen und verlangen die offizielle Anerkennung der Sprache und Kultur der Berber sowie Maßnahmen gegen die Armut in der Kabylei. Im April, Mai und Juni werden mehr als 90 unbewaffnete Zivilisten, darunter zwei Journalisten, während und nach Demonstrationen erschossen.

April 2001 **Präsident Bouteflika** kommt zum Staatsbesuch nach Deutschland. Menschenrechtsorganisationen, unter ihnen amnesty international, mahnen die deutsche Regierung, Aufklärung über das Schicksal von Bürgerkriegsopfern zu verlangen. Bundespräsident Rau mahnte bei einem Empfang Menschenrechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit in Algerien an.

Bei Zusammenstößen zwischen Militär und mutmaßlichen Islamisten werden bei Ras El-Ach, 630 km östlich von Algier, 40 Menschen getötet.

- Mai 2001** Das Mediengesetz wird verschärft und stellt fortan die Diffamierung des Staatspräsidenten unter Strafe. Strafbar sind auch die Beleidigung des Parlaments, der Armee und aller öffentlichen Institutionen.
- Juni 2001** Bei Demonstrationen in der Kabylei werden **Fadila Nedjama**, Journalistin der Tageszeitung Al-Chourouk, und **Adel Zerrouk**, Korrespondent der Tageszeitung Errai, getötet. Seit Anfang Mai 2001 sind in der Kabylei 90 Menschen bei Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften getötet worden.
Bei einer Demonstration in Algier versammeln sich über eine Million Menschen und fordern mehr Demokratie.
- Juli 2001** In der Kabylei wird ein Generalstreik ausgerufen. Gleichzeitig demonstrieren Tausende Berber in Algier für die Anerkennung ihrer Kultur.
Eine Regierungskommission verurteilt das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen demonstrierende Berber in der Kabylei.
- August 2001** Durch ein Großaufgebot an Polizei wird eine Demonstration von Berbern in Algier verhindert. Dutzende Personen werden festgenommen.
- September 2001** Nach Medienberichten wird in Algier fast täglich Bombenalarm ausgelöst. Das Wiederaufflammen des Terrors selbst in der Hauptstadt wird als Zeichen dafür gewertet, dass Bouteflikas Versöhnungspolitik gescheitert sei.
Westlich von Oran werden sieben Menschen ermordet. Mutmaßliche Mitglieder von bewaffneten Gruppen töteten bei Arzew 13 Menschen. Bei einer Militäroperation werden 28 Menschen getötet. Innenminister Zerhouni spricht von ca. 500 bis 600 Islamisten, die noch aktiv seien. Die Zeitung El Watan berichtet, die bewaffneten Gruppen hätten amnestierte Kämpfer rekrutiert und ihre Reihen aufgefüllt.
In Spanien werden sechs Aktivisten der Salafistischen Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC) festgenommen.
- Oktober 2001** Per Präsidialdekret werden 115 Todesurteile in Gefängnisstrafen umgewandelt.
- Dez 2001** In der kabyllischen Hauptstadt Tizi Ouzou liefern sich Tausende junger Berber Straßenschlachten mit der Polizei. Mutmaßliche Islamisten ermorden in einem Dorf bei Bejala, etwa 120 km östlich von Algier acht Menschen.
- März 2002** **Staatspräsident Bouteflika** erklärt, dass die Berbersprache Tamazight als „nationale“, nicht jedoch als „offizielle“ Sprache wie das Arabische, anerkannt wird.
- April 2002** Die EU und Algerien unterzeichnen ein Abkommen über Handel, wirtschaftliche Integration, Sicherheit und politischen Dialog. Das Assoziierungsabkommen enthält auch eine Menschenrechtsklausel, die die Achtung und den Schutz der Menschenrechte zu einer Grundlage des Abkommens macht.
- Mai 2002** Bei den Parlamentswahlen erhält die ehemalige Einheitspartei FLN 199 von 389 Sitzen; die berberdominierten Parteien FFS und RCD hatten die Wahl boykottiert, die Wafa-Partei blieb nach wie vor verboten. Der Wahlboykott in der Kabylei führte dazu, dass die Wahlbeteiligung dort unter 2 Prozent lag.
- Juli 2002** Eine Serie von Bombenanschlägen überschattet den 40. Jahrestag der Unabhängigkeit. 49 Menschen werden dabei getötet.
Mourad Belkacem, Nachrichtensprecher von Canal-Algérie, wird erstochen.
- August 2002** Nach Medienberichten werden in Westalgerien 40 mutmaßliche Islamisten durch das Militär getötet.
Bei einem Militäreinsatz in Jijel, 360 km östlich von Algier, werden zwei Personen getötet.
Bei einem Massaker in Bokaat Laakakcha, 250 km westlich von Algier, werden 26 Menschen umgebracht.
Nach Presseberichten werden bei einer Militäroffensive in einem Wald in der Kabylei 31 mutmaßliche Terroristen getötet.
Dutzende von inhaftierten Berber-Aktivisten werden aufgrund einer Amnestie entlassen.
- Oktober 2002** In einer vom Europaparlament verabschiedeten Erklärung fordern die Abgeordneten die algerische Regierung auf, mehr für die Gewährung der Grundrechte zu tun. Besonders gelte

dies für die Presse- und Vereinigungsfreiheit. Das Europaparlament gab gleichzeitig seine Zustimmung zu einem Kooperationsabkommen der EU mit Algerien.

Bei den Kommunalwahlen wird die FLN stärkste Kraft; die Wahlbeteiligung war gegenüber den Parlamentswahlen wenige Monate zuvor nochmals gesunken und lag nach offiziellen Angaben bei 50%.

November 2002 Der französische TV-Sender Canal+ beschuldigt in einem Beitrag mehrere hohe algerische Offiziere und Agenten, direkt hinter den Anschlägen der GIA zu stecken. Die zweijährigen Recherchen des Autoren Rivoire ergaben, dass der ehemalige GIA-Führer Djamel Zitouni 1992 vom militärischen Geheimdienst DRS rekrutiert wurde. Zitouni, der 1996 bei einem internen Streit erschossen wurde, war nach Angaben Rivoires auch mit der Durchführung von Attentaten in Frankreich beauftragt worden.

Bei einer Bombenexplosion bei Tizi-Ouzou wurden neun Soldaten getötet und zwölf verletzt.

Dezember 2002 Die französische Tageszeitung Libération veröffentlicht die Aussagen des ehemaligen Geheimdienstlers **Abdelkader Tigha**, wonach das Militär eine Mitschuld an dem Massaker an den französischen Mönchen vom 30. Mai 1996 trägt, das international großes Aufsehen erregt hatte. Der stellvertretende GIA-Führer Mouloud Azzout habe Zugang zur Kaserne unweit von Médéa gehabt, wohin die Mönche kurz vor ihrer Ermordung gebracht worden waren. Mouloud selbst habe die Mönche in der Kaserne verhört, bevor sie in die Hände der GIA zurückgegeben worden seien.

Januar 2003 Bei einem Anschlag auf einen Militärkonvoi im Nordosten des Landes werden 43 Soldaten getötet und 19 verletzt. In einem Dorf bei Blida südwestlich von Algier werden 13 Menschen ermordet.

In Tizi-Ouzou wird eine Demonstration von der Polizei mit Tränengas aufgelöst.

Feb/März 2003 Eine Delegation von amnesty international erhält eine Einreiseerlaubnis nach Algerien und führt Gespräche mit Regierungsvertretern, mit Vertretern der Nichtregierungsorganisationen und mit Opfern der Gewalt. Die Delegation stellt mit großer Sorge fest, dass noch immer bis zu 100 Menschen monatlich der Gewalt zum Opfer fallen. Gleichzeitig begrüßt sie die wachsende Offenheit für Menschenrechtsfragen innerhalb der algerischen Zivilgesellschaft. Sie fordert die Regierung auf, die Versprechen zur Lösung der Menschenrechtskrise einzulösen und Reformen in die Tat umzusetzen. ai kritisiert die Amnestie für ehemalige Mitglieder der bewaffneten Gruppen, da dadurch die Wahrheitsfindung beeinträchtigt wird.

Human Rights Watch veröffentlicht einen Bericht über Algerien, in dem die Zahl der „Verschwundenen“ mit mindestens 7000 angegeben wird.

Jacques Chirac unternimmt den ersten offiziellen Staatsbesuch eines französischen Präsidenten in Algerien seit der Unabhängigkeit des Landes. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigen beide Länder den Willen zu einer Verstärkung der politischen, wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Romano Prodi, besucht Algerien und unterstreicht in einer Rede vor der Nationalversammlung den Willen der EU, die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Algerien zu vertiefen.

Im Süden Algeriens werden 32 Touristen, darunter 16 Deutsche, entführt.

Mai 2003 Präsident Bouteflika entlässt Premierminister Ali Benflis. Neuer Premierminister wird Ahmed Ouyahia.

Bei einem Erdbeben in der Region Algier kommen über 2200 Menschen ums Leben.

Von den in der Sahara entführten europäischen Touristen werden 17 befreit. Für die Entführung wird ein Arm der GSPC verantwortlich gemacht.

Nach Presseberichten sind in den ersten fünf Monaten des Jahres bei Auseinandersetzungen zwischen Armee und bewaffneten Gruppen über 480 Personen ums Leben gekommen.

Juni 2003 Im Westen Algeriens werden an einer Straßenkreuzung 12 Personen mit Maschinengewehren erschossen.

Bei Tizi-Ouzou werden in einem Hinterhalt 10 Polizisten erschossen.

Die International Crisis Group veröffentlicht einen ausführlichen Bericht über die Protestbewegung in der Kabylei. Sie fordert die Bewegung zur Gewaltfreiheit auf und fordert von der Regierung, mit der Bewegung in einen Dialog einzutreten.

Mehrere Mitglieder der Aarch, lokaler Komitees aus der Kabylei, die beanspruchen, Interessen der Bevölkerung zu vertreten, werden aus der Haft entlassen.

Juli 2003

Nach zwölf Jahren Haft und Hausarrest kommen die beiden Führer der FIS, Abassi Madani und Ali Benhadj, frei. Politische Aktivitäten bleiben ihnen weiterhin verboten.

In der Nähe von Tizi Ouzou, 110km östlich von Algier, wird ein Abgeordneter der FLN an einer Straßensperre erschossen.

Bei einer Militäraktion werden zwei Soldaten durch eine Bombenexplosion getötet. Die Aktion folgte einem Überfall, bei dem vier Menschen getötet worden waren.

Bei einer Militäraktion in Bouira im Osten des Landes tötete das algerische Militär 21 mutmaßliche Terroristen.

August 2003

Die restlichen 14 entführten Touristen aus Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden werden freigelassen. Für ihre Entführung wird die GSPC (Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf) verantwortlich gemacht.

Sept. 2003

Präsident Bouteflika setzt eine Kommission ein, die das Schicksal der „Verschwundenen“ untersuchen soll. amnesty international begrüßt diese Maßnahme und fordert gleichzeitig, dass diese Kommission unabhängig arbeiten kann und Zugang zu den Archiven von Militär und Sicherheitsdiensten erhält.

Amnesty international veröffentlicht den Bericht „Algeria: Steps towards change or empty promises?“ ai beschreibt darin zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, wie etwa die verbreitete Anwendung von Folter.

Algerische Regierungstruppen haben nach eigenen Angaben in einer Bergregion im Osten des Landes 150 Mitglieder der GSPC getötet.

Oktober 2003

Anlässlich des Treffens des algerischen Außenministers mit Vertretern der italienischen EU-Ratspräsidentschaft fordert amnesty international den Schutz von Menschenrechtsverteidigern in Algerien, die Aufklärung des Schicksals der „Verschwundenen“ sowie die fachliche Autopsie der Leichen, die in Massengräbern gefunden worden waren.

Der Menschenrechtsverteidiger Salaheddine Sidhoum erhält in einem Prozess einen Freispruch, nachdem er sich den Behörden gestellt hatte. Sidhoum hatte seit 1994 im Verborgenen gelebt, nachdem er viele Fälle von Folter, extralegalen Hinrichtungen und „Verschwindenlassen“ dokumentiert hatte und sowohl von Sicherheitskräften als auch von bewaffneten Gruppen bedroht worden war. 1997 war er wegen Unterminierung des Staates und subversiven Akten in Abwesenheit zu 20 Jahren Haft verurteilt worden.

November 2003

Bei zwei Militäroffensiven werden insgesamt 12 mutmaßliche Islamisten getötet.

Der spanische Präsident Aznar besucht Algerien. In seinen Gesprächen u.a. mit Präsident Bouteflika geht es um wirtschaftlichen Zusammenarbeit, das Westsahara-Problem und den Kampf gegen Terrorismus.

Dezember 2003

US-Außenminister Powell besucht Algerien. In seinen Gesprächen geht es um den Kampf gegen Terrorismus und die verstärkte Zusammenarbeit der NATO mit Algerien. Auch die deutsche Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung, Uschi Eid, besucht Algier. Im Mittelpunkt ihrer Gespräche steht die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder.

Januar 2004

Nach Angaben der Regierung starben im Jahr 2003 bei den Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Gruppen und den Sicherheitskräften sowie bei Angriffen auf Zivilisten insgesamt 1162 Personen.

Vor dem Parlamentsgebäude in Algier wird eine Demonstration gewaltsam aufgelöst. Die Demonstranten, darunter auch etwa 100 Parlamentsabgeordnete, protestieren gegen die durch ein Gericht angeordnete Suspension der Aktivitäten der FLN. Die FLN unterstützt im Präsidentschaftswahlkampf Ali Benflis, den früheren Premierminister und jetzigen Generalsekretär der FLN.

In der Region Relizane werden die sterblichen Überreste zahlreicher Menschen aus einem Massengrab entfernt, vermutlich um Beweise für Menschenrechtsverletzungen zu entfernen. ai hat wiederholt kritisiert, dass die algerischen Behörden die gefundenen Beweise nicht sichern. Seit 1998 wurden nach Presseberichten etwa ein Dutzend Massengräber entdeckt.

März 2004

Nach Medienberichten unterstützen mehrere Dutzend US-Soldaten die algerischen Sicherheitskräfte bei der Terrorismusbekämpfung in der Sahara.

7 Personen werden in Medea getötet, als ein Leichenzug an einer Straßensperre angegriffen wird.

Die Zeitungen El-Khabar, Liberté, Le Matin, El Watan, Le Soir d'Algérie, El-Fedjr und Akhar Saâ verklagen den Präsidenten Bouteflika wegen Aufforderung zu Hass und Gewalt in seinen Äußerungen über Journalisten während der Kampagne des laufenden Präsidentschaftswahlkampfes.

April 2004

Bei den Präsidentschaftswahlen wird nach offiziellen Angaben Präsident Bouteflika im ersten Wahlgang mit 83% der Stimmen wiedergewählt. Sein wichtigster Herausforderer, der frühere Premierminister Ali Benflis (FLN), erhält angeblich nur 7,9%. Abdallah Djaballah, Kandidat der islamistischen Partei MRN, bekommt 4,8%. Weitere Bewerber um das Präsidentenamt sind Said Saadi (RCD, 1,9%), Louisa Hanoun (PT, 1,1%) und Fauzi Rebaine (0,6%). Die Wahlbeteiligung soll landesweit bei 59% liegen. Benflis und Djaballah erheben unmittelbare nach der Wahl schwere Manipulationsvorwürfe und berichten von verbrannten Wahlzetteln und Wahllokalen, zu denen unabhängigen Beobachtern der Weg versperrt wurde. Die etwa 130 internationalen Beobachter, darunter 5 von der EU, können jedoch nur kleinere Unregelmäßigkeiten feststellen. In der Kabylei hatten Teile der Aarch zum Boykott aufgerufen; über 600 Wahllokale wurden in der Region blockiert oder zerstört. Mehrere prominente Kandidaten, darunter Ahmed Taleb Ibrahim und der frühere Regierungschef Ahmed Ghazali, waren nicht zur Wahl zugelassen worden. Nach der Wahl feiern die Anhänger von Bouteflika seinen Sieg mit Umzügen. Eine Protestkundgebung der Organisationen von Benflis, Djaballah und Saadi wird dagegen in Algier von den Sicherheitskräften aufgelöst.

Juni 2004

In einem Hinterhalt bei Ouadas in der Region Bejaia werden 10 Soldaten getötet.

Bei einer militärischen Offensive gegen bewaffnete Gruppen werden in der Kabylei zahlreiche Anhänger der GSPC getötet, darunter angeblich auch ihr Anführer Nabil Sahraoui.

In einem Elektrizitätswerk in Algier ereignet sich eine heftige Explosion, die vermutlich auf einen Anschlag zurückgeht.

Der Journalist Mohamed Benchicou, Direktor der Tageszeitung „Le Matin“, wird wegen Devisenvergehen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und in Haft genommen. Benchicou hatte Anfang des Jahres sein Buch „Bouteflika: une imposture algérienne“ veröffentlicht, in dem er den Präsidenten angreift. Im vergangenen Jahr hatte Benchicou Innenminister Zerhouni bezichtigt, für einen Fall von Folter verantwortlich zu sein. Benchicou war nun vorgeworfen worden, Einzahlungsbelege von Banken ohne Deklaration über die Grenze gebracht zu haben.

Der Journalist Hafnaoui Ghoul wird zu einer zweimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt und in Haft genommen, nachdem er auf Missstände in einem Krankenhaus aufmerksam gemacht hat. 39 weitere Klagen aufgrund kritischer Berichte sind gegen ihn anhängig.

Das Redaktionsgebäude der Tageszeitung „Le Matin“ wird zwangsversteigert, nachdem der Staat Steuernachzahlungen für die Jahre 1998-2001 eingefordert hatte.

Juli 2004

Die Tageszeitung „Le Matin“ muss ihr Erscheinen einstellen, da die staatlichen Monopoldruckereien ihr nur eine kurze Frist zur Begleichung ausstehender Schulden lassen.

Ahmed Benaoum, Direktor der Pressegruppe Er-raï El Aam, und Ahmed Oukili, Direktor der Zeitung Erraï, werden von einem Gericht in Oran zu zwei Monaten Haft ohne Bewährung wegen Beleidigung eines Verfassungsgremiums verurteilt. Das Verteidigungsministerium hatte Anzeige erstattet, nachdem in Erraï Artikel erschienen waren, die den Sicherheitschef der Region Oran kritisiert hatten.

Kamel Gaci, Journalist bei „Le Soir d'Algérie“, wird durch das Gericht von Bejaia zu zwei Monaten Haft auf Bewährung und einer Strafe von 5000 Dinar verurteilt. Gaci hatte Vorwürfe eines Bürgers veröffentlicht, dass in einer Klinik abgelaufene Impfstoffe verwendet worden seien.

August 2004

Stabschef Mohamed Lamari tritt zurück, angeblich aus Gesundheitsgründen. Sein Nachfolger wird Salah Ahmed Gaid. Auch weitere führende Posten in der Armee und im Verteidigungsministerium werden mit Anhängern Bouteflikas besetzt. Lamari hatte im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen öffentlich erklärt, dass sich die Armee bei den Wahlen neutral verhalten werde. Dies war als Unterstützung für Benflis verstanden worden.

Oktober 2004

Bundeskanzler Schröder besucht Algerien. Schröder lobt die Fortschritte bei der Bekämpfung des Terrorismus und stellt den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen

zwischen Algerien und Deutschland in Aussicht. Deutschland hofft auf die vermehrte Lieferung von Erdgas aus Algerien.

Nach Angaben einer Vereinigung von Opfern des Terrorismus sind mindestens 200 ehemalige Mitglieder bewaffneter Gruppen zu Opfern ihrer früheren Verbündeten geworden, nachdem sie sich zur Kooperation mit den Sicherheitskräften entschlossen haben.

An einer Straßensperre von bewaffneten Gruppen werden nahe bei Medea 16 Zivilisten ermordet.

In Bordj El Bahri werden zwei Kommunalpolitiker erschossen.

Amari Saifi (bekannt auch als „Abderrezak El Para“), der mutmaßliche Anführer der Entführer europäischer Touristen in der Sahara, wird von Libyen an Algerien ausgeliefert.

November 2004 In einer Rede anlässlich des 50. Jahrestags des Beginns des Aufstandes gegen Frankreich befürwortet Bouteflika eine allgemeine Amnestie für alle Taten, die im Rahmen politischer Ereignisse begangen wurden.

Ein Entwurf für eine Reform des Familienrechts wird veröffentlicht. Er enthält die Angleichung des Heiratsalters beider Geschlechter auf 19 Jahre, die Abschaffung des Vormunds für die Frau, ein Verbot der Polygamie, ein Scheidungsrecht auch für die Frau. In der MSP, der Partei El-Islah und in Teilen der FLN werden die Vorschläge mit dem Argument abgelehnt, dass sie gegen das islamische Recht verstoßen.

Nach mehr als fünf Monaten Haft wird der Journalist Hafnaoui Ghouli aus dem Gefängnis entlassen.

Dezember 2004 In einer Reihe von Prozessen wegen Diffamierung des Präsidenten und der Armee werden mehrere Journalisten in erster Instanz zu Geld- und Haftstrafen verurteilt. Der Karikaturist Ali Dilem erhält eine Haftstrafe von sechs Monaten ohne Bewährung. Alle Verurteilten bleiben jedoch auf freiem Fuß, da die Urteile noch nicht rechtskräftig sind.

Januar 2005 Nach Angaben der Regierung starben im Jahr 2004 bei den Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Gruppen und den Sicherheitskräften sowie bei Angriffen auf Zivilisten insgesamt 429 Personen.

Bei einem Angriff auf einen Militärkonvoi werden bei Biskra 13 Soldaten und 5 Mitglieder einer Bürgermiliz getötet.

In einem Bericht an das UN-Komitee für die Umsetzung des Abkommens zur Abschaffung jeder Diskriminierung der Frau (CEDAW) wirft die algerische Regierung vor, Frauen nicht ausreichend gegen Vergewaltigungen, häusliche Gewalt und rechtliche und wirtschaftliche Diskriminierung zu schützen.

Die algerische Regierung und Vertreter von lokalen Komitees aus der Kabylei (Aarch) einigen sich auf ein Abkommen. Die Regierung akzeptiert die Forderungen der Berber, die sog. Plattform von El Kseur. Die Opfer der Unruhen von 2001 sollen entschädigt und Verantwortliche unter den Sicherheitskräften strafrechtlich verfolgt werden. Die Berbersprache Tamazight soll als nationale Sprache anerkannt werden. Ein gemeinsames Komitee soll die Umsetzung der Maßnahmen begutachten und den Dialog zwischen der Regierung und den Aarch fortführen.

Ein anglikanischer Pfarrer, der seit 43 Jahren in Algerien lebt, wird in Algier angegriffen und schwer verletzt. Die anglikanische Kirche wird beschuldigt, Muslime zum Übertritt zum Christentum bekehren zu wollen.

Bei einem Bombenattentat auf einem Friedhof bei Algier werden drei Personen getötet.

Omar Belhouche (Direktor der Tageszeitung El Watan), Ali Djjerri (Direktor von El Khabar) und die Journalistin Salima Tlemçani werden zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe verurteilt. Sie hatten 2003 einen Brief veröffentlicht, in dem mehrere Polizisten Vorwürfe gegen den Chef des nationalen Sicherheitsdienstes, Ali Tounsi, erhoben.

Auf einer Pressekonferenz wenden sich mehrere Menschenrechtsorganisationen gegen den Plan einer allgemeinen Amnestie. Zu den Organisationen zählen SOS Disparus, LADDH (Ligue algérienne des droits de l'Homme), ANFD (Association nationale des familles des disparus), das Collectif des familles des disparus en Algérie, ONVTAD (Organisation nationale des victimes du terrorisme et ayants droit) und Somoud.

März 2005 Die Reform des Familienrechts wird im Parlament verabschiedet. Entgegen den ursprünglichen Plänen wird der Vormund für die Frau nicht abgeschafft, aber kann nun von

dieser bestimmt werden. Auch die Polygamie wird nicht aufgehoben, jedoch von der Zustimmung aller Gattinnen abhängig gemacht. Die Scheidung durch Verstoßen ist nicht mehr möglich. Nach einer Scheidung muss der frühere Ehemann der Frau eine Unterkunft zur Verfügung stellen.

Die Ad-Hoc-Kommission unter Leitung von Farouk Ksentini, die von Präsident Bouteflika mit einer Untersuchung des Problems der „Verschwundenen“ beauftragt worden war, stellt ihren Bericht fertig, der jedoch nicht öffentlich gemacht wird. Ksentini spricht sich öffentlich für eine Entschädigung der Familien von „Verschwundenen“ sowie für eine allgemeine Amnestie für Mitglieder der Sicherheitskräfte aus. Er gibt zu, dass 6146 Personen im Gewahrsam der Sicherheitskräfte „verschwunden“ sind, und sagt, der Staat sei für diese Verbrechen „verantwortlich, aber nicht schuldig“.

- Mai 2005** Eine Delegation von Amnesty International besucht Algerien und führt zahlreiche Gespräche mit Mitgliedern der Zivilgesellschaft, Opfern von Menschenrechtsverletzungen und Regierungsvertretern. Amnesty fordert die algerische Regierung auf, Frauen stärker gegen Gewalt zu schützen, die Pressegesetze zu reformieren und Journalisten nicht zu Haftstrafen zu verurteilen. Amnesty fordert wirksame Maßnahmen gegen Folter und die Offenlegung der Wahrheit über die Gewaltverbrechen der Vergangenheit vor jeder allgemeinen Amnestie.
- Juni 2005** Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution zur Pressefreiheit in Algerien. Es vertritt die Auffassung, dass die Verschärfung des Presserechts von Mai 2001 eine Behinderung für die Ausübung des Journalistenberufs in Algerien darstellt und fordert die algerischen Behörden auf, Pressedelikte zu entkriminalisieren und die wegen Diffamierung zu Haftstrafen verurteilten Journalisten freizulassen.
- Juli 2005** Präsident Bouteflika kündigt ein Referendum über eine allgemeine Amnestie und weitere Maßnahmen zur „nationalen Versöhnung“ an, ohne Details zu nennen.
- In Algier protestieren nach einem Aufruf der FFS bis zu 1000 Personen gegen die vorzeitige Auflösung kommunaler Parlamente in der Kabylei durch Präsident Bouteflika.
- August 2005** Nach Presseberichten sind im Süden Algeriens bei Tamanrasset etwa 400 US-Soldaten stationiert, die dort eine Abhöranlage betreuen, die den gesamten nordafrikanischen Raum überwacht.
- Präsident Bouteflika gibt Details über die „Charta für den Frieden und die nationale Versöhnung“ bekannt, über die in einem Referendum abgestimmt werden soll.
- September 2005** Das Assoziationsabkommen von Algerien mit der EU tritt in Kraft. Bis 2012 sollen die Zölle für zahlreiche Produkte schrittweise gesenkt werden und eine Freihandelszone entstehen.
- Eine Woche vor dem Referendum wird in Constantine eine friedliche Demonstration mehrerer Angehöriger von „Verschwundenen“ von den Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst. Sechs Frauen werden festgenommen und von der Polizei mit Fäusten und Stöcken geschlagen.
- Nach Einschätzung der Regierung sind in Algerien noch etwa 1000 bewaffnete Kämpfer aktiv.
- Das Referendum über die „Charte pour la paix et la réconciliation nationale“ (Charta für den Frieden und die nationale Versöhnung) findet statt. Die Charta hat keine unmittelbare rechtliche Wirkung, sondern ermächtigt den Präsidenten, die in ihr beschriebenen Maßnahmen umzusetzen. Zu diesen Maßnahmen gehört eine Amnestie aller Mitglieder bewaffneter Gruppen, die sich den Behörden stellen oder die sich in Haft befinden, sofern diese Personen sich nicht an kollektiven Massakern, Vergewaltigungen und Bombenattentaten beteiligt haben. Familien von „Verschwundenen“ erhalten eine Entschädigung. Die positive Rolle der Sicherheitskräfte wird betont; niemand dürfe das Ansehen der algerischen Institutionen beschmutzen. Nach offiziellen Angaben stimmen 97,4% für die Charta, bei einer Beteiligung von 79,8%. Oppositionsparteien zweifeln die hohe Beteiligung an.
- M'hamed Benyamina wird in Oran verhaftet, angeblich auf Bitte französischer Behörden, und fünf Monate an einem unbekanntem Ort ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten. Im März 2006 wird er im Zusammenhang mit der Generalamnestie freigelassen.
- Oktober 2005** Außenminister Abdelaziz Belkhadem lehnt die Idee ab, in Nordafrika von der EU finanzierte Aufnahmezentren für Flüchtlinge aus der Subsahara zu schaffen. Die Idee war von den Innenministern Deutschlands und Italiens aufgebracht worden. Angeblich halten sich etwa 20.000 Migranten, die auf dem Weg nach Europa sind, in Algerien in der Nähe der marokkanischen Grenze auf. An den marokkanisch-spanischen Grenzen bei Ceuta und

Melilla war es zu einem Anstieg der Migrantenzahlen und zu gewaltsamen Reaktionen der Grenzpolizisten gekommen. Dabei starben mindestens 13 Menschen.

November 2005 In der Kabylei finden Kommunalwahlen statt, nachdem Präsident Bouteflika die Gemeinderäte aufgrund der Einigung mit den Aarch aufgelöst hatte. Die Wahlbeteiligung war bei den vorherigen Wahlen 2002 aufgrund eines Boykotts extrem niedrig. Jetzt liegt sie bei 30%. Größte Gewinner der Wahl sind die Berber-Parteien FFS und RCD.

Dezember 2005 Ein großes Camp bei Maghnia an der marokkanischen Grenze, in dem sich Hunderte Migranten aus Gebieten südlich der Sahara aufhalten, wird über Nacht zerstört. Die Migranten werden zum größten Teil in ihre Heimatländer zurückgebracht. Bisher hatte Algerien den Transit von Migranten, die in der Regel auf dem Weg nach Marokko waren, toleriert. Nach dem Anstieg der Migrantenzahlen bei Ceuta und Melilla hatte die EU Marokko und Algerien zu stärkerer Kooperation in Migrationsfragen aufgefordert.

Die Strafen, zu denen zahlreiche Journalisten für verschiedene Artikel verurteilt worden waren, werden in zweiter Instanz bestätigt oder sogar verschärft.

Januar 2006 Nach Angaben der Regierung starben im Jahr 2005 bei den Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Gruppen und den Sicherheitskräften insgesamt 488 Personen, davon 76 durch Extremisten getötete Zivilisten und 177 Mitglieder der Sicherheitskräfte.

Nouamane Meziche wird kurz nach seiner Ankunft aus Deutschland von der Grenzpolizei festgenommen und 45 Tage lang ohne rechtlichen Beistand und ohne Kontakt zur Außenwelt an einem geheimen Ort festgehalten. Erst nach dieser Zeit wird er im Februar einem Richter vorgeführt.

Bachir El Arabi, Mitarbeiter der Zeitung El Khabar, wird in Haft genommen, nachdem er wegen Diffamierung verurteilt worden war. El Arabi hatte konkrete Korruptionsvorwürfe gegenüber regionalen Behörden geäußert. Er kommt nach einem Monat wieder frei.

Februar 2006 Im Zusammenhang des „Karikaturen-Streits“ werden die Direktoren der Zeitungen Errisala und Essafir verhaftet, die die dänischen Mohammed-Karikaturen abgedruckt hatten. Sie werden Mitte März wieder freigelassen.

Der Karikaturist Ali Dilem wird wegen seiner Karikaturen des algerischen Präsidenten Bouteflika, die 2003 erschienen sind, in zweiter Instanz zu einem Jahr Haft ohne Bewährung verurteilt. Zu diesem Zeitpunkt sind weitere 24 Verfahren gegen ihn anhängig.

Die „Charta für Frieden und nationale Versöhnung“ wird durch mehrere präsidentielle Verordnungen umgesetzt. Die Verordnungen enthalten u.a. folgende Maßnahmen: Ehemalige Kämpfer, die sich in Haft befinden oder die sich den Behörden stellen, werden begnadigt und alle Verfahren gegen sie beendet, wenn sie sich nicht an Bombenattentaten an öffentlichen Plätzen, Vergewaltigungen oder kollektiven Massakern beteiligt haben. Taten, die Angehörige der Sicherheitskräfte im Rahmen der „Rettung der Nation“ unternommen haben, sind von jeder juristischen Verfolgung ausgenommen. Personen, die die Religion im Zusammenhang der bewaffneten Auseinandersetzungen „instrumentalisiert“ haben, dürfen sich nicht politisch betätigen. „Verschwundene“ werden als „Opfer der nationalen Tragödie“ anerkannt; ihre Angehörigen erhalten Entschädigungszahlungen. Wer durch seine Äußerungen die „nationale Tragödie“ instrumentalisiert, um die staatlichen Institutionen oder das internationale Ansehen Algeriens zu beschädigen, kann mit hohen Geld- oder Haftstrafen bestraft werden. Die Verordnungen werden kurz darauf vom Parlament bestätigt.

Bei einem Besuch in Algerien diskutiert US-Verteidigungsminister Rumsfeld den Verkauf amerikanischer Rüstungsgüter an Algerien.

März 2006 Im Zusammenhang der Generalamnestie werden über 2200 Personen aus der Haft entlassen. Es ist unklar, auf welche Weise überprüft wird, dass von der Amnestie keine Personen profitieren, die sich an Bombenattentaten, Vergewaltigungen und kollektiven Massakern beteiligt haben – diese Gruppen werden durch die Verordnung von der Amnestie ausgenommen.

Hakim Laâlam, Journalist bei der Tageszeitung „Le Soir d'Algérie“, wird wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes zu sechs Monaten Haft verurteilt.

Abdelmajid Touati, ein aus Tiaret stammender Maurer, „verschwindet“ und wird ohne Kontakt zur Außenwelt an einem unbekanntem Ort festgehalten. Erst am 11. September wird Touati einem Richter vorgeführt.

Nach Presseberichten sind Verhandlungen zwischen Großbritannien und Algerien über ein Abkommen gescheitert, das abgeschobenen terrorverdächtigen Personen garantieren sollte,

in Algerien nicht gefoltert zu werden. Algerien akzeptiert nicht, dass ausländische Beamte die Situation der Abgeschobenen überprüfen können.

Erstmalig machen algerische Behörden Angaben über die Anzahl der Personen, die in den Auseinandersetzungen der 1990er Jahre durch die Sicherheitskräfte getötet wurden. Premierminister Ouyahia beziffert die Zahl der getöteten Mitglieder bewaffneter islamistischer Gruppen auf 17.000.

Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das es unter Strafe stellt, einen Muslim zum Übertritt zu einer anderen Religion zu bewegen. Angeblich missionieren evangelikale Christen besonders in der Kabylei.

Algerien kauft von Russland Rüstungsgüter im Wert von mehreren Milliarden Dollar, darunter Tutzende Kampfflugzeuge, Panzer und Abwehrraketen.

Premierminister Ouyahia gibt öffentlich zu, dass bei einem Massaker in der Nähe von Rélizane im Januar 1998 in einer Nacht etwa 1000 Dorfbewohner getötet wurden. Bisher war offiziell von 100 bis 150 Todesopfern die Rede gewesen.

Das UN-Menschenrechtskomitee urteilt im Fall zweier „Verschwundener“, dass Algerien mehrere Artikel des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte verletzt hat.

Mai 2006

Präsident Bouteflika begnadigt Journalisten, die wegen Beleidigung des Präsidenten verurteilt worden waren. Es sind nur Fälle betroffen, in denen alle Rechtsmittel ausgeschöpft sind. Reporter ohne Grenzen kritisiert, dass daher de facto kein einziger Journalist von der Begnadigung profitiert.

Der Karikaturist Ali Dilem wird mit dem Cartoonists Rights Network Award ausgezeichnet.

Premierminister Ahmed Ouyahia tritt zurück. Zu seinem Nachfolger wird Abdelaziz Belkhadem ernannt, Vorsitzender der FLN.

Die erste Sitzung des Assoziationsrates, der die Umsetzung des Assoziationsabkommens Algeriens mit der EU begleitet, findet statt. Wichtige Ziele der EU sind die Sicherung von Energielieferungen, insbesondere Erdgas, sowie die Senkung der Zahl von Migranten, die über das Mittelmeer nach Europa kommen.

Nachdem ein Streik der Hochschullehrer für illegal erklärt worden ist, werden gewerkschaftlich engagierte Hochschullehrer in mehreren Städten von der Polizei verhört.

Juni 2006

Mohammed Benchicou, ehemaliger Direktor der Tageszeitung Le Matin, wird aus dem Gefängnis entlassen, nachdem er seine zweijährige Haftstrafe verbüßt hat. In der Haft war ihm eine dringend notwendige neurologische Behandlung verweigert worden.

Großbritannien schiebt zwei algerische Staatsangehörige mit der Begründung ab, dass sie eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen. Die beiden Männer werden am Flughafen verhaftet und verbringen fünf bzw. sechs Tage in Haft ohne Kontakt zur Außenwelt.

Premierminister Belkhadem stellt Pläne für eine Verfassungsreform vor: Die Anzahl der Amtsperioden des Präsidenten soll nicht begrenzt werden (bisher ist sie auf zwei begrenzt, Bouteflika könnte daher 2009 nicht zur Wiederwahl antreten); ein Stellvertreter des Präsidenten soll eingeführt werden. Die Pläne werden jedoch zunächst nicht verwirklicht.

Juli 2006

Präsident Bouteflika begnadigt zahlreiche in erster Instanz aufgrund ihrer Berichterstattung verurteilte Journalisten; anhängige Prozesse werden mit symbolischen Strafen abgeschlossen. Reporter ohne Grenzen kritisiert aber, dass das Grundproblem, die strengen Pressegesetze, damit nicht gelöst sei.

amnesty international veröffentlicht den Bericht „Unrestrained Powers: Torture by Algeria's Military Security“. In dem Bericht wird festgestellt, dass der algerische Militärgeheimdienst DRS weiterhin geheime Haft und Folter systematisch anwendet. Insbesondere Personen, die des Terrorismus verdächtigt werden, werden zum Teil monatelang in nicht öffentlich bekannten Haftanstalten festgehalten. Angehörige werden nicht über die Verhaftung informiert, Kontakt zur Außenwelt oder zu Anwälten ist nicht möglich, die medizinische Versorgung ist unzureichend. Es werden zahlreiche Foltermethoden angewandt, wie Schläge, Aufhängen an der Decke, Elektroschocks und das erzwungene Trinken großer Mengen von dreckigem Wasser, Chemikalien oder Urin. Zivile Behörden üben über die Haftanstalten des DRS keine effektive Kontrolle aus.

Die Gründung einer zentralen Behörde zum Kampf gegen die illegale Einwanderung wird bekanntgegeben. Die Behörde wird an die Grenzpolizei angegliedert.

- August 2006** Die Anwälte Hassiba Boumerdesi und Amine Sidhoum werden angeklagt, verbotene Gegenstände in ein Gefängnis geschmuggelt zu haben. Bei den verbotenen Gegenständen handelt es sich um ein Protokoll einer Gerichtsverhandlung über den Fall eines Mandanten sowie um mehrere Visitenkarten mit den Kontaktdaten von Amine Sidhoum.
- An der Küste bei Algier explodieren eine Reihe von Bomben.
- Die offizielle Frist, bis zu der sich Kämpfer stellen sollten, um von der Amnestie zu profitieren, läuft aus. Präsident Bouteflika lehnt eine Verlängerung ab, lässt aber erkennen, dass Kämpfer auch künftig mit Milde rechnen könnten, wenn sie die Waffen niederlegen. Innenminister Yazid Zerhouni gibt an, dass sich 250 bis 300 Kämpfer im Rahmen der Amnestie gestellt hätten. 500 Kämpfer sollen getötet worden sein, 100 Kämpfer seien noch aktiv. Zahlreiche ehemalige Kämpfer erhalten Pensionszahlungen vom Staat. Ebenso erhalten Familien Kompensationszahlungen für „Verschwundene“. Diese Gelder sind allerdings daran gebunden, dass die Angehörigen eine Todesurkunde beantragen.
- September 2006** Rabah Kébir, der 15 Jahre lang den Auslandsarm der FIS aus dem deutschen Exil leitete, kehrt nach Algerien zurück. Er wird nicht gerichtlich verfolgt, darf sich aber nicht politisch betätigen. Kébir äußerte jedoch seine Absicht, wieder politisch tätig zu werden, und hofft auf Aufhebung des Verbots.
- Oktober 2006** In der Nähe von Algier explodieren vor verschiedenen Polizeistationen nahezu gleichzeitig zwei Autobomben. Drei Menschen werden getötet.
- Rabah Aïssat, Präsident des Regionalparlaments von Tizi Ouzou und Politiker der FFS, wird ermordet.
- November 2006** Nach Angaben von Ould Abbes, Minister für Arbeit und Solidarität, haben bis November 2640 Familien von „Verschwundenen“ Zahlungen erhalten, die er insgesamt auf ca. 29 Millionen € bezifferte.
- Ali Fodil, Direktor der Zeitung "Ech-Chourouk", und die Journalistin Naila Berrahal werden in Hussein Dey bei Algier aufgrund einer Veröffentlichung zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt.
- Bei einer Offensive der Armee gegen bewaffnete Gruppen bei Bouira werden mindestens sieben Soldaten getötet.
- Der deutsche Außenminister Steinmeier besucht Algerien.
- Dezember 2006** Erstmals seit langem werden wieder Ausländer Opfer eines Attentats. Ein Bus mit Mitarbeitern einer amerikanisch-algerischen Ölfirma wird gesprengt, wobei eine Person stirbt und 9 Personen verletzt werden.
- Von einem Gericht in Jijel werden Omar Belhouchet, Herausgeber der Tageszeitung "El Watan", und der Journalist Chawki Amari für einen Artikel, in dem Korruptionsvorwürfe gegen den lokalen Präfekten geäußert wurden, zu drei Monaten Haft verurteilt.
- Januar 2007** Nach Angaben der Regierung starben im Jahr 2006 bei den Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Gruppen und den Sicherheitskräften insgesamt 323 Personen, davon 54 durch Extremisten getötete Zivilisten und 90 Mitglieder der Sicherheitskräfte.
- Die bewaffnete Gruppe GSPC („Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf“) gibt bekannt, dass sie sich in „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ umbenannt hat. Anscheinend geschah dies mit Billigung von Führungspersonen der Al-Qaida.
- August Hanning, Staatssekretär im deutschen Innenministerium, besucht Algerien. Nach Berichten des „Spiegels“ führt er Gespräche über die Erweiterung des Austauschs von Geheimdienstinformationen über mutmaßliche Terroristen sowie um die Vorbereitung eines bilateralen Abkommens zur Abschiebung von terrorverdächtigen Algeriern.
- In den Moscheen wird eine landesweite Kampagne gegen illegale Auswanderung durchgeführt.
- Großbritannien schiebt vier Personen, die der Unterstützung des Terrorismus verdächtigt werden, nach Algerien ab. Sie werden bei oder einige Tage nach ihrer Ankunft in Algerien verhaftet. Drei Personen werden elf bis zwölf Tage ohne rechtlichen Beistand und, mit Ausnahme eines Telefonats, ohne Kontakt zur Außenwelt an einem geheimen Ort festgehalten, bevor sie dem Richter vorgeführt bzw. entlassen werden.
- Februar 2007** Algerien unterzeichnet die UN-Konvention für den Schutz aller Personen vor erzwungenem Verschwinden.

Eine internationale Konferenz zum Thema „Wahrheit, Frieden und Versöhnung“, auf der sich Vereine der Angehörigen von Verschwundenen, Verbände von Opfern des Terrorismus und Menschenrechtsorganisationen austauschen wollen, wird in Algier verboten und von den Sicherheitskräften verhindert. Ausländischen Experten zur Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen wird die Einreise verweigert.

Bei einem Besuch des UNHCR in den Flüchtlingscamps von Westsaharern bei Tindouf wird festgestellt, dass die Versorgungslage der ca. 90.000 Bewohner des Camps sehr schlecht ist und viele unter Unterernährung leiden. Die Westsaharer dürfen sich ohne Erlaubnis der Polisario, die die Camps kontrolliert, in Algerien nicht frei bewegen.

Nahezu gleichzeitig explodieren in verschiedenen Städten sieben Bomben, darunter fünf große Autobomben. Mehrere Polizeistationen werden zerstört. Die „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ bekennt sich zu den Attentaten.

Bei einer Operation der Polizei werden 26 Mitglieder bewaffneter Gruppen getötet und 35 festgenommen.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik veröffentlicht ein Papier über bewaffnete Gruppierungen im Maghreb. Das Papier stellt fest, dass die Gefahr von Anschlägen durch internationale Vernetzung von bewaffneten Kämpfern gestiegen ist. Den europäischen Staaten wird geraten, im Kontakt zu den nordafrikanischen Staaten auf die Achtung von Menschenrechtsstandards bei der Terrorismusbekämpfung zu dringen und politische Reformen deutlicher als bisher anzumahnen.

März 2007

Bei einem Anschlag auf einen Bus, der algerische und russische Experten für den Bau einer Erdgasleitung transportierte, werden bei Ain Desla 4 Personen getötet. Bei Beni Yeni werden in einem Hinterhalt sieben Polizisten getötet.

In Brüssel findet die Konferenz zum Thema „Wahrheit, Frieden und Versöhnung“ von algerischen Angehörigen von Verschwundenen, Verbänden von Opfern des Terrorismus und Menschenrechtsorganisationen statt. Die Konferenz war im Februar in Algier verboten worden. Die Teilnehmer einigen sich auf verschiedene Forderungen, wie die Einrichtung einer Wahrheitskommission und die Gewährung von Meinungsfreiheit.

Sofiane Chouiter, Rechtsanwalt und Mitglied der Organisation „SOS Disparus“, wird bei seiner Rückkehr aus dem Ausland von der Polizei festgehalten und über seine Teilnahme an der Brüsseler Konferenz und über seine Anhörung vor dem Menschenrechtsausschuss des Europäischen Parlaments befragt. Im Juni 2007 wird Chouiter erneut von der Polizei befragt, als er von einem Seminar aus Marokko zurückkehrt. Ihm wird mitgeteilt, dass seine Handlungen nach Artikel 46 der Verordnung zur Umsetzung der „Charta für Frieden und nationale Versöhnung“ strafbar gewesen sein könnten.

Im Prozess um den Bankrott der Khalifa-Gruppe werden 39 Angeklagte zu teilweise langen Haftstrafen verurteilt. Rafik Khalifa wird in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt. Bei dem Bankrott der Gruppe im Jahr 2003 wurde festgestellt, dass über eine Milliarde Dollar veruntreut worden waren.

Algerien und Tunesien unterzeichnen ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus. In den letzten Monaten wurde vermehrt über die Vernetzung extremistischer Gruppen innerhalb des Maghreb berichtet.

April 2007

Nach einem Bericht der Zeitung „El Khabar“ hält Algerien 120 Personen in Haft, die sich am Aufstand im Irak beteiligt haben oder beteiligen wollen.

In Katar beraten sich 14 Erdgas-produzierende Staaten über eine eventuelle Gründung einer Organisation, die wie die OPEC beim Erdöl den Weltmarkt für Erdgas dominieren soll. Zu den teilnehmenden Staaten zählen Russland, der Iran, Algerien, Katar und Venezuela.

Bei zwei Attentaten gegen den Sitz des Premierministers und gegen ein Gebäude der Sicherheitskräfte am 11.4. in Algier sterben 30 Menschen, zahlreiche weitere werden schwer verletzt. Zu den Attentaten bekennt sich die „Al-Qaida im islamischen Maghreb“.

In verschiedenen Städten Algeriens finden Großdemonstrationen gegen die Attentate vom 11.4. statt. Auch oppositionelle politische Kräfte beteiligten sich an diesen Demonstrationen.

Zum zweiten Mal tagt der EU-Algerien-Assoziationsrat. Besondere Schwerpunkte der Gespräche sind Terrorismus, Geldwäsche und Migration.

Der Prozess gegen die Menschenrechtsverteidiger Hassiba Boumerdesi und Amine Sidhoum endet mit einem Freispruch.

Medienberichten zufolge wird Samir Mousaab, die zweithöchste Person der „Al-Qaida im islamischen Maghreb“, bei einer Armeeoperation beim Dorf Si Moustapha getötet.

Mai 2007

Bei den Parlamentswahlen gewinnt die Regierungskoalition eine deutliche Mehrheit. Die FLN bleibt stärkste Kraft im Parlament, verliert aber fast 70 Sitze und hat jetzt nur noch 136 Parlamentsabgeordnete (von insgesamt 389 zu vergebenden Parlamentssitzen). Ihre Partner kommen auf 62 (RND) bzw. 51 (MSP) Abgeordnete. Von den Oppositionsparteien erhält die trotzkistische PT 26 und die RCD 19 Sitze. Nach offiziellen Angaben wird nur eine geringe Wahlbeteiligung von 36,5% erreicht. Die FFS hatte zum Boykott der Wahl aufgerufen, weil die Wahlen nicht frei seien. Auch Abdallah Djaballah, der frühere Chef der islamistischen Partei EI-Islah, rief seine Anhänger zum Boykott der Wahlen auf.

Der deutsche Botschafter in Algier, Johannes Westerhoff, unterstreicht öffentlich, dass Deutschland bereit ist, die Zusammenarbeit mit Algerien beim Kampf gegen den Terrorismus, bei Abschiebungen und bei der Verhinderung illegaler Einwanderung auszubauen.

Bei Kämpfen in der Nähe von Tizi Ouzou kommen ein Soldat und sechs Mitglieder bewaffneter Gruppen ums Leben.

Bei einem Bombenanschlag auf ein Fahrzeug der Sicherheitskräfte kommt in Constantine eine Person ums Leben.

Die Zeitung „El Khabar“ berichtet, dass Algerien seit 2000 über 32.000 Migranten ausgewiesen hat.

Omar Belhouchet, der die Tageszeitung El Watan leitet, und der Kolumnist Chawki Amari werden zu zwei Monaten Haft und einer Geldstrafe von einer Million Dinar verurteilt. Ihnen wird zur Last gelegt, dass sie angeblich einen Präfekten verleumdet hätten, indem sie Korruptionsvorwürfe gegen ihn veröffentlicht haben.

Juni 2007

Präsident Bouteflika gibt die Zusammensetzung der neuen Regierung bekannt. Premierminister bleibt Abdelaziz Belkhadem, der Generalsekretär der FLN. Innenminister Yazid Zerhouni und Justizminister Tayeb Belaïz behalten ebenfalls ihr Amt. Neuer Außenminister wird Mourad Medelci.

Durch eine präsidentielle Verordnung werden zwei Institutionen geschaffen, die die Sprache der Berber (Tamazight) fördern sollen: eine Akademie mit wissenschaftlichen und kulturellen Zielen sowie ein Rat, der beim Präsidenten angesiedelt ist.

Algerien und die USA unterzeichnen einen Vertrag über die Zusammenarbeit bei der zivilen Nutzung von Kernenergie.

Großbritannien schiebt eine weitere Person, die der Unterstützung des Terrorismus verdächtigt wird, nach Algerien ab. Sie wird verhaftet und zehn Tage lang ohne rechtlichen Beistand und ohne Kontakt zur Außenwelt an einem geheimen Ort festgehalten, bevor sie wieder freigelassen wird.

Juli 2007

Der Präfekt der Region Tizi Ouzou übersteht ein Bombenattentat auf seinen Konvoi unverletzt.

Bei einem Selbstmordattentat auf die Kaserne von Lakhdaria kommen zehn Personen ums Leben.

Der neugewählte französische Präsident Sarkozy besucht Algerien und präsentiert seinen Plan einer Mittelmeer-Union, d.h. einer institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Mittelmeerraums. Die Resonanz auf den Plan ist jedoch zunächst verhalten.

August 2007

Bei heftigen Kämpfen zwischen Armee und bewaffneten Gruppen, hauptsächlich in der Region von Tizi Ouzou, sterben im August 29 Menschen.

Madani Mezrag, ehemaliger Chef der AIS, kündigt zusammen mit Ali Benhadj die Gründung einer neuen islamistischen Partei an.

27 Personen anscheinend kongolesischer Staatsbürgerschaft, die vom UNHCR als Flüchtlinge anerkannt worden waren, werden in Tinzaouatene an der Grenze zu Mali ohne Nahrung, Wasser oder medizinische Versorgung ausgesetzt, ohne dass sie zuvor Gründe gegen ihre Abschiebung geltend machen konnten.

September 2007

Bei einem Selbstmordanschlag auf eine Menschenmenge, die in der Stadt Batna auf Präsident Bouteflika wartet, kommen 22 Menschen ums Leben. Ein weiterer Selbstmordanschlag auf eine Kaserne in Dellys tötet mindestens 30 Personen. In Algier versammeln sich mehrere zehntausend Menschen, um gegen die Anschläge zu protestieren.

Bei einem Bombenattentat auf einen Konvoi, der ausländische Arbeiter eskortierte, werden bei Lakhdaria neun Personen verletzt, darunter zwei Franzosen und ein Italiener. Bei weiteren Attentaten auf Sicherheitskräfte kommen fünf Personen ums Leben.

Hassan Hattab, Gründer der GSPC, ergibt sich den Sicherheitsbehörden. Berichten zufolge hatte er sich gegen den Anschluss der GSPC an Al-Qaida gewandt.

Oktober 2007

Nachdem Al-Qaida auf einem Video Franzosen und Spaniern in den Maghreb-Staaten gedroht hat, bringen Michelin und andere Firmen die Angehörigen ihrer ausländischen Mitarbeiter in Algerien außer Landes.

Bei heftigen Kämpfen kommen im Oktober Berichten zufolge insgesamt 51 Mitglieder bewaffneter Gruppen und 7 Mitglieder der Sicherheitskräfte ums Leben.

Mohamed Smain, Mitglied der Menschenrechtsorganisation LADDH, wird wegen seiner Äußerungen zu „erfundenen Verbrechen“ zu zwei Monaten Haft verurteilt. Smain hatte die Presse darüber informiert, dass Sicherheitskräfte im Februar 2001 bei Relizane Massengräber entdeckt und beseitigt hatten.

November 2007

Bei der Buchmesse in Algier wird der Verkauf von etwa 1000 Werken mit der Begründung verboten, dass sie Terrorismus befürworten und eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen. Auch das Buch „Les géôles d'Alger“ des Journalisten und Herausgebers Mohamed Benchicou, in dem dieser von seiner zweijährigen Haft berichtet, darf auf der Messe nicht ausgestellt werden.

Das UN-Menschenrechtskomitee veröffentlicht seinen Bericht über die Lage der bürgerlichen und politischen Rechte in Algerien. In dem Dokument zeigt sich das Komitee besorgt über zahlreiche Berichte von geheimen Haftzentren, die sich in Houch Chnou, Oued Namous, Reggane, El Harrach und Ouargla befinden sollen. Es hebt außerdem hervor, dass es viele Informationen über Folterungen und Misshandlungen durch den Militärgeheimdienst DRS gebe. Das Komitee zeigt sich auch besorgt darüber, dass zahlreiche Journalisten Opfer von Einschüchterungen sind und dass Frauen in der Ehe weiterhin diskriminiert werden.

Farouk Ksentini, der Präsident der algerischen staatlichen Menschenrechtskommission (CNCPPDH), weist die Anschuldigungen zurück und wirft der UN-Institution vor, den Ruf Algeriens zu zerstören. Er führt die Informationen über geheime Haftzentren und Folterungen auf eine Kampagne von „Islamisten und Salafisten“ im Ausland zurück.

In einer Videobotschaft ruft Aiman al-Sawahiri, führendes Mitglied der Al-Qaida, dazu auf, die Staatschefs von Libyen, Tunesien, Algerien und Marokko zu stürzen, weil sie die USA im „Krieg gegen den Terror“ unterstützen. Er ruft außerdem dazu auf, Anschläge gegen französische, spanische und US-amerikanische Objekte in Nordafrika zu begehen.

Der deutsche Bundespräsident Köhler besucht Algerien. Er nimmt dort u.a. an einer Tagung über gute Regierungsführung und Entwicklung afrikanischer Länder teil. In einem Gespräch algerischer Intellektueller mit Köhler beklagen diese die Abschottungspolitik der EU gegenüber Afrika.

Bei den Kommunalwahlen am 29.11. gewinnt die FLN die Mehrheit der zu vergebenen Sitze. Die Wahlbeteiligung liegt nach offiziellen Angaben bei 43%.

Dezember 2007

El Watan berichtet, dass algerische Sicherheitskräfte zwischen Januar und Oktober des Jahres 6000 illegale Migranten festgenommen haben. 4500 wurden zurück an die Staatsgrenze gebracht, der Rest wurde wegen verschiedener Vergehen belangt.

Der französische Staatspräsident Sarkozy besucht Algerien. Er entschuldigt sich nicht formell für die Kolonialisierung Algeriens durch Frankreich und für die französischen Verbrechen während der Kolonialzeit, wie manche Stimmen im Vorfeld des Staatsbesuches gefordert hatten. Er verurteilt jedoch das Kolonialsystem als „zutiefst ungerecht“ und betont, dass in dieser Zeit auf beiden Seiten „schreckliche Verbrechen“ begangen worden seien. Sarkozy trägt erneut seine Idee einer „Mittelmeerunion“ ähnlich der EU vor. Zudem werden Verträge über langfristige Gaslieferungen und für die Kooperation bei der Atomenergie unterzeichnet.

Bei zwei Selbstmordattentaten in Algier kommen am 11. Dezember mindestens 41 Personen ums Leben. Ein Attentat trifft den algerischen Verfassungsgerichtshof, tötet aber vor allem Insassen eines vorbeifahrenden Busses mit Studenten. Ziel des anderen Attentats ist die Niederlassung des UNHCR, in der 17 Mitarbeiter der Organisation sterben. Zu den Attentaten bekennt sich die Al-Qaida im islamischen Maghreb. Bei einem der Attentäter soll es sich um einen ehemaligen Kämpfer handeln, der 2006 im Zuge der Generalamnestie freigelassen wurde.

Eine Woche nach den Attentaten besucht UN-Generalsekretär Ban Ki-moon Algier und die ehemalige Niederlassung des UNHCR. Er betont, dass sich die UN nicht durch Anschläge von ihrer Arbeit abschrecken lassen wird.

Im Zusammenhang mit dem Mord an dem algerischen Oppositionellen Ali Mecili, der am 7. April 1987 in Paris getötet worden war, stellt ein Pariser Richter zwei internationale Haftbefehle aus. Die Haftbefehle lauten auf die Person, die verdächtigt wird, den Mord begangen zu haben, sowie auf ein Mitglied des algerischen Geheimdienstes, der verdächtigt wird, den Mord in Auftrag gegeben zu haben.

Der Algerier Ahmed Belbacha, der in Guantanamo festgehalten wird, soll vorerst nicht nach Algerien ausgeliefert werden. Belbacha hatte gegen seine bevorstehende Auslieferung geklagt, da er befürchtet, in Algerien gefoltert zu werden. Ein US-amerikanisches Bundesgericht setzt nun die Auslieferung für die Dauer der Verhandlung aus.

Die FLN fordert Präsident Bouteflika auf, 2009 für eine dritte Amtszeit zu kandidieren. Für eine dritte Amtszeit ist eine Verfassungsänderung erforderlich, da die Amtszeiten bisher auf zwei beschränkt sind.

Januar 2008

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon beruft eine eigene Untersuchungskommission über die Anschläge vom 11. Dezember ein. Algerien kritisiert diese Entscheidung.

Bei zwei Selbstmordanschlägen auf Polizeistationen in Naciria und Thenia (östlich von Algier) kommen insgesamt mindestens 7 Personen ums Leben. Die Al-Qaida im islamischen Maghreb bekennt sich zu den Anschlägen.

Die algerischen Sicherheitsbehörden behaupten, die Hintermänner der Anschläge vom 11. Dezember 2007 ausfindig gemacht zu haben. Bei einer Razzia gegen die Gruppierung werden zwei Personen von den Sicherheitskräften getötet, weitere werden verhaftet.

Athmane Senadjki, Chefredakteur der Zeitung El Khabar, und der Journalist Hamed Yes werden zu einer Haftstrafe von einem Monat auf Bewährung und Geldstrafe verurteilt. Ihnen wird vorgeworfen, "ein Staatsorgan in Verruf gebracht zu haben". Die Anklage bezog sich auf einen Artikel, in dem die Verwaltung des Serkadji-Gefängnisses beschuldigt wurde, Häftlinge ausgezogen zu haben.

Ein französischer katholischer Priester wird zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt, weil er einen Gottesdienst ohne die erforderliche Genehmigung abgehalten haben soll. In zweiter Instanz wird die Strafe im April auf zwei Monate auf Bewährung reduziert.

Februar 2008

Die Aufenthaltserlaubnis des amerikanischen protestantischen Pfarrers Hugh Johnson, der 45 Jahre in Algerien gelebt hat und bis 2006 Präsident der protestantischen Kirche von Algerien war, wird nicht verlängert.

Im Grenzgebiet zwischen Tunesien und Algerien werden zwei österreichische Urlauber entführt. Im März bekennt sich die „Al Qaida im islamischen Maghreb“ zu der Entführung und zeigt Bilder der Geiseln. Die Organisation fordert die Freilassung von Gefangenen in Tunesien und Algerien und droht mit der Tötung der Geiseln. Erst im Oktober kommen die Geiseln wieder frei.

März 2008

Omar Belhouchet, Direktor der Tageszeitung El Watan, und Chawki Amari, Journalist, werden in zweiter Instanz zu zwei Monaten Haft und einer Geldstrafe verurteilt. Ihnen wird Diffamierung vorgeworfen. Ein Artikel in El Watan hatte Korruptionsvorwürfe gegen die Präfektur von Jijel erhoben.

Der marokkanische Außenminister fordert Algerien auf, die Landgrenze zwischen den beiden Staaten, die seit 1994 geschlossen ist, wieder zu öffnen. Der algerische Innenminister Zerhouni lehnt dies ab. Voraussetzung einer Grenzöffnung sei eine Lösung des Westsaharakonflikts. Zuvor waren Gespräche zwischen Marokko und der Polisario unter Vermittlung der UN ergebnislos zu Ende gegangen.

Louisa Saker wird wegen Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 20.000 Dinar verurteilt. Louisa Saker, deren Ehemann seit 1994 „verschwunden“ ist, hatte 2004 an einer friedlichen Demonstration von Angehörigen von „Verschwundenen“ teilgenommen. Nach der Demonstration wurde sie verhaftet, von der Polizei geschlagen und gezwungen, eine Erklärung zu unterschreiben, dass sie sich an solchen Protestmärschen nicht wieder beteiligen würde.

April 2008

Der Anwalt Amine Sidhoum wird in erster Instanz zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 20.000 Dinar verurteilt. Sidhoum wird vorgeworfen, die algerische Justiz in Verruf gebracht zu haben. Er hatte 2004 öffentlich kritisiert, dass einer seiner Mandanten

seit zweieinhalb Jahren ohne Verurteilung in Haft saß. Sidhoum ist einer der wenigen Anwälte, die gegen Menschenrechtsverletzungen durch algerische Behörden vorgehen.

Wegen einer Warnung vor einem Anschlag verlegt die dänische Botschaft in Algier ihre Büros an einen geheimen Ort.

Bei Unruhen in Chlef werden mehrere Personen verletzt und zahlreiche öffentliche Gebäude und Einrichtungen angegriffen. Auslöser der Unruhen war ein Prozess gegen Mohammed Yacoubi, den Vorsitzenden eines lokalen Vereins der Opfer des Erdbebens von Oktober 1980. Yacoubi war Diffamierung vorgeworfen worden. Er hatte sich für höhere staatliche Hilfen für die Erdbebenopfer eingesetzt.

Bei Kämpfen zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen sowie bei Anschlägen gegen die Sicherheitskräfte kommen im April 29 Menschen ums Leben.

Mai 2008

In Berriane kommt es zu mehrtägigen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen. Dabei kommen zwei Personen ums Leben.

In Oran finden gewalttätige Proteste von Jugendlichen statt. Zahlreiche öffentliche Gebäude werden gestürmt, Geschäfte werden geplündert. Über 100 Menschen werden verletzt.

Die französische Innenministerin Michèle Alliot-Marie besucht Algerien. Sie kündigt eine verstärkte Kooperation beider Länder bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität an. Unter anderem soll Frankreich Algerien bei der Ausbildung der Polizei unterstützen.

In der mauritanischen Hauptstadt Nouakchott findet eine Konferenz der fünf Maghreb-Staaten und fünf südeuropäischer Länder (Spanien, Portugal, Frankreich, Italien, Malta) statt. Wichtigstes Thema ist die Kooperation bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität.

Das UN-Komitee gegen Folter beschäftigt sich mit dem Schutz vor Folter in Algerien. In seiner Stellungnahme äußert das Komitee Besorgnis über Folterungen durch den DRS und die Existenz geheimer Haftorte, die vom DRS genutzt werden. Es empfiehlt eine Abänderung der Artikel 45 und 46 der Verordnung, die die Charta für den Frieden und nationale Versöhnung umsetzt. Artikel 45 garantiert den Sicherheitskräften Straffreiheit, während Artikel 46 Kritik an das Verhalten der Sicherheitskräfte in den inneren Konflikten unter Strafe stellt. Das Komitee empfiehlt auch, Untersuchungen über die Fälle von „Verschwindenlassen“ zu eröffnen und die dafür Verantwortlichen zu bestrafen. Zudem empfiehlt es die Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission, die sich mit der Rolle von sexueller Gewalt in den Konflikten beschäftigen soll. Das Komitee äußert seine Besorgnis über Gruppenabschiebungen, bei denen zuvor nicht durch genaue Verfahren gesichert wurde, dass niemand in ein Land abgeschoben wird, in dem ihm Folter droht.

Laut dem algerischen Innenminister Zerhouni wurden den Behörden im Jahr 2007 insgesamt 115 Fälle von Entführungen bekannt, mit denen terroristische Gruppen Lösegeld erpressen wollten. Weitere 260 Entführungen seien auf Familienstreitigkeiten zurückzuführen.

Cherifa Keddar, Präsidentin der Nichtregierungsorganisation Djazairouna, verliert ihren Führungsposten bei der Wilaya von Blida. Sie hatte zuvor an einem Seminar des Center for Transitional Justice in Marokko teilgenommen. Zudem drohten ihr Sicherheitskräfte mit Verhaftung, falls sie ihre Aktivitäten nicht einstelle. Djazairouna setzt sich dafür ein, dass Familien der Opfer des Terrorismus Wahrheit und Gerechtigkeit erlangen.

Juni 2008

Vier algerische Christen werden zu Haftstrafen von zwei bis sechs Monaten auf Bewährung sowie Geldstrafen verurteilt. Ihnen wird vorgeworfen, einen unerlaubten Gottesdienst gehalten zu haben und versucht zu haben, Muslime zum Christentum zu bekehren.

Bei einer Reihe von Anschlägen werden mehrere Personen getötet, darunter auch ein französischer Ingenieur.

Zwei Journalisten, die für Reuters bzw. Agence France Press arbeiten, wird ihre Akkreditierung entzogen. Ihnen wird vorgeworfen, im Fall von zwei verschiedenen Anschlägen zu hohe Zahlen von Todesopfern verbreitet zu haben.

Der französische Premierminister François Fillon besucht Algerien. Er unterzeichnet einen Vertrag über wirtschaftliche und militärische Kooperation zwischen Frankreich und Algerien. Frankreich will Algerien bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie und bei der Ausbildung des Militärs unterstützen und stellt Rüstungslieferungen in Aussicht.

Ahmed Ouyahia, Vorsitzender der RND, wird zum Premierminister ernannt. Er löst Abdelaziz Belkhadem ab. Mehrere Ministerposten werden ebenfalls neu besetzt.

Juli 2008

In Tissemsilt werden zwei zum Christentum konvertierte Algerier in erster Instanz zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und Geldstrafe verurteilt. Ihnen wird vorgeworfen, versucht zu haben, Muslime zum Übertritt zum Christentum zu bewegen. Außerdem sollen sie an ungenehmigten Gottesdiensten teilgenommen haben.

Die beiden algerischen Staatsbürger Abderrahmane Houari und Mustafa Ahmed Hamlily werden von den USA aus dem Gefangenenlager in Guantanamo nach Algerien gebracht. In Algerien werden sie zunächst mehr als eine Woche lang an einem unbekanntem Ort ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten.

Präsident Bouteflika nimmt am Gründungstreffen der „Union für das Mittelmeer“ in Paris teil. Bis Juni hatten sich algerische Spitzenpolitiker kritisch über die geplante Zusammenarbeit der EU und der Mittelmeerstaaten geäußert.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel besucht Algerien zusammen mit einer Wirtschaftsdelegation. Im Mittelpunkt ihres Besuchs steht die Energiepolitik.

Der Präsident der Menschenrechtsorganisation LADDH, Mustapha Bouchachi, prangert öffentlich an, dass in Algerien weiterhin gefoltert wird.

August 2008

Ein schweres Attentat tötet 43 Menschen vor einer Polizeischule in Les Issers. Zahlreiche weitere Menschen kommen bei weiteren Selbstmordattentaten um. Zu den Anschlägen bekennt sich die „Al Qaida im islamischen Maghreb“.

September 2008

Die US-amerikanische Außenministerin Rice besucht die Maghreb-Staaten. Zentrales Thema der Besuche ist die Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus. Den Präsidenten Bouteflika lobt Rice öffentlich als „einen der weisesten Männer der Region“.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt ihre öffentlichen Aktivitäten in Algier bis Ende Oktober aus. Zuvor hatte der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes, Sidi Said, der Stiftung vorgeworfen, falsche Informationen über Algerien zu verbreiten, und die Behörden dazu aufgerufen, die Tätigkeit der Stiftung zu unterbinden.

10 Personen stehen in zwei verschiedenen Verfahren vor Gericht, weil sie während des Ramadan tagsüber in der Öffentlichkeit gegessen haben. Damit hätten sie gegen einen Artikel des Strafgesetzbuches verstoßen, der die Beleidigung des Propheten Mohammed und die Herabwürdigung der Lehren des Islam verbietet. Ein Gericht in Biskra verurteilt sechs Personen in erster Instanz zu vier Jahren Haft; im Berufungsverfahren werden diese später freigesprochen. Vier weitere Personen werden von einem Gericht in Beir Mourad Rais zu drei Jahren Haft verurteilt; im Berufungsverfahren im November wird die Strafe auf zwei Monate auf Bewährung reduziert.

Oktober 2008

Das Gericht von Annaba verurteilt den Journalisten Noureddine Boukraa zu drei Monaten Haft auf Bewährung und Geldstrafe. Boukraa habe in einem kritischen Artikel über die Polizei von Annaba Informationen aus als vertraulich eingestuften Dokumenten veröffentlicht.

Human Rights Watch veröffentlicht den Bericht „Not the Way Forward. The UK's Dangerous Reliance on Diplomatic Assurances“. Der Bericht kritisiert die Versuche, Terrorverdächtige nach Jordanien oder Algerien abzuschleppen, wo ihnen Folter droht. Diplomatische Zusicherungen, dass Abgeschobene nicht gefoltert würden, seien unzuverlässig.

November 2008

Das Parlament beschließt mit 500 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen eine Verfassungsänderung. Die Anzahl der möglichen Amtszeiten eines Präsidenten ist von nun an nicht mehr auf zwei begrenzt. Der Posten des Regierungschefs wird durch den Posten des Premierministers ersetzt. Inhaber des Postens bleibt Ahmed Ouyahia.

Das Berufungsgericht von Saida verurteilt den Journalisten Hassan Bourras wegen Verleumdung in einem kritischen Artikel über die Stadtverwaltung von El-Bayadh zu zwei Monaten Haft und einer Geldstrafe.

Das Berufungsgericht in Algier hält die Verurteilung des Anwalts und Menschenrechtsverteidigers Amine Sidhoum aufrecht. Sidhoum war im April 2008 in erster Instanz zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 20.000 Dinar verurteilt worden, weil er die algerische Justiz in Verruf gebracht habe.

Dezember 2008

Die Oppositionspartei RCD präsentiert einen Gesetzesvorschlag zur Abschaffung der Todesstrafe.

Human Rights Watch veröffentlicht den Bericht „Human Rights in Western Sahara and in the Tindouf Refugee Camps“. Laut dem Bericht duldet Algerien, dass die Polisario-Front in den Lagern westsaharischer Flüchtlinge bei Tindouf de facto die alleinige Herrschaft ausübt. Algerien wird aufgefordert, die Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte der Bewohner der Flüchtlingscamps zu übernehmen.

Der Direktor der Tageszeitung El Watan, Omar Belhouchet, und die Journalistin Salima Tlemçani werden in zweiter Instanz wegen Verleumdung zu drei Monaten Haft und einer Geldstrafe verurteilt. Sie waren von einem Heiler wegen eines Artikels aus dem Jahr 2004 verklagt worden. Gegen Belhouchet sind weitere Klagen wegen Verleumdung anhängig.

Januar 2009 Die staatliche algerische Menschenrechtskommission (CNCPPDH) organisiert eine Konferenz, auf der sich islamische Gelehrte und Menschenrechtler über die Todesstrafe austauschen. Der Präsident der Kommission, Farouk Ksentini, nennt die Todesstrafe „überholt“.

Februar 2009 In Zukunft sollen Frauen das Recht haben, die algerische Nationalität an ihre Kinder zu übertragen. Gegen eine entsprechende Bestimmung in der Konvention zur Abschaffung jeder Diskriminierung der Frau hatte Algerien 1996 einen Vorbehalt eingelegt. Dieser Vorbehalt wird nun durch ein präsidentielles Dekret aufgehoben.

Nach Angaben von Innenminister Zerhouni wurden in den vergangenen sechs Monaten 120 Kämpfer der „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ getötet. 322 Kämpfer seien festgenommen worden, 22 hätten sich den Behörden freiwillig gestellt.

April 2009 In den letzten Tagen des Präsidentschaftswahlkampfes kündigt Präsident Bouteflika eine weitere allgemeine Amnestie für Mitglieder bewaffneter Gruppen an. Diese Amnestie solle jedoch erst dann wirksam werden, wenn die letzten aktiven Kämpfer sich den Behörden gestellt hätten. Wie bereits frühere Amnestiegesetze solle auch dieses durch eine Referendum bestätigt werden.

In den Präsidentschaftswahlen am 9. April erhält der amtierende Präsident Bouteflika ein Mandat für eine weitere Amtszeit von fünf Jahren. Nach offiziellen Angaben entfallen 90,24% der Stimmen auf ihn. Die Wahlbeteiligung wird mit über 74% angegeben. Die Kandidaten mit dem zweitgrößten Stimmenanteil ist Louisa Hanoune von der PT (Parti des travailleurs). Weitere Kandidaten sind Moussa Touati (Front national algérien), Ali Fawzi Rebaïne, (AHD 54), Belaïd Mohand Oussaid, genannt Mohamed Saïd (Parti liberté et justice) und Mohamed Djahid Younsi (El-Islah). Bedeutende Oppositionsparteien wie die RCD (Rassemblement pour la culture et la démocratie) und die FFS (Front des Forces socialistes) riefen zum Boykott der Wahl auf. Der bekannte islamistische Politiker Abdallah Djaballah beteiligte sich ebenfalls nicht an der Wahl.

Nach der Wahl wirft Louisa Hanoune den Behörden massiven Wahlbetrug vor. Urnen seien mit gefälschten Wahlzetteln für Bouteflika gefüllt gewesen, und die Stimmenauszählung sei manipuliert worden. Sie reklamierte für sich einen Stimmenanteil von mindestens 30% anstatt von 4,2%. Die Wahlbeteiligung sei ebenfalls deutlich geringer gewesen. Auch andere Kandidaten und ausländische Journalisten zweifeln die offiziellen Zahlen an.

22 Kirchen, die 2008 geschlossen worden waren, haben eine staatliche Erlaubnis für ihren Betrieb erhalten und wurden wieder geöffnet.

Mai 2009 Das Parlament nimmt einen Fünf-Jahres-Aktionsplan der Regierung an. Als Maßnahmen zur Entwicklung der algerischen Wirtschaft sieht der Plan Ausgaben in Höhe von 150 Milliarden US-Dollar vor, mit denen u.a. der Bau von 6000 Kilometern Eisenbahnstrecken, von einer Million Wohnungen und von zehn Meerwasser-Entsalzungsanlagen finanziert werden sollen.

In einem Hinterhalt in der Provinz Biskra kommen neun Soldaten ums Leben.

Juni 2009 Die algerische Regierung spricht sich gegen die Abschaffung der Todesstrafe aus. Eine Abschaffung könne als Zeichen für mangelnde Entschlossenheit im Kampf gegen den Terrorismus interpretiert werden.

Bei einem Attentat bei Bordj Bou Arreridj kommen mindestens 18 Mitglieder der Gendarmerie ums Leben. Die Sicherheitskräfte begleiteten einen Konvoi chinesischer Arbeiter, die am Bau einer Autobahn beschäftigt waren.

Juli 2009 Die Regierung beschließt, dass das arbeitsfreie Wochenende künftig nicht mehr den Donnerstag und Freitag, sondern den Freitag und Samstag umfasst.

In Algier kommt es im Stadtteil Bab Ezzouar zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen chinesischen Einwanderern und der einheimischen Bevölkerung. In Algerien leben

Schätzungen zufolge bis zu 50.000 chinesische Arbeiter, die oft für chinesische Firmen arbeiten, die große Bauaufträge erhalten haben.

Bei einem Überfall auf einen Armeekonvoi in der Provinz Tipaza werden mindestens 14 Soldaten getötet. Die „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ bekennt sich zu dem Attentat.

August 2009

Laut Medienberichten wurden 2009 bis Mitte August insgesamt 2458 Migranten aus dem subsaharischen Afrika in ihre Heimatländer abgeschoben.

September 2009

Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Antonio Guterres, besucht die Lager westsaharischer Flüchtlinge bei Tindouf. Seinen Angaben zufolge verweigern die algerischen Behörden eine Zählung der Personen, die sich in den Lagern aufhalten. Laut Polisario befinden sich dort 165.000 Menschen, das UNHCR geht dagegen von 90.000 Menschen aus.